

X. Steuern, Gebühren und Regalien.

A. Steuern und Gebühren.

1. Direkte Steuern und Zuschläge, Gemeindeumlagen auf den Mietzins (Zins-, Schul- und Einquartierungsheller):	
a) Ausmaß: 1. der Staatssteuern	Seite 224—231
2. der Zuschläge zu den Staatssteuern	„ 231—232
b) Grundsteuer	„ 232—233
c) Gebäudesteuern, Zins- und Schulheller	„ 234—240
d) Gemeindeumlagen auf den Mietzins	„ 240
e) Erwerbsteuer.	
1. Allgemeine Erwerbsteuer	„ 241—245
2. Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	„ 246—251
f) Rentensteuer	„ 251—253
g) Einkommensteuer	„ 254—264
h) Besoldungssteuer	„ 265—267
i) Bei den der Aufsicht der k. k. Finanz-Landesdirektion unterstehenden Klassen eingehobene, ferner an die k. k. Finanz-Landesdirektion überwiesene direkte Personalsteuern	„ 267
k) Summarien der direkten Steuern samt Zuschlägen, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt, mit Einschluß der Zins- und Schulheller	„ 268—270
l) Weitere Daten betreffend die Einhebung der direkten Steuern	„ 271—274
2. Verbrauchssteuern	„ 274—279
3. Sonstige Steuern und Gebühren	„ 280—284
B. Regalien (Das Lottogefälle)	„ 284

X. Steuern, Gebühren und Regalien¹⁾.

A. Steuern.

1. Direkte Steuern und Zuschläge, Gemeinde-Umlagen auf den Mietzins (Zins-, Schul- und Einquartierungsheller)²⁾.

a) Ausmaß.

1. Das Ausmaß der Staatssteuern in den Jahren 1910—1914.

a) Grundsteuer. Mit der Kundmachung des k. k. Finanzministeriums vom 22. Juni 1883, N.-G.-Bl. Nr. 119, war der Grundsteuerfuß für die Periode vom 1. Jänner 1883 bis 31. Dezember 1895 für ganz Österreich mit 22,7⁰/₁₀₀ des ermittelten Reinertrages festgesetzt worden, der zu zahlende Steuerbetrag wurde jedoch zweimal ermäßigt. Zunächst erfuhr die im Gesetze vom 7. Juni 1881, N.-G.-Bl. Nr. 49, mit 37,5 Millionen Gulden festgesetzte Grundsteuer-Hauptsumme vom Beginn des Jahres 1897 ab eine Ermäßigung um 2,5 Millionen, infolgedessen die Grundsteuer nicht mehr von dem ermittelten, sondern von einem um 6²/₃⁰/₁₀₀ herabgesetzten Reinertrage vorgeschrieben wird. Sodann fand nach Art. VIII und IX des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, N.-G.-Bl. Nr. 220, betreffend die direkten Personalsteuern, an der vorgeschriebenen Grundsteuer vom 1. Jänner 1898 an ein Nachlaß statt, der in den Jahren 1909—1913 15⁰/₁₀₀ betrug.³⁾ Vom Jahre 1914 an wurde durch das Gesetz vom 23. Jänner 1914, N.-G.-Bl. Nr. 14 für die Dauer der Freilassung der Einkommensteuer von Zuschlägen³⁾ die Grundsteuer um 15 Prozent ihres Ausmaßes, d. i. auf 19,3 Prozent des ermittelten Reinertrages herabgesetzt, dafür entfällt der vorangegebene Grundsteuernachlaß. Für die Berechnung der Zuschläge hat die Grundsteuer mit ¹⁰⁰/₈₅ ihres jetzigen Ausmaßes als vorgeschrieben zu gelten.

b) Gebäudesteuern. Es sind drei Arten von Gebäudesteuern zu unterscheiden: Die Hauszinssteuer, die Steuer von den aus dem Titel der Bauführung die Befreiung von der Hauszinssteuer genießenden Gebäuden und Gebäudeteilen und die Hausklassensteuer.

Nach § 1 des Gesetzes vom 9. Februar 1882, N.-G.-Bl. Nr. 17, betreffend einige Abänderungen der Gebäudesteuergesetze, unterliegen der Hauszinssteuer alle Gebäude, a) welche in Orten gelegen sind, in denen sämtliche Gebäude oder wenigstens die Hälfte davon und außerdem die Hälfte der Wohnbestandteile einen Zinsertrag durch Vermietung abwerfen, oder b) welche, außerhalb dieser Orte gelegen, ganz oder teilweise durch Vermietung benützt werden. Von diesen letzteren unterliegen jedoch die nicht mehr als drei Wohnbestandteile enthaltenden und einer der drei untersten Klassen des Hausklassen-Steuertarifs eingereichten Gebäude, welche von dem Eigentümer bewohnt und nur zum Teile vermietet sind, ebenso wie alle übrigen Gebäude der Hausklassensteuer.

1. Das Ausmaß der Hauszinssteuer wurde in diesem Gesetze für die Gebäude in namentlich aufgezählten Städten und Orten mit 26²/₃⁰/₁₀₀, für alle übrigen hauszinssteuerpflichtigen Gebäude mit 20⁰/₁₀₀ des nach Abzug der Erhaltungs- und Amortisationskosten ermittelten steuerbaren, reinen Zinsertrages festgesetzt. Als solche Kosten kommen für Gebäude in den namentlich erwähnten Städten und Orten 15⁰/₁₀₀, für die sonstigen Gebäude 30⁰/₁₀₀ vom Bruttozins in Abzug. Die 26²/₃⁰/₁₀₀ige Hauszinssteuer ist in den Bezirken I—XX zu entrichten. Für den XXI. Bezirk wurde mit Gesetz vom 10. August 1905, N.-G.-Bl. Nr. 134, und vom 27. April 1912, N.-G.-Bl. Nr. 95, eine 15jährige Übergangsperiode von der 20⁰/₁₀₀igen zur 26²/₃⁰/₁₀₀igen Hauszinssteuer, beginnend mit dem Jahre 1912, festgesetzt. Die Hauszinssteuer für diese Gebäude beträgt im Jahre 1912: 20¹/₂⁰/₁₀₀, 1913 und 1914: 21⁰/₁₀₀, 1915: 21¹/₂⁰/₁₀₀, 1916 und 1917: 22⁰/₁₀₀, steigt von 1918 bis einschließlich 1925 jährlich um ¹/₂⁰/₁₀₀ und 1926 um ²/₃⁰/₁₀₀. Der Abzug für Gebäudeerhaltungskosten (bis 1911: 30⁰/₁₀₀) sinkt jährlich um 1⁰/₁₀₀, so daß im Jahre 1926 die 26²/₃⁰/₁₀₀ige Hauszinssteuer mit 15⁰/₁₀₀ Abzug für Gebäudeerhaltungskosten erreicht wird.⁴⁾

Eine weitere Ausnahme besteht bezüglich der früher hausklassensteuerpflichtigen Gebäude in Teilen des X., XI., XIII. und XXI. Bezirkes. Zufolge Gesetzes vom 5. Jänner 1896, N.-G.-Bl. Nr. 13, vom 10. August 1905, N.-G.-Bl. Nr. 134, und vom 27. April 1912, N.-G.-Bl. Nr. 94, besteht für diese Gebäude eine 20jährige Übergangsperiode, welche bezüglich der Objekte im X. und XI. Bezirke im Jahre 1898, bezüglich der Objekte im XXI. Bezirke im Jahre 1912 und bezüglich der Objekte im XIII. Bezirke teils im Jahre 1898, teils im Jahre 1912 begann. Während der Übergangsperiode ist bei diesen Gebäuden als Hauszinssteuer vorzuschreiben: Der jeweilig nach der Anzahl der Wohnbestandteile nach dem Hausklassensteuertarife entfallende Betrag, ferner von jenem Betrage, um welchen die jeweilig mit 26²/₃⁰/₁₀₀ des steuerpflichtigen Zinsertrages entfallende Hauszinssteuer den vorerwähnten Betrag übersteigt, im ersten Übergangsjahre ein Zwanzigstel, in jedem der folgenden Jahre ein weiteres Zwanzigstel. Beträgt jedoch die mit 26²/₃⁰/₁₀₀ des steuerpflichtigen Zinsertrages entfallende Zinssteuer weniger als die jeweilig entfallende Hausklassensteuer, so ist nur erstere vorzuschreiben. — Seit 1. Jänner 1898 werden von der Hauszinssteuer (mit Ausnahme der 5⁰/₁₀₀igen Steuer vom Ertrage steuerfreier Gebäude) Nachlässe gewährt (1909 bis 1913: 12,5⁰/₁₀₀) wie bei der Grundsteuer.

¹⁾ Die Militärtage siehe im nächsten Abschnitte. — ²⁾ Siehe die Bemerkung über die Gemeindeumlagen auf Seite 229. — ³⁾ Diese Nachlässe finden nur rücksichtlich der Realsteuer jener Länder statt, deren Landesgesetzgebung die Freilassung der Einkommensteuer von allen, der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen normiert (Art. XIII des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, N.-G.-Bl. Nr. 220). Dies ist für Niederösterreich durch das Landesgesetz vom 31. Dezember 1909, L.-G.- u. B.-Bl. Nr. 11 ex 1910 mit der Geltungsdauer vom 1. Jänner 1910 bis Ende 1917 geschehen. — ⁴⁾ Analoge Bestimmungen gab es für im Jahre 1890 einverleibte Vorortgemeinden der Gemeindebezirke X—XIII und XVI—XIX. Näheres hierüber enthält das Statistische Jahrbuch für das Jahr 1911.

Vom Jahre 1914 an vermindern sich zufolge Gesetzes vom 23. Jänner 1914, R.-G.-Bl. Nr. 14 für die Dauer der Freilassung der Einkommensteuer von Zuschlägen die angegebenen Steuerfüße um 12,5% ihres Ausmaßes. Dafür entfallen die bisher gewährten Nachlässe. Für die Berechnung der Zuschläge hat jedoch die Hauszinssteuer mit $\frac{8}{7}$ der nach dem jetzigen Ausmaße entfallenden Steuerbeträge als vorgeschrieben zu gelten.

Für die nach dem 31. Dezember 1911 begonnenen Bauten wird die Hauszinssteuer nach den Tarifen A, B und C des Gesetzes vom 28. Dezember 1911, R.-G.-Bl. Nr. 242, bemessen. Näheres hierüber siehe im Absätze: „Gebäudesteuerbefreiungen und -begünstigungen“.

2. Nach dem Gesetze vom 9. Februar 1882, R.-G.-Bl. Nr. 17, sind bei Gebäuden, welche im ganzen oder teilweise aus dem Titel der Ausführung die Befreiung von der Hauszinssteuer genießen, 5% des aus diesen Gebäuden erzielten Reinertrages als Gebäudesteuer zu entrichten.¹⁾ Als Reinertrags ist jener Betrag anzusehen, welcher sich ergibt, wenn man von dem ganzen jährigen Bruttozinsetrage die auf die Erhaltung des Gebäudes gesetzlich zugestandenen Prozente in Abzug bringt. Bei Feststellung der Bemessungsgrundlage dieser 5%igen Steuer sind im XXI. Bezirke, für welchen zum Zwecke der Gleichstellung der dort gelegenen Gebäude hinsichtlich der Gebäudesteuer-Berianlagung mit den bereits früher der 26 $\frac{2}{3}$ %igen Hauszinssteuer unterzogenen Gebäuden Übergangsbestimmungen getroffen wurden, die Erhaltungskosten in der Übergangsperiode so festgesetzt, daß sie jährlich um 1% weniger ausmachen, bis sie 1926 15% betragen.

3. Die dritte Art der Gebäudesteuer ist die Hausklassensteuer. Das Ausmaß der Hausklassensteuer richtet sich nach der Anzahl der Wohnbestandteile. Da die letzten in Wien hausklassensteuerpflichtig gewesenen Gebäude vom Jahre 1912 an der Hauszinssteuer unterliegen, kommt die Hausklassensteuer in Wien nur mehr bei Rückständen für frühere Jahre und bei Berechnung der Hauszinssteuer der früher erwähnten Gebäude im X., XI., XIII. und XXI. Bezirke während der 20jährigen Übergangsperiode in Betracht.

Gebäudesteuerbefreiungen und -begünstigungen.

a) Die Befreiung von der Hauszinssteuer (und Hausklassensteuer) aus dem Titel der Ausführung für die vor dem 31. Dezember 1911 begonnenen Bauten fand in der Regel nach dem Gesetze vom 25. März 1880, R.-G.-Bl. Nr. 39, statt. Sie wurde gewährt, wenn ein Gebäude auf früher unverbautem Grunde neu hergestellt wurde (Neubau), ein bestehendes Gebäude bis an die Erdoberfläche niedergerissen und von da an neu aufgebaut wurde (Umbau), ein bestehendes Gebäude durch einen Bau auf früher unverbauter Fläche oder durch den Aufbau eines früher nicht bestandenen Stockwerkes in der Art vergrößert wurde, daß ein neues steuerbares Objekt entstand (Zu- oder Aufbau), oder ganze, zur selbständigen Benützung geeignete Teile eines Gebäudes bis an die Erdoberfläche niedergerissen oder einzelne Stockwerke in ihrem ganzen Umfange abgetragen und neu erbaut wurden (teilweiser Umbau). In allen diesen Fällen ist die Dauer der Steuerbefreiung auf **12 Jahre** vom Zeitpunkte der behördlich bewilligten oder früheren tatsächlichen Benützung festgesetzt; sie erstreckt sich in den Fällen von Zu- oder Aufbauten und von teilweisen Umbauten nur auf jenen Teil der Steuer, welcher auf die neu hergestellten Objekte entfällt. Diese Befreiung von der Hauszinssteuer begründet keinen Anspruch auf eine Befreiung von anderen öffentlichen Lasten, welche die Hausbesitzer rücksichtlich ihres Hausbesitzes zu tragen haben; es sind also die Landes- und Gemeinde-Zuschläge 2c. in derselben Höhe zu entrichten, in welcher sie zu leisten wären, wenn die Befreiung von der Hauszinssteuer nicht stattfände.

b) Mit Gesetz vom 28. Dezember 1911, R.-G.-Bl. Nr. 242, wurden Steuerbegünstigungen für die nach dem 31. Dezember 1911 begonnenen Neubauten, Zubauten, Aufbauten und Umbauten im allgemeinen und für Kleinwohnungsbauten insbesondere mit der Wirksamkeit vom 1. Jänner 1912 erlassen. Die für Wien in Betracht kommenden Begünstigungen sind:

1. Neu-, Zu- und Aufbauten²⁾ genießen die **vollkommene zeitliche Befreiung** von der Gebäudesteuer in der Dauer von **6 Jahren** und die dauernde Anwendung des im Tarife, Beilage A festgesetzten Steuerfußes. (**19%ige Hauszinssteuer.**) Den in den Jahren 1912 bis einschließlich 1916 vollendeten Neubauten, sowie den in denselben Jahren vollendeten Kleinwohnungshäusern wird jedoch an Stelle der obigen 6jährigen Steuerfreiheit eine **10jährige Ermäßigung** der Hauszinssteuer auf 5% des reinen Zinsetrages eingeräumt.

2. Gänzliche und teilweise Umbauten³⁾ genießen eine zeitliche Ermäßigung der Steuer im Betrage von 5% des reinen Zinsetrages in der Dauer von **6 Jahren** und die dauernde Anwendung des im Tarife A festgestellten Steuerfußes. (**19%ige Hauszinssteuer.**)

3. In Kleinwohnungshäusern, welche durch Neubau oder gänzlichen Umbau erstellt werden, kommt den in denselben befindlichen, baulich in sich abgeschlossenen Kleinwohnungen außer den vorerwähnten Begünstigungen noch die dauernde Ermäßigung des Steuerfußes nach Tarif B zu. (**17%ige**

¹⁾ Gültig für die vor dem 31. Dezember 1911 begonnenen Bauten. Über die Ausnahmen für Neubauten mit Arbeiterwohnungen siehe unter „Gebäudesteuerbefreiungen und -begünstigungen, Punkt c)“. — ²⁾ Neubauten, das ist die Herstellung neuer Baulichkeiten auf früher unverbautem Grunde. Den Neubauten gleichzuhalten sind Ausführungen auf früher verbaulichem Grunde, sofern entweder a) die Beendigung des Abbruches der früheren Baulichkeit vom Zeitpunkte des Beginnes der Erbauung des neuen Gebäudes mindestens 3 volle Jahre zurückliegt oder b) in der neuen Baulichkeit das Flächenmaß der über der Erdoberfläche befindlichen Geschosse mit Ausnahme des Dachgeschosses mindestens einmünd-einhalbmal so groß ist wie in den alten Gebäuden oder c) die Abtragung der alten Baulichkeit aus bau- oder sanitäts-polizeilichen Gründen geboten war. Zubauten, das ist Vergrößerung schon bestehender Baulichkeiten in horizontaler Richtung auf bisher nicht verbauter Fläche, insoweit durch die Ausführung ganze, durch Wände abgeschlossene Räume neu hergestellt oder bereits bestehende Räume vergrößert werden. Aufbauten, das ist Erhöhung schon bestehender Baulichkeiten durch Schaffung neuer Geschosse. — ³⁾ Gänzliche Umbauten, wenn Baulichkeiten oder selbständig benützbare Gebäudetrakte in sämtlichen Geschossen einschließlich des Dachbodens im ganzen Umfange bis zur Erdoberfläche niedergerissen und neu hergestellt werden. Teilweise Umbauten, wenn Geschosse in ihrem ganzen Umfange samt den darüber befindlichen Geschossen und dem Dachboden niedergerissen und an deren Stelle neue Geschosse errichtet werden.

Hauszinssteuer.) Dieselben Begünstigungen wie Kleinwohnungen kommen baulich in sich abgeschlossenen Betriebsstätten von Kleingewerbetreibenden zu, wenn der Gewerbetreibende eine in demselben Hause befindliche Kleinwohnung bewohnt.

Als Kleinwohnungshäuser gelten solche Baulichkeiten, in welchen von der Summe der bewohnbaren Bodenflächen und der Bodenflächen der zu Geschäfts- oder gewerblichen Zwecken gewidmeten Räume wenigstens zwei Drittel auf Kleinwohnungen entfallen.

Als Kleinwohnungen haben baulich in sich abgeschlossene Wohnungen zu gelten, deren bewohnbare Bodenfläche im ganzen nicht mehr als 80 Quadratmeter umfaßt.

4. Für Bauten von Kleinwohnungshäusern, welche in den Jahren 1912 bis einschließlich 1920 von dem in § 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 1910, R.-G.-Bl. Nr. 242, betreffend die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds, bezeichneten Selbstverwaltungskörpern, öffentlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie von den nach dem bezeichneten Gesetze und dem hiezu erlassenen Statute als gemeinnützig zu behandelnden Bauvereinigungen begonnen und gänzlich vollendet werden, tritt an Stelle des im Tarife B festgestellten der noch weiter ermäßigte Steuerfuß des Tarifes C. (**15%ige Hauszinssteuer.**) Die ermäßigten Steuerfüße dieses Gesetzes finden auch auf die im Jahre 1911 begonnenen Bauten von Kleinwohnungshäusern, denen die Kredithilfe des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds erteilt wurde, über Ersuchen der Partei Anwendung. Der Finanzminister ist ferner ermächtigt, die gleichen Begünstigungen auch früher, und zwar seit dem Jahre 1909 vollendeten Kleinwohnungsbauten zuzuerkennen, sofern deren Errichtung von Genossenschaften im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 70, welche nach dem vorliegenden Gesetze als gemeinnützig zu behandeln sind, erfolgte.

5. Bauführungen in jenen Teilen von Wien, welche unter die Übergangsbestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1905, R.-G.-Bl. Nr. 134, fallen, unterliegen der Besteuerung nach Kategorie E der Tarife A, B oder C. Bei jenen Gebäuden, bei welchen während der 20jährigen Übergangsperiode bei der Hauszinssteuervorschreibung auch die Hausklassensteuer in Betracht kommt (siehe Seite 233), haben die im § 3 des vorliegenden Gesetzes vorgesehenen Abschläge an der Hausklassensteuer einzutreten. Der Abschlag beträgt in der 1. bis 7. Klasse ein Zehntel, in der 8. bis 16. Klasse ein Fünftel der Sätze des Hausklassensteuertarifes. Ferner hat bei diesen Gebäuden an Stelle des $26\frac{2}{3}\%$ igen Steuerfußes der Hauszinssteuer der Steuerfuß von 19, 17 oder 15% zu treten.

An der nach den Tarifen A, B und C bemessenen, bzw. auf 5% ermäßigten Hauszinssteuer findet ein weiterer Nachlaß nicht statt.

Die Vorschreibung der Hauszinssteuer hat auch während der Zeit der Steuerbefreiung, bzw. während der Dauer der Ermäßigung auf 5% zu Zwecken der Umlegung von Zuschlägen nach den Tarifen A, B und C zu erfolgen, sofern die Landesgesetzgebung nicht für diese Zeit die Befreiung von den ihrer Kompetenz unterliegenden Zuschlägen versieht.

In jenen Fällen, in welchen nach den bisher geltenden Normen während der Zeit der Hauszinssteuerumlagenbefreiung Zuschläge zur 5%igen Steuer zur Einhebung gelangt sind, hat der Umlagenbemessung für die Zeitdauer der Umlagenbegünstigung die auf 5% ermäßigte Hauszinssteuer als Basis zu dienen.

c) Begünstigungen für Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen. — Nach dem Gesetze vom 9. Februar 1892, R.-G.-Bl. Nr. 37, findet eine **24jährige** Steuerbefreiung (auch von der 5%igen Steuer) unter bestimmten Voraussetzungen für solche Wohngebäude statt, die zu dem Zwecke erbaut werden, um ausschließlich an Arbeiter vermietet zu werden und denselben gesunde und billige Wohnungen zu bieten, und zwar wenn solche: a) von Gemeinden, gemeinnützigen Vereinen und Anstalten für Arbeiter, b) von aus Arbeitern gebildeten Genossenschaften für ihre Mitglieder, c) von Arbeitgebern für ihre Arbeiter errichtet werden. Nach dem n.-ö. Landesgesetze vom 31. Juli 1892, L.-G.-Bl. Nr. 54, sind diese Neubauten auch von der Entrichtung aller Landeszuschläge sowie von der Hälfte der Gemeindezuschläge zu den genannten Staatssteuern befreit.

Der geringe Erfolg dieses Gesetzes führte zu einer Erneuerung durch das Gesetz vom 8. Juli 1902, R.-G.-Bl. Nr. 144. Danach findet die 24jährige Steuerbefreiung nunmehr auf neuerbaute oder gänzlich umgebaute Wohngebäude¹⁾ Anwendung, die bestimmt sind, Arbeitern gesunde und billige Wohnungen zu bieten, sofern die Wohnungen des Hauses an Arbeiter vermietet oder unentgeltlich oder gegen eine im Arbeitsvertrage ziffermäßig nicht festgesetzte Anrechnung auf den Lohn überlassen werden. Das Gesetz findet auch Anwendung auf Familienwohnhäuser, die an Arbeiter in der Weise verkauft werden, daß mindestens die Hälfte des Kaufschillings in wenigstens 15 Annuitäten abzuzahlen ist. Nach dem n.-ö. Landesgesetze vom 9. Jänner 1903, L.-G.-Bl. Nr. 13, sind die im obigen Gesetze bezeichneten Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen auch von der Entrichtung aller Landes- und Bezirkszuschläge und der Hälfte der Gemeindezuschläge zur Hauszinssteuer und 5%igen Steuer befreit; jedoch kann durch Beschluß der Gemeindevertretung die Ausdehnung dieser Befreiung bis auf die ganze zweite Hälfte der Gemeindezuschläge ausgesprochen werden. Seit dem 20. Juli 1902 gilt das neue Gesetz und bleibt das ältere vom Jahre 1892 nur rückblicklich jener Gebäude in Kraft, für welche auf Grund desselben die Steuerbefreiung bewilligt worden ist.

d) Weitergehende Steuerbefreiungen wurden für genau bezeichnete Gebäude durch kais. Entschlüssen vom 14. Mai 1859 und 25. März 1864, dann durch das Gesetz vom 5. April 1893, R.-G.-Bl. Nr. 54, und die kais. Verordnung vom 21. August 1899, R.-G.-Bl. Nr. 167, zugestanden.

¹⁾ Unter verschiedenen Voraussetzungen, z. B. für Familienhäuser: 1. die Gebäude müssen den Anforderungen der persönlichen Sicherheit und Gesundheitspflege Rechnung tragen; 2. der bewohnbare Raum einer einräumigen Wohnung darf nicht weniger als 16 und nicht mehr als 25 m², bei zweiräumigen Wohnungen nicht weniger als 20 und nicht mehr als 35 m², bei mehrräumigen Wohnungen nicht weniger als 30 und nicht mehr als 80 m² betragen; 3. die Bauten müssen bis zum Ablaufe des 20. Jahres nach Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes fertiggestellt sein und 4. muß die Landesgesetzgebung auch die Befreiung von allen Landes- und Bezirkszuschlägen sowie eine Ermäßigung der Gemeindezuschläge zu den genannten Staatssteuern für die ganze Dauer der staatlichen Steuerbefreiung gewähren.

Durch die kais. Entschliekung vom 14. Mai 1859 (Statth.-Rundm. vom 27. Mai 1859, L.-G.-Bl. Nr. 5, II. Abt. ex 1859) wurde u. a. für Neubauten, welche auf den dem Baufonds für die Stadterweiterung gehörigen Gründen binnen fünf Jahren nach Festsetzung des Stadterweiterungsplanes und Ausbietung dieser Gründe planmäßig vollendet und benützlich gemacht werden, eine Befreiung von den landesfürstlichen Steuern und von allen, nach dem Maßstabe derselben umgelegten Landes- und Gemeindeabgaben durch 30 Jahre und für Neubauten, welche ebenso innerhalb zehn Jahren vollendet werden, durch 25 Jahre gewährt. Die Befreiung von den Gemeindefürstlichen Steuern wurde jedoch später mit der kais. Entschliekung vom 27. Februar 1861 auf 10 Jahre herabgesetzt und mit der kais. Entschliekung vom 25. März 1864 angeordnet, daß die Steuerbefreiung für jene Gebäude von dem Tage an zu berechnen sei, an welchem der betreffende Bauplatz zum Verkauf aus- geboten worden ist.

Das Gesetz vom 5. April 1893, R.-G.-Bl. Nr. 54, setzte für 1263 nach Straße und Orientierungs-Nummer bestimmte Gebäude, welche innerhalb der Straßenregulierungslinien an Stelle bestandener, jedoch bis an die Erdoberfläche niedergerissener Gebäude neu aufgebaut werden, die Dauer der (auf Grund des Gesetzes vom 25. März 1880 eintretenden) Befreiung von der Hauszinssteuer hinsichtlich jenes Teiles des Gebäudes, der sich innerhalb 25 m von der Straßenregulierungslinie befindet, auf 18 Jahre unter der Bedingung fest, daß diese Neubauten binnen 10 Jahren, vom Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes in Angriff genommen und gänzlich vollendet und benützlich hergestellt werden, und daß ihnen auf Grund eines Landesgesetzes auch der Anspruch auf die gleich lang dauernde Befreiung von den Landes- und Gemeindefürstlichen Steuern zu der Hauszinssteuer zuerkannt wird. Letzteres geschah durch das Landesgesetz vom 5. April 1893, L.-G.-Bl. Nr. 16.

Durch die kais. Verordnung vom 21. August 1899, R.-G.-Bl. Nr. 167, wurde für die Neubauten auf den ärarischen Gründen der Kaiser Franz Josefs-Kaserne in Wien und auf einigen der Gemeinde Wien gehörigen Parzellen im III. und IV. Gemeindebezirke von Wien die Dauer der Befreiung von der Hauszinssteuer auf 30, bzw. 25 Jahre ausgedehnt, wenn diese Neubauten binnen 10, bzw. 20 Jahren nach Ausbietung der Gründe planmäßig vollendet und benützlich gemacht werden unter der Voraussetzung, daß diesen Neubauten durch ein Landesgesetz auch der Anspruch auf eine gleich lang dauernde Befreiung von den Landes- und Gemeindefürstlichen Steuern und auf eine zehnjährige Befreiung von den Gemeindefürstlichen Steuern eingeräumt wird. Dies geschah durch das Landesgesetz vom 5. Oktober 1899, L.-G.-Bl. Nr. 67.

c) **Erwerbsteuer.** Die Erwerbsteuer (Gesetz vom 25. Oktober 1896, R.-G.-Bl. Nr. 220) zerfällt in zwei Gattungen, in die allgemeine Erwerbsteuer und in die Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen.

1. Der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegt jeder, der in Österreich eine Erwerbunternehmung betreibt oder eine auf Gewinn gerichtete Beschäftigung ausübt (§ 1), jedoch mit Ausnahme der Unternehmungen mit öffentlicher Rechnungslegung, der Beschäftigungen, welche im Dienstverhältnisse gegen Sold oder Lohn ausgeübt werden, des Betriebes der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich des Gartenbaues, der Jagd und Fischerei¹⁾, endlich gewisser kleinerer Betriebe und Nebenbeschäftigungen, die im § 3 des Gesetzes aufgezählt sind (§ 2 und 3). An allgemeiner Erwerbsteuer ist, abgesehen von der Steuerleistung der in den §§ 78, 81 und 82 bezeichneten Hausier- und Wandergewerbe, alljährlich eine auf die einzelnen Steuerpflichtigen aufzuteilende Hauptsumme aufzubringen. Diese ist für die erste Veranlagungsperiode²⁾ (1898 und 1899) mit einem Betrage von 17,732.000 fl.³⁾ festgesetzt worden und erhöht sich für jede folgende Veranlagungsperiode um je 2 1/2% (§ 11). Für 1910 und 1911 ist der Betrag mit 36,793.153 K 26 h, für 1912 und 1913 mit 37,209.106 K und für 1914 und 1915 mit 37,268.012 K festgesetzt worden. Die allgemeine Erwerbsteuer ist eine Repartitionssteuer. Innerhalb des einzelnen Veranlagungsbezirkes erfolgt zunächst nach den vier Steuerklassen die Bezirks-Einzelrepartition. In die I. Klasse gehören die Steuerpflichtigen, denen mehr als 2000 K, in die II. jene, denen zwischen 300 K und 2000 K, in die III. jene, denen zwischen 60 K und 300 K, in die IV. jene, denen nicht mehr als 60 K an jährlicher Steuerschuldigkeit vorgeschrieben ist (§ 12.) Für die I. und II. Klasse bilden in der Regel die Handelskammerbezirke, für die III. und IV. Klasse in der Regel die größeren Städte und die politischen Bezirke Veranlagungsbezirke (§ 13). Die Angehörigen jeder Erwerbsteuerklasse bilden in jedem Veranlagungsbezirke eine Steuergesellschaft (§ 14). Näheres siehe auf Seite 239 des Jahrbuches für 1905.

Jenen, welche eine steuerpflichtige Unternehmung oder Beschäftigung beginnen oder eine neue Betriebsstätte eröffnen, wird bis zu ihrer Einreihung in eine Steuergesellschaft der Steuerfakt von der Steuerbehörde I. Instanz bemessen (§ 66). Die allgemeine Erwerbsteuer zerfällt infolgedessen in die kontingentierte, das ist jene Erwerbsteuer, welche den Mitgliedern der Steuergesellschaften von den Erwerbsteuer-Kommissionen bemessen wird, und in die nicht kontingentierte, das ist jene, welche den neu angemeldeten Steuerträgern bis zu ihrer Einreihung in eine Steuergesellschaft von den Steuerbehörden I. Instanz bemessen wird, wozu auch die Nachtragsbemessungen in den Fällen des unangemeldeten Betriebes, dann die Nachtragsvorschriften bei Straferkenntnissen wegen Steuerhinterziehung gehören.

Besondere Vorschriften bestehen für die Hausier- und Wandergewerbe (§ 78—82). Die Steuerbemessung für den Hausierhandel sowie für alle im Umherziehen von Ort zu Ort betriebenen Gewerbe und Beschäftigungen erfolgt im Verhältnisse ihrer mittleren Ertragsfähigkeit zu der mittleren Ertragsfähigkeit ähnlicher stehender Gewerbe durch die Steuerbehörde I. Instanz. Die

¹⁾ In dieser Befreiung ist aber nicht begriffen: Die Jagd auf fremdem Grunde, die Fischerei in freien und in gepachteten sowie in öffentlichen Gewässern, die Seefischerei, der Erwerb aus der Pachtung von Grundstücken oder Wirtschaften, es sei denn, daß der Pächter und seine Familie sie, wenn auch mit zeitweiliger und ausnahmsweiser Zuziehung von Mitarbeitern, selbst bearbeitet, endlich die Kunst- und Handelsgärtnerei. — ²⁾ Eine Veranlagungsperiode umfaßt in der Regel 2 Jahre. — ³⁾ Dieser Betrag wurde zufolge der Verordnung des k. k. Finanzministeriums vom 28. Juni 1899 auf 17,457.440 fl. herabgesetzt.

entrichteten Erwerbsteuerbeträge werden in die Gesellschaftskontingente nicht eingerechnet. Diese Bestimmungen haben keine Anwendung auf 1. Unternehmungen, welche an bestimmten Orten abwechselnd unter Benützung fester Betriebsstätten betrieben werden¹⁾, 2. Marktfahrer, sofern sie nicht von der Erwerbsteuer befreit sind, und 3. inländische Handelsreisende, welche nicht im Dienst- und Lohnverhältnisse stehen²⁾; sie sind durch die Erwerbsteuer-Kommission zu besteuern.

Die allgemeine Erwerbsteuer ist für je ein Vierteljahr im voraus am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober jeden Jahres, die Erwerbsteuer für die Hausier- und Wandergewerbe im vollen Betrage der Jahresschuldigkeit auf einmal im voraus zu entrichten.

2. Die zweite Art der Erwerbsteuer ist die Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen. Solche Unternehmungen sind: 1. Erwerbsunternehmungen, insbesondere Unternehmungen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, der Gewerkschaften, die Versicherungsunternehmungen (mit Ausnahme der wechselseitigen), öffentliche Kreditinstitute, die Staatseisenbahnen, die Unternehmungen der dem Gesetze vom 9. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 70, gemäß registrierten und der sonstigen nicht registrierten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, sofern der Geschäftsbetrieb nicht auf die Mitglieder beschränkt ist. 2. Gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen der Selbsthilfe, und zwar insbesondere die vorher erwähnten Genossenschaften, welche sich auf den Verkehr mit ihren Mitgliedern beschränken, wenn der Reinertrag 1200 K übersteigt, Sparkassen, wechselseitige Versicherungsanstalten 2c. (§ 83). Von der Besteuerung ist eine ganze Reihe von im § 84 des Gesetzes näher bezeichneten Unternehmungen ausgenommen.

Die Bemessung findet jährlich statt (§ 91). Die Grundlage zur Bemessung bildet in der Regel der in dem letzten Geschäftsjahre erzielte Reinertrag (§ 92). Das Ausmaß der Steuer beträgt regelmäßig 10% vom steuerpflichtigen Reinertrage³⁾; sie darf jedoch nicht weniger betragen als $\frac{1}{1000}$ des investierten Anlagekapitals des Steuerpflichtigen, bei Versicherungsgesellschaften auf Aktien nicht weniger als $\frac{1}{1000}$ der Summe der Jahresnettoprämien (nach Abzug der Prämienrückersätze). Das Ausmaß von 10% ist für solange um $\frac{1}{2}\%$ zu erhöhen⁴⁾, bis die Erträge der direkten Personalsteuern im Sinne des Artikels IX, Absatz 3b, und X, Punkt 3, des Gesetzes ausreichen, von dieser Erhöhung Umgang zu nehmen⁵⁾. Aktiengesellschaften, welche mehr als 10% an Dividende verteilen, haben überdies von dem Betrage, der für das 11. bis 15. Prozent der Dividende erforderlich ist, 2% und von den darüber hinaus zur Verteilung gelangenden Beträgen 4% zu entrichten. Bei wechselseitigen Versicherungs-Gesellschaften beträgt die Steuer $\frac{1}{1000}$ der Summe der Jahres-Nettoprämien; für Sparkassen gilt ein nach der Höhe des Reinertrages abgestufter Steuerfuß von 3—10%; bei den begünstigten Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften und Vorschußklassen beträgt, sofern sie nicht nach dem 1. Absätze des § 85 von der Erwerbsteuer befreit sind, die Steuer bei einem Reinertrage bis einschließlich 2800 K 2.5% und steigt bis 5% bei einem Reinertrage über 100.000 K. Für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, bei welchen die Voraussetzungen für die begünstigte Behandlung nach § 85 nicht zutreffen, beträgt die Steuer bei einem Reinertrage bis einschließlich 2800 K 4% und steigt bis 10% bei einem Reinertrage von mehr als 20.000 K. (Gesetz vom 3. Jänner 1913, R.-G.-Bl. Nr. 5, mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1912.)

Die Bemessung geschieht durch die Steuerbehörden I. Instanz (§ 109) auf Grund eines von dem Unternehmer vorzulegenden Bekenntnisses über den steuerpflichtigen Reinertrag (§ 110).

Die Zahlungstermine sind dieselben wie bei der allgemeinen Erwerbsteuer (§ 115).

Mit Gesetz vom 6. März 1906, R.-G.-Bl. Nr. 58, wurden Bestimmungen über die Bildung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung getroffen; wenn ihr Anlagekapital höchstens 1.000.000 Kronen beträgt, unterliegen sie den Bestimmungen des I. Hauptstückes des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R.-G.-Bl. Nr. 220, mit der Abweichung, daß die vorgeschriebene allgemeine Erwerbsteuer dem Gesellschaftskontingente nicht eingerechnet wird. (Nicht kontingentierte allgemeine Erwerbsteuer.) Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Anlagekapital mehr als 1.000.000 Kronen beträgt, sind nach den für Aktiengesellschaften geltenden Bestimmungen des II. Hauptstückes des Personalsteuergesetzes zu behandeln, jedoch beträgt die Steuer 4% bei einem steuerpflichtigen Reinertrage bis einschließlich 100.000 Kronen und steigt bei je 100.000 Kronen mehr um 1% bis 10%, bei einem steuerpflichtigen Reinertrage über 600.000 Kronen 10%.

d) **Rentensteuer.** Ihr unterliegt, wer aus Vermögensobjekten oder Vermögensrechten Bezüge empfängt, welche nicht schon durch die Grund-, Gebäude-, Erwerb- oder Besoldungssteuer unmittelbar getroffen werden. Jedoch sind gewisse Körperschaften und Personen⁶⁾, dann auch gewisse Bezüge von

¹⁾ Schaustellungen, musikalische Aufführungen und dergleichen, welche nicht auf Grund einer auf das Umherziehen lautenden, sondern auf Grund besonderer Lizenzen für jeden einzelnen Ort veranstaltet werden, sowie Wanderlager sind an jedem Betriebsorte besonders zu versteuern. Die Steuer ist in das Gesellschaftskontingente nicht einzurechnen. Die für die ganze Zeit des beabsichtigten Betriebes entfallende Steuer ist vor Eröffnung des Betriebes zu entrichten. Bezüglich der Wanderlager ist jedes Kalenderjahr, in welches der Betrieb reicht, für die Besteuerung als voll zu rechnen. — ²⁾ Im Dienst- und Lohnverhältnisse stehende Handelsreisende kommen lediglich bei der Besteuerung ihrer Prinzipale in Betracht. Ausländer unterliegen für den Geschäftsbetrieb im Inlande als Reisende oder durch in ihren Diensten stehende Handelsreisende einer von der Steuerbehörde I. Instanz zu bemessenden Erwerbsteuer. — ³⁾ Die nach Art. 92 der Statuten der österreichisch-ungarischen Bank zu entrichtende Steuer beträgt stets 10%. — ⁴⁾ Dieser Erhöhung unterliegen jedoch nicht: Gewinne von den Landesvertretungen für gemeinnützige Zwecke gegründete Unternehmungen, dann die nicht auf Gewinn berechneten, auf dem Grundsätze der Wechselseitigkeit beruhenden Hypothekar-Institute. — ⁵⁾ Übersteigt der nach Bestreitung der Nachlässe an der vorgeschriebenen Grundsteuer und Gebäudesteuer noch verbleibende Überschuß 6.000.000 K, so sind die Mehrbeträge zunächst zur Erhöhung der erwähnten Nachlässe, und zwar bei der Grundsteuer bis auf 15%, bei der Gebäudesteuer bis auf 12 $\frac{1}{2}$ %, und zu einer solchen Ermäßigung der Erwerbsteuer-Hauptsumme zu verwenden, daß dadurch der Nachlaß an der allgemeinen Erwerbsteuer auf 25% jenes Betrages erhöht wird, der bei Berechnung der Erwerbsteuer-Hauptsumme zugrunde gelegt wurde; die weiteren Mehrbeträge sind zur Ermäßigung des Steuerfußes für die der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen bis auf 10% zu verwenden. In den Jahren 1906—1910 betrug das Ausmaß 10%. — ⁶⁾ Darunter solche, deren rentensteuerpflichtige Bezüge weder für sich allein noch auch in Verbindung mit ihrem anderweitigen Einkommen den Betrag von 1600 K jährlich übersteigen, es sei denn, daß die Steuer gemäß § 133 (siehe oben im Texte) bei Auszahlung der Rufen und Renten von den betreffenden Klassen und Unternehmungen in Abzug gebracht wird.

der Rentensteuer befreit. Die Rentensteuer wird jährlich bemessen. Das Ausmaß beträgt je nach der Art des Bezuges $\frac{1}{2}$ bis $10\frac{1}{6}$ ¹⁾. Ort der Vorschreibung ist regelmäßig jene Steuergemeinde, in welcher der Steuerpflichtige seinen ordentlichen Wohnsitz hat. In gewissen Fällen wird die Rentensteuer im Wege des Abzuges durch den Schuldner erhoben. In allen anderen Fällen wird die Rentensteuer von der Steuerbehörde I. Instanz auf Grund von Bekenntnissen des Steuerpflichtigen bemessen. Zahlungstermine sind für Selbstzahler der 1. Juni und 1. Dezember (§ 124—144).

e) **Einkommensteuer.** Der Einkommensteuer unterliegen: diejenigen physischen Personen, die im Geltungsgebiete dieses Gesetzes einen Wohnsitz haben oder sich daselbst länger als ein Jahr aufhalten, hinsichtlich des gesamten Einkommens.²⁾ In demselben Umfange unterliegen der Einkommensteuer auch Inländer, die im hierländigen Staatsdienste oder im gemeinsamen Dienste außerhalb des Geltungsgebietes dieses Gesetzes ihren Wohnsitz haben, insoweit sie dort zu den entsprechenden direkten Staatssteuern nicht herangezogen werden; alle anderen als die unter ²⁾ bezeichneten physischen Personen, wenn sie a) in diesen Ländern Realitäten oder auf inländische Realitäten hypothetisierte Forderungen oder ein durch Fideikommiß, Verwahrungszwang oder sonstige rechtliche Vorschriften an diese Länder gebundenes Vermögen besitzen oder b) hierlands eine Erwerbsunternehmung oder gewinnbringende Beschäftigung betreiben oder Teilnehmer einer solchen Beschäftigung oder Unternehmung sind,³⁾ oder c) ein Einkommen an Dienstbezügen, Ruhegehältern aus einer hierländigen Staats-, Hof-, Länder-, Bezirks- oder Gemeindefasse, oder d) ein Einkommen an solchen Bezügen haben, die der Lantienabgabe nach Art. III der Personalsteuernovelle unterliegen. Physische Personen, die im Geltungsgebiete dieses Gesetzes keinen Wohnsitz haben und sich nicht länger als ein Jahr daselbst des Erwerbes wegen aufhalten, rücksichtlich des in dieser Zeit im Inlande erworbenen Einkommens. Ruhende Erbschaften nach Maßgabe der im § 229 enthaltenen Bestimmungen (§ 153).

Von der Einkommensteuer befreit sind: 1. Der Kaiser. 2. Die Mitglieder des kaiserlichen Hauses bezüglich der Apanagen. 3. Die am k. u. k. Hofe beglaubigten diplomatischen Vertreter und die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzenden Berufskonsule auswärtiger Mächte, dann die von ihnen ausschließlich für die Geschäfte der Gesandtschaft oder des Konsulates oder für ihre Familien verwendeten Beamten und Diener, insoweit sie Ausländer sind, hinsichtlich alles Einkommens, welches sie nicht aus dem im § 153, Zahl 2) erwähnten Quellen beziehen. 4. Diejenigen Personen, denen auf Grund von Staatsverträgen oder sonst nach völkerrechtlichen Grundsätzen ein Anspruch auf Befreiung von der Personaleinkommensteuer zukommt. 5. Die mit Maria Theresien-Ordenspensionen, Militär-Tapferkeitsmedaillen und Verwundungszulagen beteiligten Personen in Ansehung dieser Pensionen und Zulagen. 6. Die Offiziere (Auditore, Militärärzte, Truppenrechnungsführer), die Seelsorger und die Mannschaft der bewaffneten Macht rücksichtlich ihrer Aktivitätsbezüge⁴⁾. 7. Alle übrigen Militärpersonen und die während der Mobilität bei der Militärverwaltung zur Dienstleistung eingeteilten Zivilpersonen hinsichtlich der ihnen auf die Dauer der Mobilität aus dem Militäretat normalmäßig zukommenden Dienstesbezüge (§ 154).

Als Einkommen gilt die Summe aller in Geld oder Geldeswert bestehenden Einnahmen der einzelnen Steuerpflichtigen mit Einschluß des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause oder sonstiger freier Wohnung, sowie des Wertes der zum Haushalte verbrauchten Erzeugnisse der eigenen Wirtschaft und des eigenen Gewerbebetriebes, sowie sonstiger dem Steuerpflichtigen allenfalls zukommender Naturaleingänge, abzüglich der auf Erlangung, Sicherung und Erhaltung dieser Einnahmen verwendeten Auslagen, sowie etwaiger Schuldzinsen, auch insoweit diese nicht zu den oben bezeichneten Ausgaben gehören, nach Maßgabe der in den §§ 160—171 enthaltenen Bestimmungen (§ 159).⁵⁾

Behufs Veranlagung der Einkommensteuer ist bei einem Gesamteinkommen über 4000 K dem Einkommen des Vorstandes der Haushaltung das Einkommen der Angehörigen dieser Haushaltung zuzurechnen. Eine Ausnahme findet statt, wenn erwiesen wird, daß solches Einkommen der gemeinschaftlichen Haushaltung nicht zufließt (§ 157).

Das Ausmaß der Einkommensteuer enthält die Tabelle auf Seite 254. Ort der Bemessung und Vorschreibung der Einkommensteuer ist in der Regel der ordentliche Wohnsitz der steuerpflichtigen Person (§ 176).

Zur Ausführung der Geschäfte der Veranlagung der Einkommensteuer werden außer den Steuerbehörden bestellt: a) Schätzungskommissionen, und zwar Bezirkskommissionen und Ortskommissionen für Städte und Industrieorte mit mehr als 10.000 Einwohnern⁶⁾, b) Berufungskommissionen für den Umfang je eines Königreiches oder Landes. Für ausgedehnte Sprengel können nach Erfordernis auch mehrere Schätzungs-, beziehungsweise Berufungskommissionen aufgestellt werden (§ 177).⁷⁾

¹⁾ § 131 und Gesetz vom 26. Juni 1901, R.-G.-Bl. Nr. 80. — ²⁾ Wenn jedoch diese Personen in einem anderen Lande als dem Geltungsgebiete dieses Gesetzes Realitäten besitzen oder ein stehendes Gewerbe betreiben oder aus einer Staatskasse eines anderen Landes Dienstbezüge oder Ruhegehälter empfangen, so ist das Einkommen aus diesen Quellen unter der Voraussetzung von der Besteuerung ausgenommen, daß das Einkommen in dem Lande, aus dem es herrührt, erweislich bereits der Einkommensteuer oder einer gleichartigen Steuer unterliegt und daß das betreffende Land hinsichtlich des Einkommens aus hierländigen Quellen dieser Art nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit (Reziprozität) vorgeht. — ³⁾ Der Besitz von Aktien, Anteilscheinen und ähnlichen Wertpapieren ist als Teilhaberschaft an einer Unternehmung im Sinne des obigen Absatzes nicht anzusehen. — ⁴⁾ Wenn diese Personen außer dem befreiten Einkommen noch anderes Einkommen beziehen, sind für die Beurteilung des auf das letztere anzuwendenden Steuerfußes, sowie der allfälligen Steuerfreiheit desselben im Sinne des § 155 die befreiten Einkommen in das Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen einzurechnen. — ⁵⁾ Außerordentliche Einnahmen aus Erbschaften, Lebenskapitalversicherungen, Schenkungen und ähnlichen unentgeltlichen Zuwendungen gelten nicht als steuerpflichtiges Einkommen. Gewinne aus Veräußerung von Vermögensobjekten sind nur dann dem Einkommen zuzurechnen, wenn die Veräußerung im Betriebe einer Erwerbsunternehmung oder in Ausführung eines Spekulationsgeschäftes erfolgt ist. — ⁶⁾ Jedoch ist die Regierung berechtigt, nach Einvernahme des betreffenden Landesauschusses auch Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern der Schätzungskommission jenes politischen Bezirkes, welchem sie angehören, zuzuweisen. — ⁷⁾ Für Wien bildet jeder Gemeindebezirk in der Regel einen Schätzungsbezirk; nur die Innere Stadt ist in zwei Schätzungsbezirke geteilt.

Die Schätzungskommissionen sind zur Erhebung der Einkommensverhältnisse und Feststellung der Steuerätze berufen. Die Berufungskommissionen entscheiden über alle gegen das Verfahren der Schätzungskommissionen eingebrachten Beschwerden überhaupt und insbesondere über Berufungen gegen die von diesen Kommissionen vorgenommenen Feststellungen der Steuerätze (§ 178). Die Zahl der Mitglieder der Schätzungskommission bestimmt mit Rücksicht auf die Größe und die Einkommensverhältnisse des Schätzungsbezirkes der Finanzminister. Er ernennt auch den Vorsitzenden und die Hälfte der Mitglieder der Kommission; die andere Hälfte wird aus der Mitte der Bewohner des Schätzungsbezirkes, welche der Einkommensteuer unterliegen, gewählt (§ 179). Die Wahl wird von den Einkommensteuerverpflichtigen Steuerträgern des Schätzungsbezirkes in 3 Wahlkörpern vorgenommen (§ 181). In die Berufungskommission werden die Mitglieder, deren Anzahl vom Finanzminister bestimmt wird, aus der Mitte der Einkommensteuerverpflichtigen zur Hälfte von den Landtagen gewählt, zur Hälfte vom Finanzminister ernannt, dem auch die Ernennung des Vorsitzenden zusteht (§ 182).

Jeder Steuerpflichtige ist verpflichtet, alljährlich bei der zuständigen Steuerbehörde ein Bekenntnis über sein steuerpflichtiges Einkommen nach einem vorgeschriebenen Formulare einzubringen (§ 202). Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen 2000 K nicht überschreitet, sind von der Abgabe eines Bekenntnisses in der Regel befreit und sind dazu nur verpflichtet, sobald eine besondere Aufforderung der Steuerbehörde oder des Vorsitzenden der Veranlagungskommission an sie ergeht; jedoch in jedem Falle berechtigt, Bekenntnisse einzubringen (§ 204).

Die Steuerbehörde hat die bei ihr einlangenden Bekenntnisse einer vorläufigen Prüfung zu unterziehen und allenfalls durch Einvernahme des Steuerpflichtigen oder von Sachverständigen und Auskunftspersonen zu ergänzen und richtig zu stellen; die bei ihr einlangenden Nachweise, Verzeichnisse und sonstigen Bemessungsbehelfe¹⁾ sind, soweit als tunlich, zu vervollständigen und für den Gebrauch der Schätzungskommission vorzubereiten. Der Steuerbehörde obliegt es auch, in zweifelhaften Fällen über die Einkommensverhältnisse jener Personen, welche Bekenntnisse nicht überreicht haben, Nachrichten einzuziehen. Die Mitwirkung der Vertrauensmänner bei der obigen Amtshandlung ist im Verordnungswege festgesetzt (§ 206). Die Schätzungskommission setzt die Einkommenstufe und den entfallenden Steuerbetrag für jeden Steuerpflichtigen fest; vorkommendenfalls ist außerdem der Betrag der in dem Einkommen enthaltenen besoldungssteuerpflichtigen Dienstbezüge ziffermäßig festzustellen (§ 212).

Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht sowohl dem Steuerpflichtigen als auch der Steuerbehörde das Recht der Berufung an die Berufungskommission zu (§ 218).²⁾ Die Berufungskommission kann den Steuerpflichtigen auch zur Gewährung der Einsichtnahme in die Geschäfts- und Wirtschaftsbücher auffordern. Falls der Steuerpflichtige die Vorlage verweigert oder der Aufforderung binnen einer angemessenen zu bestimmenden Frist nicht entspricht, kann die Entscheidung über jene Punkte, die durch die Vorlage hätten aufgeklärt werden sollen, ohne weitere Mitwirkung des Steuerpflichtigen auf Grund der der Kommission vorliegenden Behelfe von Amts wegen erfolgen (§ 222). Die Buchsicht hat außer in den Fällen der §§ 222 und 258 (Strafverfahren) stattzufinden, wenn der Steuerpflichtige sie anbietet und die Behörde oder Kommission seine Angaben nicht ohne diese Einsichtnahme für glaubwürdig erachtet (§§ 272 bis 279).

Die Einkommensteuer ist vorbehaltlich der Bestimmungen des § 234 in zwei gleichen am 1. Juni und 1. Dezember fälligen Raten einzuzahlen (§ 226).

f) **Besoldungssteuer.** Die Empfänger von Dienstbezügen (§§ 167, 168), welche den Betrag jährlicher 6400 K erreichen oder übersteigen, haben neben der Einkommensteuer auch eine Besoldungssteuer zu entrichten (§ 233). Das Ausmaß dieser Steuer ergibt sich aus der Tabelle auf Seite 265.

Die Besoldungssteuer ist auf Grund der von den Schätzungskommissionen vorgenommenen, bzw. von der Berufungskommission berichtigten Feststellung der Dienstbezüge den Steuerpflichtigen abgefordert vorzuschreiben (§ 233). Diejenigen, welche Dienst- und Lohnbezüge und Ruhegenüsse auszahlen, sind verpflichtet, davon die den Empfängern von diesen Einkommen vorgeschriebene Einkommensteuer und Besoldungssteuer abzuziehen. Der Abzug erfolgt in denselben Terminen und in denselben verhältnismäßigen Raten, wie die Auszahlung des Bezuges (§ 234). Die auf diese Art im Laufe eines Monats abgezogenen Beträge sind in der Regel binnen 14 Tagen nach Schluß desselben an die Staatskasse abzuführen (§ 235).

¹⁾ Zur Vorbereitung der Veranlagung haben die Steuerbehörden nach Einvernehmen von Vertrauensmännern ein Verzeichnis jener in ihrem Sprengel wohnhaften Personen anzufertigen, welche als einkommensteuerpflichtig vermutet werden. Desgleichen ist ein Verzeichnis jener der Steuerbehörde bekannten Einkommensquellen anzufertigen, deren Eigentümer nicht im Sprengel der Steuerbehörde wohnen. Die Vertrauensmänner, deren Anzahl für jeden Schätzungsbezirk der Finanzminister bestimmt, werden für alle Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern durch die Gemeindevertretungen gewählt (§ 199). Die Besitzer bewohnter Häuser oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, binnen einer von der Finanzlandesbehörde zu bestimmenden Frist der Steuerbehörde eine Nachweisung aller im Hause wohnenden Personen, bei vermieteten Gebäuden mit Angabe des Mietzinses und der etwaigen Mietervermieter in der Form der Zinsfasser unter Angabe des Namens und der Berufs- oder Erwerbsart der Bewohner vorzulegen. Die Mietervermieter haben ihre Mietervermieter und die von ihnen bezahlten Zinse, die Haushaltungsvorstände alle zu ihrem Haushalte gehörigen Personen, welche ein eigenes Einkommen haben, anzugeben (§ 200). Jedermann, der in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern zur Auszahlung von Dienst- und Lohnbezügen und Ruhegenüssen in einem jährlich für eine Person 1600 K übersteigenden Betrage verpflichtet ist, hat alljährlich der Steuerbehörde eine *A n z e i g e* über die Bezugsberechtigten, unter Angabe des Namens, Wohnortes und der Beschäftigung derselben, dann über die Höhe und Gattung der im Vorjahre ausbezahlten Bezüge zu überreichen. Haben solche Bezüge nicht während des ganzen Vorjahres bestanden, so ist der Betrag des Jahresbezuges und der Tag anzugeben, von welchem an oder bis zu welchem die Bezüge zur Auszahlung gelangten (§ 201). — ²⁾ Wenn das veranlagte Jahreseinkommen nicht mehr als 6000 K beträgt und sowohl der Vorsitzende der Schätzungskommission wie auch die Kommission selbst der Ansicht sind, daß der Berufung vollinhaltlich stattzugeben ist, obliegt die Entscheidung über die Berufung der Schätzungskommission (§ 221).

g) **Tantiemenabgabe.** Von den Bezügen, welche die Mitglieder des Vorstandes, Aufsichtsrates und Verwaltungsrates (Generalrat, Administrationsrat, Kuratorium u. dgl.) von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien in dieser Eigenschaft unter welcher Bezeichnung immer, empfangen, ist vom Steuerjahre 1914 an eine Abgabe von 10% zu entrichten, die von den Gesellschaften bei Auszahlung der Bezüge den Empfängern für Rechnung des Staatsschatzes in Abzug zu bringen und an die Staatskasse abzuführen ist.¹⁾ Ist die Gesamtsumme der von einer Gesellschaft ausbezahlten Bezüge geringer als 5000 K, so entfällt die Entrichtung der Abgabe (Art. III der Personalsteuer-Novelle vom 23. Jänner 1914, R.-G.-Bl. Nr. 14).

¹⁾ In Wien an das städtische Zentralsteueramt.

2. Zuschläge zu den Staatssteuern, dann Gemeinde-Umlagen auf den Mietzins in den Jahren 1910—1914.

Jahr	Grundsteuer		Gebäudesteuern				Allgemeine Erwerbsteuer (einschließlich der von Hausier- und Wandergewerben)						Besondere Beiträge für genossenschaftl. kaufmännische Fortbildungsschulen ¹⁾
			Hauszinssteuer		5%ige Steuer		I. u. II.	III. u. IV.	I. u. II.	III. u. IV.	Handels- u. Gewerbe- u. Kammer- u. Fortbildungsschul-		
	Landes-	Gemeinde-	Landes-	Gemeinde-	Landes-	Gemeinde-	Klasse Landes-	Klasse Gemeinde-					
	Zuschläge in Prozenten der Staatssteuer												
1910	28	25	28	25	33	30	30	23	27	20	3 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	—
1911	28	25	28	25	33	30	30	23	27	20	3 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	—
1912	28	25	28	25	33	30	30	23	27	20	3 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$
1913	28	25	28	25	33	30	30	23	27	20	4	9 $\frac{1}{2}$	4
1914	28	25	28	25	33	30	30	23	27	20	4	9 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{4}$

¹⁾ Mit Landesgesetz vom 20. Dezember 1910, S.-G.-Bl. Nr. 252, wurden kaufmännischen Fortbildungsschulen in Wien, welche von kaufmännischen Genossenschaften (Gremien) erhalten werden, besondere Beiträge bewilligt, wenn die eigenen Einnahmen der Schule einschließlich der normalen Mitgliedergütung (§ 5 des Gesetzes vom 30. November 1907, S.-G.-Bl. Nr. 171) zur Deckung des Aufwandes nicht hinreichen. Diese Beiträge werden in der Form eines besonderen Zuschlages zu der Erwerbsteuer der in der Handelssektion zur n.-ö. Handels- und Gewerbekammer Beitragspflichtigen des Wiener Fortbildungsschulbezirkes eingehoben. Im Jahre 1912 gelangten diese Beiträge zum erstenmale zur Vorschreibung.

(Fortsetzung.)

Jahr	Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen					Besondere Beiträge für genossenschaftl. kaufmännische Fortbildungsschulen	Rentensteuer auf Grund von Befehntnissen		Besoldungssteuer		Gemeinde-Umlagen in Prozenten des Brutto-Mietzinses		
	Landes-	Gemeinde-	Handels- und Gewerbe-kammer-	Fortbildungsschul-	Landes-		Gemeinde-	Landes-	Gemeinde-	für allgemeine Zwecke ³⁾	für Volks-schulzwecke ⁴⁾	für Miltären-quartierungs-zwecke ⁵⁾	
													Zuschläge in Prozenten der Staatssteuer
1910	30	27	3 ¹ / ₂	2) 5 ¹ / ₂	—	28	25	28	25	3 ³ / ₄	4 ¹ / ₂	1/10	
1911	30	27	3 ¹ / ₂	2) 5 ¹ / ₂	—	28	25	28	25	3 ³ / ₄	4 ¹ / ₂	1/10	
1912	30	27	3 ¹ / ₂	2) 7 ¹ / ₂	1) 2) 2 ¹ / ₂	28	25	28	25	3 ³ / ₄	4 ¹ / ₂	1/10	
1913	30	27	4	2) 9 ¹ / ₂	1) 2) 4	28	25	28	25	3 ³ / ₄	4 ¹ / ₂	1/10	
1914	30	27	4	2) 9 ¹ / ₂	1) 2) 2 ¹ / ₄	28	25	28	25	3 ³ / ₄	4 ¹ / ₂	1/10	

1) Siehe Anmerkung 1) auf der vorhergehenden Seite. — 2) Der Fortbildungsschulzuschlag und die besonderen Beiträge für genossenschaftliche kaufmännische Fortbildungsschulen werden bei der Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen nicht von der vollen Staatssteuer, sondern nur von Teilbeträgen dieser bemessen, u. zw. bei Fabriks- und anderen auf gewerbliche Produktion oder Handel gerichteten Unternehmungen vom 5., bei Verkehrsunternehmungen vom 10., bei Banken, Kredit- und Versicherungs-Instituten sowie Sparkassen vom 15. Teile der Staatssteuer. — 3) Zinsheller. — 4) Schulheller. — 5) Einquartierungsheller.

Bei den hauszinssteuerfreien Gebäuden und Gebäudeteilen, aus deren Ertrag an den Staat die fünfprozentige Steuer zu entrichten ist, werden die Landes-, bzw. Gemeindefzuschläge nur dann von dieser fünfprozentigen Steuer berechnet, wenn zugleich die Freiheit von den Landes-, bzw. Gemeindefzuschlägen zur Hauszinssteuer gesetzlich ausgesprochen ist; dies letztere ist bei jenen Bauten der Fall, welche auf Grund der kaiserlichen Entschliessung vom 14. Mai 1859 oder der Gesetze vom 5. April 1893, N.-G.-Bl. Nr. 54, und L.-G.-Bl. Nr. 16, dann der kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1899, N.-G.-Bl. Nr. 167, und des Gesetzes vom 5. Oktober 1899, L.-G.-Bl. Nr. 67, die Zinssteuerfreiheit genießen; die Freiheit von Gemeindefzuschlägen ist bei Bauten auf Grund der kaiserlichen Entschliessung vom 14. Mai 1859 und der Normen aus dem Jahre 1899 auf 10 Jahre beschränkt. (Siehe oben Seite 235.) Bei allen übrigen Gebäuden und Gebäudeteilen, aus deren Ertrag die fünfprozentige Gebäudesteuer zu entrichten ist, werden die Landes-, bzw. Gemeindefzuschläge so berechnet, als ob nicht jene, sondern die Hauszinssteuer zu entrichten wäre. Daher werden diese Zuschläge in den Tabellen auf Seite 245 und 246 mit den Zuschlägen zur Hauszinssteuer zusammen ausgewiesen, so daß die in den Tabellen auf Seite 246 und 247 ausgewiesenen Zuschläge zur fünfprozentigen Steuer nur solche darstellen, welche von den Bauten auf Grund der erwähnten Normen aus den Jahren 1859, 1893 und 1899 eingehoben werden.

Hausier- und Wandergewerbe haben weder die Handels- und Gewerbekammer- noch die Fortbildungsschulzuschläge zu entrichten.

Gemeindef-Umlagen auf den Mietzins erscheinen in der obigen Tabelle, weil die Zins- und Schulheller zusammen mit den Gemeindefzuschlägen zur Hauszinssteuer vorgeschrieben, eingehoben und verbucht werden und diese Zuschläge und Umlagen in genauen Zahlen gar nicht gesondert nachgewiesen werden können.

In der Tabelle ist von der Einkommensteuer keine Rede, weil sie durch das Gesetz vom 31. Dezember 1909, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 11 ex 1910, in Niederösterreich von allen der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen freigelassen wird (vgl. Anmerkung 3) auf Seite 224). Die Rentensteuer ist in der Tabelle auf die auf Grund von Befehntnissen eingehobene Steuer beschränkt; für die im Wege des Abzuges durch den Schuldner eingehobene wird weder für das Land noch für die Gemeinde ein Zuschlag gemacht.

b) Grundsteuer.

1. Die Grundsteuer samt Zuschlägen in den Jahren 1910—1914.

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuer								
1910	234.500	71	293	63	233.593	45	11.448	73
1911	238.017	48	6.151	50	232.464	60	13.233	11
1912	236.659	02	799	62	232.537	08	16.915	38
1913	235.069	51	223	85	229.974	70	30.860	34
1914	233.533	82	1174	07	231.451	60		

1) Die rückständigen Steuern werden erst im Jahre 1915 ausgewiesen, da für die Steuerjahre 1914 und 1915 eine gemeinsame Rechnungslegung festgesetzt wurde.

(Fortsetzung.)

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾		
	Steuerbeträge								
	K	h	K	h	K	h	K	h	
b) Landeszuschläge									
1910	77.246	22	98	93	76.945	32	3.769	97	
1911	78.404	21	2.027	96	76.565	34	4.359	77	
1912	77.957	87	263	39	76.589	03	5.574	76	
1913	77.433	23	73	73	75.773	74	6.260	92	
1914	76.908	78	386	79	76.236	53	—	—	
c) Gemeindezuschläge									
1910	68.970	10	86	40	68.652	53	3.418	81	
1911	70.005	07	1.809	26	69.544	19	3.999	68	
1912	69.606	67	235	17	68.378	11	5.027	65	
1913	69.138	28	65	83	67.699	46	5.593	96	
1914	68.676	32	345	26	68.075	64	—	—	
d) Landesfürstliche Steuern samt Zuschlägen									
1910	380.717	03	478	96	379.191	30	18.637	51	
1911	386.426	76	9.988	72	378.574	13	21.592	56	
1912	384.223	56	1.298	18	377.504	22	27.517	79	
1913	381.641	02	363	41	373.447	90	30.860	34	
1914	überhaupt	379.118	92	1.906	12	375.763	77	—	—
	davon für frühere Jahre	235	44	793	65	26.567	23	—	—

¹⁾ Vgl. die 4. u. 5. Anmerkung auf Seite 268.

2. Die Grundsteuer samt Zuschlägen im Jahre 1914 nach Gemeindebezirken.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt)	1.117	68	—	—	1.067	14		
II (Leopoldstadt)	18.524	03	—	—	17.805	05		
III (Landstraße)	13.970	65	11	99	13.348	52		
IV (Wieden)	1.559	55	—	32	1.865	37		
V (Margareten)	2.076	78	—	—	2.123	48		
VI (Mariahilf)	610	29	—	—	490	71		
VII (Neubau)	823	34	—	—	859	14		
VIII (Josefstadt)	719	81	—	—	718	88		
IX (Alsergrund)	4.278	94	—	—	4.226	90		
X (Favoriten)	35.837	59	31	52	34.021	74		
XI (Simmering)	44.465	70	1	95	44.738	51		
XII (Meidling)	14.989	07	46	29	13.598	44		
XIII (Siegling)	46.338	16	573	28	54.754	61		
XIV (Rudolfsheim)	1.272	03	—	—	1.207	58		
XV (Fünfhaus)	1.838	59	—	—	1.751	17		
XVI (Ottakring)	12.749	81	—	—	13.387	44		
XVII (Hernals)	15.917	30	—	—	13.548	72		
XVIII (Währing)	17.467	04	615	35	13.512	92		
XIX (Döbling)	44.095	56	625	42	41.237	35		
XX (Brigittenau)	9.324	—	—	—	9.335	17		
XXI (Floridsdorf)	91.143	—	—	—	92.164	93		
zusammen	379.118	92	1.906	12	375.763	77		

¹⁾ Vgl. die 4. u. 5. Anmerkung auf Seite 268 u. Anmerkung 1, Seite 232.

e) Gebäudesteuern, Zins-

1. Vorgeschiebener Mietzins der

1	2	3	4	5	6	7	8
Beginn des Jahres	Brutto-Mietzins ¹⁾						
	im ganzen	der nicht steuerbegünstigten Gebäude unterliegend einer Hauszinssteuer von					d. steuerbegünstigt. Gebäude unterliegend einer Steuer von $4\frac{1}{4}\%$
		$19\frac{5}{6}\%$	$13\cdot41\%$	$16\cdot15\%$	$14\cdot45\%$	$12\cdot75\%$	
	K	K	K	K	K	K	K
1910	304,375.081	194,637.050	{ 16,560.857 ²⁾ 74.911 ³⁾	—	—	—	93,101.761 ₃₎ 502
1911	322,706.148	202,183.079	{ 18,263.827 ²⁾ 81.994 ³⁾	—	—	—	102,177.144 ₃₎ 104
1912	322,965.737	225,028.623	{ 3,230.573 ²⁾ 209.968 ³⁾	—	—	—	94,438.286 ₃₎ 58.287
1913	363,134.777	238,754.931	{ 3,430.290 ²⁾ 438.343 ³⁾	54.559 ⁴⁾	11.621 ⁴⁾	— ⁴⁾	120,170.664 ₃₎ 274.369
1914	363,134.777	244,845.981	{ 3,624.087 ²⁾ 452.511 ³⁾	54.559 ⁴⁾	11.621 ⁴⁾	— ⁴⁾	113,885.817 ₃₎ 260.201

Sie von entfallen auf die Gemeindebezirke:

I	56,049.941	42,324.852	—	—	—	—	13,725.089
II	30,308.319	22,712.630	—	—	—	—	7,595.689
III	32,575.179	20,852.460	—	53.877	11.621	—	11,657.221
IV	21,040.240	14,001.647	—	—	—	—	7,038.593
V	15,685.244	10,694.558	—	—	—	—	4,990.686
VI	18,757.222	11,512.912	—	—	—	—	7,244.310
VII	21,525.184	14,687.536	—	—	—	—	6,837.648
VIII	14,185.528	8,633.603	—	—	—	—	5,551.925
IX	24,184.819	17,441.425	—	—	—	—	6,743.394
X	13,662.107	10,558.183	20.268 ³⁾	—	—	—	3,083.656
XI	3,691.105	2,685.296	71.251 ³⁾	—	—	—	{ 934.394 ₃₎ 164
XII	11,180.324	7,329.927	—	92	—	—	3,850.305
XIII	16,130.129	7,616.064	884 ³⁾	590	—	—	8,512.591
XIV	10,238.775	7,479.119	—	—	—	—	2,759.656
XV	6,611.262	4,850.164	—	—	—	—	1,761.098
XVI	16,381.862	12,228.692	—	—	—	—	4,153.170
XVII	10,895.701	8,400.574	—	—	—	—	2,495.127
XVIII	14,276.204	9,787.215	—	—	—	—	4,488.989
XIX	8,100.652	4,107.395	—	—	—	—	3,993.257
XX	10,605.045	6,941.729	—	—	—	—	3,663.316
XXI	7,049.935	—	{ 3,624.087 ²⁾ 360.108 ³⁾	—	—	—	{ 2,805.703 ²⁾ 260.037 ³⁾

¹⁾ Nach dem Gesetze vom 12. Juli 1896, R.-G.-Bl. Nr. 120, hat die Bemessung der Zinssteuer und der 5%igen Steuer vom Reinertrage zeitlich steuerfreier Gebäude in jenen Orten, wo sämtliche Gebäude der Zinssteuer unterliegen, in Zeiträumen von zwei zu zwei Jahren stattzufinden. Als Grundlage der Steuerbemessung für die zweijährige Periode, bzw. für jedes der beiden Jahre hat der Durchschnitt aus den bedungenen Mietzinsen, bzw. (bei der Selbstbenützung) aus den parifizierten Mietzinswerten der der Steuerperiode vorangehenden zwei Jahre zu dienen. — ²⁾ Diese Zahlen betreffen jene Gebäude und Gebäudeteile, welche in den Bezirken X—XIII und XVI—XX bis Ende 1897 und im XXI. Bezirke bis

und Schulheller.

Gebäude für die Jahre 1910—1914.

9	10	11	12	13	14	15
<p>Die Grundlage zur Berechnung der Umlagen von den nicht steuerbegünstigten Häusern, welche einer 19⁵/₆%igen bzw. einer 13·41%igen Hauszinssteuer unterliegen, ist 22²/₃% des Brutto-Zinses. Siehe Spalte 3 und 4.</p> <p>Für die einer 16·15% und 12·75%igen Hauszinssteuer unterliegenden nicht steuerbegünstigten Häuser (Spalte 5—7) ist der Prozentsatz zur Berechnung der Umlagebasis gleich den Prozentfüßen der Hauszinssteuern.</p>	Die Grundlage zur Berechnung der Umlagen von den steuerbegünstigten Gebäuden					
	welche nach Ablauf der Steuerbegünstigungsfrist einer					mit 18jähriger Steuerfreiheit ⁶⁾ und Arbeiterwohnhäuser ⁵⁾ ist
	19 ⁵ / ₆ %	13·41%	16·15%	14·45%	12·75%	
	Hauszinssteuer unterliegen, ist					
	22 ² / ₃ %	15 ¹ / ₃ %	16·15%	14·45%	12·75%	4 ¹ / ₄ %
	vom Brutto-Mietzinse per					
	K	K	K	K	K	K
	59,030.761	{ 11,652.457 ²⁾ 502 ³⁾	—	—	—	{ 22,284.287 ⁵⁾ 134.256
	66,020.169	{ 13,062.419 ²⁾ 104 ³⁾	—	—	—	{ 22,892.258 ⁵⁾ 202.298
	69,852.842	{ 2,241.771 ²⁾ 58.287 ³⁾	—	—	—	{ 22,141.375 ⁵⁾ 202.298
94,336.067	{ 2,620.483 ²⁾ 274.369 ³⁾	785.148 ⁴⁾	237.919 ⁴⁾	36.531 ⁴⁾	{ 21,849.799 ⁵⁾ 304.717	
90,078.903	{ 2,426.686 ²⁾ 260.201 ³⁾	785.148 ⁴⁾	237.919 ⁴⁾	36.531 ⁴⁾	{ 20,015.913 ⁵⁾ 304.717	
5,167.912	—	—	—	—	8,557.177	
7,060.615	—	—	—	—	535.074	
10,779.315	—	57.400	56.199	36.531	{ 719.179 ⁵⁾ 8.597	
5,608.363	—	—	—	—	1,430.230	
3,668.510	—	—	—	—	1,322.176	
5,169.196	—	—	—	—	2,075.114	
5,749.991	—	—	—	—	1,087.657	
4,959.777	—	—	—	—	592.148	
5,306.137	—	—	—	—	1,437.257	
3,064.373	—	—	—	—	19.283 ⁵⁾	
930.455	164 ³⁾	—	—	—	3.939 ⁵⁾	
3,684.304	—	5.249	—	—	160.752	
8,285.719	—	35.610	—	—	191.262	
1,956.147	—	85.028	—	—	718.481	
1,028.345	—	519.285	—	—	213.468	
4,085.829	—	548	—	—	{ 19.165 ⁵⁾ 47.628 ⁵⁾	
2,171.939	—	1.817	—	—	{ 289.371 ⁵⁾ 32.000 ⁵⁾	
3,958.976	—	—	—	—	530.013	
3,853.278	—	—	—	—	{ 137.389 ⁵⁾ 2.590	
3,589.722	—	—	—	—	73.594 ⁵⁾	
—	{ 2,426.686 ²⁾ 260.037 ³⁾	80.211	181.720	—	117.086 ⁵⁾	

Ende 1911 der 20%igen Hauszinssteuer unterlagen. Siehe hierüber Seite 224. — ²⁾ Diese Zahlen betreffen jene Gebäude und Gebäudeteile, welche in den Bezirken X, XI und XIII bis Ende 1897 und im XXI. Bezirke bis Ende 1911 der Hauszinssteuer unterlagen. Siehe hierüber Seite 224. — ⁴⁾ Die hier ausgewiesenen Zahlen betreffen jene nach dem 31. Dezember 1911 begonnenen Bauten, hinsichtlich welcher die Hauszinssteuer gemäß dem Gesetze vom 28. Dezember 1911, R.-G.-Bl. Nr. 242, nach besonderen Tarifen bemessen wird. — ⁵⁾ Betrifft das Zinserträgnis von Arbeiterwohnhäusern. Siehe Seite 226, Abschnitt c. — ⁶⁾ Siehe Seite 227, Absatz 2.

2. Summarien der Gebäudesteuern samt Zuschlägen, einschließlich der Zins- und Schulheller.

a) Summarium für die Jahre 1910—1914.

Jahr	Vorgeschrieben		Abgeschrieben		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾		
	Steuerbeträge								
	K	h	K	h	K	h	K	h	
a) Landesfürstliche Steuern ohne Zuschläge									
1910	46,324.802	18	1,317.280	08	44,982.210	08	1,089.636	40	
1911	48,291.753	73	1,068.490	89	47,200.241	37	1,118.982	37	
1912	50,390.390	44	1,586.461	02	48,637.756	65	1,291.621	69	
1913	54,006.134	67	1,412.345	32	52,197.932	44	2,191.650	61	
1914	56,129.421	02	2,188.220	14	53,279.776	42			
b) Landeszuschläge									
1910	18,923.374	73	560.561	41	18,361.598	33	494.957	81	
1911	19,737.180	26	459.777	91	19,240.885	63	544.737	24	
1912	20,826.481	59	625.664	87	20,066.700	86	680.255	27	
1913	22,734.528	03	724.145	—	22,000.751	90	931.228	89	
1914	23,559.668	59	1,066.484	14	22,434.300	59			
c) Gemeindezuschläge samt Zins- und Schulhellern ²⁾									
1910	43,403.307	39	1,312.136	85	42,084.973	43	795.107	94	
1911	45,141.507	52	1,069.824	60	43,960.020	33	936.302	41	
1912	47,418.141	77	1,437.292	85	45,715.399	65	1,185.835	60	
1913	51,729.671	24	1,673.671	59	49,700.342	87	1,740.279	04	
1914	53,934.641	48	2,511.679	20	50,889.258	03			
d) Landesfürstliche Steuern samt Zuschlägen, Zins- und Schulhellern									
1910	108,651.484	30	3,189.978	44	105,428.781	84	2,379.702	15	
1911	113,170.441	51	2,598.093	40	110,401.147	33	2,600.022	02	
1912	118,635.013	80	3,649.418	74	114,419.857	16	3,157.712	56	
1913	128,470.333	94	3,810.161	91	123,899.027	21	4,863.158	54	
1914	im ganzen	133,623.731	09	5,766.333	48	126,603.335	04		
	davon für frühere Jahre	1,716.364	60	914.522	80	4,609.475	58		

^{1) 2)} Vgl. die Anmerkungen ^{3) 4) 5)} auf Seite 268 und Anmerkung 1, Seite 232.

b) Summarium für das Jahr 1914 nach Gemeindebezirken.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt)	21,011.327	39	1,234.562	56	19,172.629	91		
II (Leopoldstadt)	11,665.685	39	555.571	42	11,022.415	33		
III (Landstraße)	11,861.212	34	677.513	26	11,082.846	02		
IV (Wieden)	7,620.233	51	355.040	67	7,152.213	06		
V (Margareten)	5,582.737	13	175.216	50	5,376.497	28		
VI (Mariahilf)	6,483.743	47	262.093	73	6,111.211	56		
VII (Neubau)	8,164.771	95	375.982	72	7,596.966	85		
VIII (Josefstadt)	5,080.091	61	180.166	30	4,817.009	01		
IX (Alsergrund)	8,910.023	59	221.305	56	8,631.121	48		
X (Favoriten)	5,297.605	45	133.600	04	5,131.757	07		
XI (Simmering)	1,388.278	96	19.540	59	1,394.892	80		
XII (Meidling)	4,114.303	12	110.930	89	4,061.362	11		
XIII (Hietzing)	5,608.092	79	289.194	62	5,404.482	19		
XIV (Rudolfsheim)	3,685.423	53	102.161	02	3,555.347	62		
XV (Fünfhaus)	2,764.050	03	197.444	51	2,477.253	18		

¹⁾ Vgl. die Anmerkung ^{4) 5)} auf Seite 268 und Anmerkung 1, Seite 232.

(Fortsetzung.)

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
XVI (Ottafriug)	6,143.424	02	108.947	47	6,092.350	29		
XVII (Hernalß)	4,055.005	31	84.576	05	3,956.476	51		
XVIII (Währing)	5,421.505	73	279.673	34	5,143.986	23		
XIX (Döbling)	2,939.449	38	241.650	85	2,771.147	55		
XX (Brigittenau)	3,905.638	27	120.861	78	3,747.346	65		
XXI (Floridsdorf)	1,921.128	12	40.349	60	1,904.022	34		
zusammen	133,623.731	09	5,766.383	48	126,603.335	04		

¹⁾ Vgl. die Anmerkung 1 auf Seite 239.

5. Hauszinssteuer vom Zinsertrage der ihr im ganzen oder teilweise unterliegenden Gebäude samt Zuschlägen, ferner Zins- und Schulheller.

a) Hauszinssteuer¹⁾ samt Zuschlägen, Zins- und Schulhellern²⁾ in den Jahren 1910—1914.

Jahr	Vorgeschriebene ³⁾		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ⁴⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuern ohne Zuschläge								
1910	41,807.545	63	1,176.880	93	40,577.380	98	947.510	96
1911	43,618.906	18	954.756	01	42,684.482	05	928.526	85
1912	45,401.069	—	1,473.605	60	43,824.869	89	1,040.554	68
1913	48,501.210	04	1,164.527	06	46,927.379	60	1,909.488	55
1914	50,965.970	56	1,899.463	20	48,428.214	48		
b) Landeszuschläge ⁵⁾								
1910	18,599.881	31	553.883	41	18,045.351	—	489.533	17
1911	19,411.765	55	455.770	45	18,919.594	51	539.270	37
1912	20,511.189	09	621.777	22	19,755.221	09	674.666	36
1913	22,425.149	84	718.759	10	21,704.248	69	900.383	80
1914	23,274.585	14	1,059.420	53	22,149.863	60		
c) Gemeindefzuschläge ⁵⁾ , Zins- und Schulheller ²⁾								
1910	43,136.960	25	1,306.270	75	41,825.597	30	790.668	45
1911	44,869.455	08	1,066.253	90	43,691.572	57	931.744	69
1912	47,151.678	65	1,433.791	70	45,451.641	94	1,181.998	70
1913	51,468.446	04	1,669.044	24	49,452.362	44	1,713.634	34
1914	53,700.425	20	2,505.576	59	50,650.846	21		
d) Landesfürstliche Steuern samt Zuschlägen, Zins- und Schulhellern								
1910	103,544.387	19	3,037.035	09	100,488.829	28	2,227.712	58
1911	107,900.126	81	2,476.780	36	105,295.649	13	2,399.541	91
1912	113,063.936	74	3,529.174	52	109,031.732	92	2,897.219	74
1913	122,394.805	92	3,552.330	40	118,083.990	73	4,523.506	69
1914	127,940.980	90	5,464.460	32	121,228.924	29		
	im ganzen							
	davon für frühere Jahre	1,668.892	46	861.140	30	4,368.728	17	

¹⁾ Die Ergebnisse der 26²⁾/₁₀₀igen und sonstigen Hauszinssteuer sind in diesen Tabellen zusammen dargestellt. — ²⁾ Siehe die 3. Anmerkung auf Seite 268. Über die Höhe des berechneten Ertrages der Zins- und der Schulheller siehe auf Seite 240. — ³⁾ Mit Einschluß der im Laufe des Jahres vorgeschriebenen Beträge. — ⁴⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268 sowie Anmerkung 1, Seite 232. — ⁵⁾ Die Landes-, bzw. Gemeindefzuschläge werden von der fünfprozentigen staatlichen Steuer nur bei jenen mit dieser belegten hauszinssteuerfreien Gebäuden und Gebäudeteilen berechnet, für welche zugleich die Freiheit von den Landes-, bzw. Gemeindefzuschlägen gesetzlich ausgesprochen ist. (Siehe hierüber auf Seite 229.) Bei den übrigen Gebäuden und Gebäudeteilen, aus deren Ertrag die fünfprozentige Gebäudesteuer zu entrichten ist, werden die Landes-, bzw. Gemeindefzuschläge so berechnet, als ob nicht jene, sondern die Hauszinssteuer zu entrichten wäre. Infolgedessen werden diese Zuschläge hier mit den Zuschlägen zur Hauszinssteuer zusammen ausgewiesen, während die auf Seite 238 ff. ausgewiesenen Zuschläge nur solche Bauten betreffen, die auch die Befreiung von den Zuschlägen zur Hauszinssteuer genießen.

b) Hauszinssteuer¹⁾ samt Zuschlägen, Zins- und Schulhellern²⁾ 1914 nach Gemeindebezirken.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene ³⁾		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ⁴⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt)	20,144.754	23	1,195.026	75	18,350.529	72		
II (Leopoldstadt)	11,272.191	46	530.110	10	10,650.168	15		
III (Landstraße)	11,317.824	45	633.718	08	10,583.621	60		
IV (Wieden)	7,272.136	50	333.551	15	6,828.965	48		
V (Margareten)	5,328.203	21	160.691	33	5,137.615	48		
VI (Mariahilf)	6,101.799	28	246.839	61	5,743.074	65		
VII (Neubau)	7,793.631	40	355.739	67	7,232.673	70		
VIII (Josefstadt)	4,806.314	56	167.202	93	4,553.723	50		
IX (Alsergrund)	8,569.078	02	206.962	35	8,306.571	35		
X (Favoriten)	5,162.969	65	129.080	42	5,005.659	32		
XI (Simmering)	1,347.280	90	18.930	99	1,354.202	94		
XII (Meidling)	3,935.015	62	104.607	16	3,891.272	24		
XIII (Giezing)	5,226.082	22	270.467	31	5,041.025	97		
XIV (Rudolfsheim)	3,552.247	24	99.163	78	3,426.679	35		
XV (Fünfhaus)	2,703.544	44	195.889	19	2,417.710	38		
XVI (Ottakring)	5,964.710	91	104.641	01	5,922.125	50		
XVII (Hernals)	3,940.338	61	81.607	68	3,846.653	06		
XVIII (Bäbbling)	5,198.451	50	258.958	12	4,939.475	28		
XIX (Döbling)	2,743.804	66	220.894	75	2,600.194	52		
XX (Brigittenau)	3,738.176	35	111.521	43	3,590.407	80		
XXI (Floridsdorf)	1,822.425	69	38.856	51	1,806.574	30		
zusammen	127,940.980	90	5,464.460	32	121,228.924	29		

1) bis 4) Vgl. die gleichen Anmerkungen zur vorhergehenden Tabelle.

6. Gebäudesteuer vom Zinsertrage der aus dem Titel der Bauführung im ganzen oder teilweise die Befreiungen von der Hauszinssteuer genießenden Gebäude (5%ige Steuer) samt Zuschlägen in den Jahren 1910—1914.

a) Summarium für die Jahre 1910—1914.

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuern ohne Zuschläge ²⁾								
1910	4,515.460	53	140.366	—	4,403.082	25	141.876	46
1911	4,669.549	02	113.671	95	4,513.118	61	189.637	04
1912	4,989.259	32	112.604	96	4,812.148	78	250.969	04
1913	5,504.924	63	247.816	67	5,270.552	84	282.161	72
1914	5,163.450	46	288.756	94	4,851.561	94		
b) Landeszuschläge ²⁾								
1910	322.571	98	6.659	46	315.328	02	5.245	75
1911	323.748	23	3.921	61	320.018	96	5.054	48
1912	315.267	30	3.769	11	311.078	87	5.546	01
1913	309.378	19	5.385	90	296.503	21	30.841	09
1914	285.083	45	7.063	61	284.436	99		
c) Gemeindefzuschläge ^{2) 3)}								
1910	265.524	12	5.849	55	258.556	47	4.286	60
1911	270.564	50	3.494	06	267.169	68	4.170	49
1912	266.440	62	3.374	06	263.516	20	3.791	87
1913	259.697	36	4.627	35	247.980	43	26.635	33
1914	234.216	28	6.102	61	238.411	82		

1) und 2) Siehe die Anmerkungen am Schlusse der Tabelle auf der folgenden Seite.

(Fortsetzung.)

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
d) landesfürstliche Steuer samt Zuschlägen								
1910	5,103.556	63	152.875	01	4,976.966	74	151.408	81
1911	5,377.175	82	162.991	92	5,295.723	16	221.062	52
1912	5,570.967	24	119.748	13	5,386.743	85	260.306	92
1913	6,074.000	18	257.829	92	5,815.036	48	339.638	14
1914	{ im ganzen 5,682.750 19 301.923 16 5,374.410 75 { davon für frühere Jahre 47.472 14 53.382 50 240.747 41							

¹⁾ Vgl. die 4. u. 5. Anmerkung auf Seite 268 u. Anm. 1, Seite 232. — ²⁾ Die Beträge der landesfürstlichen Steuer betreffen alle Gebäude und Gebäudeteile, welche aus dem Titel der Durchführung die Freiheit von der Hauszinssteuer genießen; die der Landes- und Gemeinbezuschläge bloß solche Gebäude, welche aus diesem Titel auch von den Landes- und Gemeinbezuschlägen zur Hauszinssteuer befreit sind und für welche diese Zuschläge bloß von der 5%igen staatlichen Gebäudesteuer zu entrichten sind. Vgl. hierüber die Ausführungen auf Seite 232. Die Landes- und Gemeinbezuschläge bezüglich der anderen hauszinssteuerfreien Gebäude sind in der vorausgehenden Tabelle zusammen mit den entsprechenden Zuschlägen zur landesfürstlichen Hauszinssteuer ausgewiesen.

b) Summarium für das Jahr 1914 nach Gemeindebezirken.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt) . .	866.573	16	39.535	81	822.100	19		
II (Leopoldstadt) . .	393.493	93	25.461	32	372.247	18		
III (Landstraße) . .	543.387	89	43.795	18	499.224	42		
IV (Wieden)	348.097	01	21.489	52	323.247	58		
V (Margareten) . . .	254.533	92	14.525	17	238.881	80		
VI (Mariahilf)	381.944	19	15.254	12	368.136	91		
VII (Neubau)	371.140	55	20.243	05	364.293	15		
VIII (Josefstadt) . . .	273.777	05	12.963	37	263.285	51		
IX (Alsergrund) . . .	340.945	57	14.343	21	324.550	13		
X (Favoriten)	134.635	80	4.519	62	126.097	75		
XI (Simmering) . . .	40.998	06	609	60	40.689	86		
XII (Meidling)	179.287	50	6.323	73	170.089	87		
XIII (Hietzing)	382.010	57	18.727	31	363.456	22		
XIV (Rudolfsheim) . .	133.176	29	2.997	24	128.668	27		
XV (Fünfhaus)	60.505	59	1.555	32	59.542	80		
XVI (Ottakring)	178.713	11	4.306	46	170.224	79		
XVII (Gernals)	114.666	70	2.968	37	109.823	45		
XVIII (Währing)	223.054	23	20.715	22	204.510	95		
XIX (Döbling)	195.644	72	20.756	10	170.953	03		
XX (Brigittenau) . . .	167.461	92	9.340	35	156.938	85		
XXI (Floridsdorf) . . .	98.702	43	1.493	09	97.448	04		
zusammen	5,682.750	19	301.923	16	5,374.410	75		

¹⁾ Vgl. die 4. u. 5. Anmerkung auf Seite 268 u. Anmerkung 1, Seite 232.

7. Hausklassensteuer im XXI. Bezirke in den Jahren 1910—1914.

Die Hausklassensteuer war bis Ende 1911 für einzelne Gebäude im XXI. Gemeindebezirke vorgeschrieben. Diese Gebäude unterliegen vom Jahre 1912 an der Hauszinssteuer. Infolge von verbliebenen Rückständen und bei Nachtragsvorschreibungen für frühere Jahre kann auch in Zukunft eine Gebahrung an Hausklassensteuer vorkommen. Vgl. die Ausführungen Seite 224 und 225.

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuern ohne Zuschläge								
1910	1796	02	33	25	1746	85	248	98
1911	3298	53	62	93	2640	71	818	48
1912	62	12	250	46	737	98	97	97
1913	—	—	1	59	—	—	—	34
1914	—	—	—	—	—	—	—	—
b) Landeszuschläge								
1910	921	44	18	54	919	31	168	89
1911	1666	48	85	85	1272	16	412	39
1912	25	20	118	54	400	90	42	90
1913	—	—	—	—	—	—	4	—
1914	—	—	—	—	—	—	—	—
c) Gemeindezuschläge								
1910	823	02	16	55	819	66	162	89
1911	1487	94	76	64	1278	08	387	23
1912	22	50	127	09	241	51	45	03
1913	—	—	—	—	—	—	9	37
1914	—	—	—	—	—	—	—	—
d) Landesfürstliche Steuern mit Zuschlägen								
1910	3540	48	68	34	3485	82	580	76
1911	6452	95	225	42	5190	95	1618	10
1912	109	82	496	09	1380	39	185	90
1913	—	—	1	59	—	—	13	71
1914	} im ganzen		—	—	—	—	—	—
	} davon für frühere Jahre		—	—	—	—	—	—

¹⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268.

d) Gemeindeumlagen auf den Mietzins.

Ertrag der Gemeindeumlagen auf den Mietzins in den Jahren 1910—1914.

Die hauptsächlichste Gemeindeumlage auf den Mietzins, die Umlage für allgemeine Gemeinde- und Volksschulzwecke (Zins- und Schulheller), ist in den vorausgegangenen Tabellen auf Seite 234 ff. zusammen mit den Gemeindezuschlägen zur Hauszinssteuer ausgewiesen, da die Einhebung und Verbuchung dieser Steuern gemeinsam geschieht. Die Größe des Ertrages jeder derselben kann daher nur annähernd im Verhältnisse zur Gebühr berechnet werden. Dagegen ist das Erträgnis der Einquartierungsheller, wie es in der Tabelle erscheint, das tatsächliche Ergebnis der Einhebung.

Jahr	Ertrag der Gemeindeumlagen auf den Mietzins		Hieron entfallen auf			
			Zins- und Schulheller		Einquartierungsheller (für Zwecke der Militär-Einquartierung)	
	K	h	K	h	K	h
1910	25,899.324	42	25,589.088	43	310.235	99
1911	27,021.300	80	26,697.629	53	323.671	27
1912	28,038.658	23	27,702.337	79	336.320	44
1913	30,471.387	63	30,104.546	36	366.841	27
1914	15,886.486	94	15,695.947	32	190.539	62
(1. I. — 30. VI. 1914)						
1914/15	31,999.908	29	31,616.584	71	383.323	58
(1. VII. 1914 — 30. VI. 1915)						

e) Erwerbsteuer.

1. Allgemeine Erwerbsteuer.

1. Allgemeine Erwerbsteuer¹⁾ samt Zuschlägen in den Jahren 1910—1914.

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ³⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuern ohne Zuschläge								
1910	11,398.121	46	1,206.994	98	10,298.058	31	2,838.618	93
1911	11,478.776	93	1,488.274	44	10,223.859	70	2,657.869	66
1912	11,387.591	65	1,197.277	72	10,020.111	50	2,858.894	96
1913	11,296.473	17	1,305.908	65	9,981.434	17	2,814.191	14
1914	10,994.072	89	1,087.824	76	9,114.135	41		
und zwar 1914:								
kontingentierte	9,797.184	69	844.784	40	8,121.910	68		
nicht kontingentierte	1,196.888	20	243.040	36	992.224	73		
b) Landeszuschläge								
1910	3,098.267	02	313.922	28	2,815.034	68	732.296	38
1911	3,110.318	34	387.089	21	2,784.754	94	683.533	42
1912	3,087.878	02	309.770	87	2,734.420	06	737.082	13
1913	3,056.251	66	334.834	—	2,719.543	78	723.082	36
1914	2,974.102	30	280.851	02	2,478.610	93		
und zwar 1914:								
kontingentierte	2,667.051	41	220.719	90	2,222.715	21		
nicht kontingentierte	307.050	89	60.131	12	255.895	72		
c) Gemeindezuschläge ²⁾								
1910	2,756.891	83	278.784	04	2,506.726	58	649.413	92
1911	2,766.913	19	343.155	31	2,479.738	18	605.395	43
1912	2,746.694	78	274.483	34	2,433.251	46	652.680	—
1913	2,717.558	62	295.907	16	2,421.201	60	639.265	30
1914	2,644.491	84	248.440	88	2,204.772	71		
und zwar 1914:								
kontingentierte	2,373.229	83	195.461	72	1,978.615	45		
nicht kontingentierte	271.262	01	52.979	16	226.157	26		
d) Handels- und Gewerbekammerzuschläge								
1910	370.176	11	36.313	24	332.473	40	86.833	69
1911	372.749	54	46.840	93	330.062	99	84.640	06
1912	369.763	60	38.460	67	326.551	51	90.981	02
1913	418.146	20	46.095	12	360.271	40	100.732	77
1914	405.123	07	39.016	22	337.569	96		
und zwar 1914:								
kontingentierte	361.058	14	30.379	11	300.852	67		
nicht kontingentierte	44.064	93	8.637	11	36.717	29		
e) Fortbildungsschulzuschläge								
1910	578.233	31	50.552	03	501.216	41	126.098	74
1911	584.420	15	70.394	09	512.008	23	131.627	30
1912	786.947	77	71.323	16	672.440	87	180.750	92
1913	990.636	36	101.874	91	834.981	43	231.727	83
1914	960.840	14	89.163	08	802.484	12		
und zwar 1914:								
kontingentierte	857.368	99	70.163	66	716.066	15		
nicht kontingentierte	103.471	15	18.999	42	86.417	97		
f) Besondere Beiträge für genossenschaftliche kaufmännische Fortbildungsschulen ⁴⁾								
1912	99.642	04	5.149	13	85.299	62	12.668	96
1913	158.350	35	9.895	23	141.014	72	18.195	64
1914	92.053	46	3.792	57	84.219	65		

1) Mit Ausschluß der allgemeinen Erwerbsteuer für Hausier- und Wandergewerbe, welche auf Seite 242 zur Darstellung gelangt. — 2) Die hier unter Gemeindezuschläge angegebenen Summen stimmen mit den im Hauptrechnungsbilanz als „Abstattung“ verzeichneten Steuerbeträgen nicht überein, da in letzteren die vom Steueramte an die Hauptkasse abgeführten Beträge, hier die bei dem Steueramte eingezahlten, also die tatsächlichen Ergebnisse der Steuerzahlung während des betreffenden Jahres eingesezt sind. — 3) Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268 und Anmerkung 1, Seite 232. — 4) Siehe die 1. Anmerkung zur Tabelle auf Seite 229. Bei diesen besonderen Beiträgen findet eine Unterscheidung nach kontingentierte und nicht kontingentierte nicht statt.

(Fortsetzung.)

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
g) Landesfürstliche Steuer samt Zuschlägen								
1910	18,201.689	73	1,886.566	57	16,453.509	38	4,433.260	76
1911	18,313.178	15	2,335.753	98	16,330.424	04	4,163.065	87
1912	18,478.517	86	1,896.464	89	16,272.075	02	4,533.057	99
1913	18,637.416	36	2,094.515	07	16,458.447	10	4,527.195	04
1914	18,070.683	70	1,749.088	53	15,021.792	78		
und zwar 1914:								
kontingentierte ¹⁾	16,147.946	52	1,365.301	36	13,424.379	81		
davon für frühere Jahre	19.753	82	614.253	51	16.422	22		
nichtkontingentierte	1,922.737	18	383.787	17	1,597.412	97		
davon für frühere Jahre	253.034	10	249.595	10	210.221	05		

¹⁾ Einschließlich der unter f) ausgewiesenen besonderen Beiträge. Siehe die Anmerkung ⁴⁾ auf der vorigen Seite.

2. Allgemeine Erwerbsteuer samt Zuschlägen 1914 nach Gemeindebezirken.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt)	5,891.294	76	257.064	65	5,414.905	33		
II (Leopoldstadt)	1,324.631	20	255.968	95	1,165.399	74		
III (Landstraße)	925.247	67	270.256	52	725.804	40		
IV (Wieden)	1,082.344	32	49.968	62	645.795	59		
V (Margareten)	566.990	62	75.259	41	453.698	97		
VI (Mariahilf)	980.730	91	68.252	69	803.697	83		
VII (Neubau)	1,327.915	27	92.776	16	1,044.062	47		
VIII (Josefstadt)	382.728	89	55.149	47	321.141	33		
IX (Alsergrund)	821.823	77	92.504	69	665.223	36		
X (Favoriten)	619.388	81	62.930	55	499.828	69		
XI (Simmering)	171.352	89	44.954	66	119.668	92		
XII (Meidling)	448.293	80	33.367	88	352.664	20		
XIII (Giesing)	457.421	24	59.974	66	364.155	69		
XIV (Rudolfsheim)	457.878	48	36.940	33	368.682	14		
XV (Fünfhaus)	248.461	16	24.653	98	198.781	64		
XVI (Ottakring)	565.045	37	56.814	37	420.859	97		
XVII (Hernals)	375.706	80	38.067	32	312.486	31		
XVIII (Währing)	341.198	67	44.965	54	267.485	42		
XIX (Döbling)	281.116	15	25.871	93	232.286	31		
XX (Brigittenau)	430.285	11	81.195	49	309.434	15		
XXI (Floridsdorf)	370.827	81	22.150	66	335.730	32		
zusammen	18,070.683	70	1,749.088	53	15,021.792	78		

¹⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268 und Anmerkung 1, Seite 232.

3. Allgemeine Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben in den Jahren 1910—1914.

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene ¹⁾		Eingezahlte		Rückständige ^{1) 2)}	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuer ohne Zuschläge								
1910	20.865	14	2.966	34	18.732	59	969	97
1911	17.807	—	739	03	16.971	98	951	30
1912	16.116	89	129	63	16.430	35	543	27
1913	15.802	93	64	—	15.866	30	583	50
1914	13.152	59	—	—	13.017	75		

(1. Fortsetzung.)

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene ¹⁾		Eingezahlte		Rückständige ^{1) 2)}	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
b) Landeszuschläge								
1910	4.821	12	680	87	4.336	18	220	23
1911	4.095	58	193	30	3.843	17	226	79
1912	3.702	51	28	34	3.795	81	129	09
1913	3.634	56	11	04	3.642	18	136	16
1914	3.025	32	—	—	2.992	18		
c) Gemeindezuschläge ³⁾								
1910	4.196	12	592	06	3.659	19	248	46
1911	3.561	41	171	27	3.413	43	205	32
1912	3.219	16	24	63	3.285	34	127	46
1913	3.160	96	9	60	3.197	75	120	30
1914	2.630	71	—	—	2.598	89		
d) Landesfürstliche Steuern samt Zuschlägen ⁴⁾								
1910	29.882	38	4.239	27	26.727	96	1.438	66
1911	25.463	99	1.103	60	24.228	58	1.383	41
1912	23.038	56	182	60	23.511	50	799	82
1913	22.598	45	84	64	22.706	23	839	96
1914	18.808	62	—	—	18.608	82		

¹⁾ Vgl. die 2. Anmerkung auf Seite 268. — ²⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268 und Anmerkung 1, Seite 232. — ³⁾ Vgl. die 2. Anmerkung auf Seite 241. — ⁴⁾ Hausier- und Wandergewerbe haben die Handels- und Gewerbekammer- und die Fortbildungsschulzuschläge nicht zu entrichten.

4. Allgemeine Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben 1914 nach Gemeindebezirken.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene ¹⁾		Eingezahlte		Rückständige ^{1) 2)}	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt)	237	74	—	—	237	74		
II (Leopoldstadt)	5.371	08	—	—	5.359	44		
III (Landstraße)	494	78	—	—	507	78		
IV (Wieden)	65	78	—	—	110	11		
V (Margareten)	666	38	—	—	603	46		
VI (Mariahilf)	214	50	—	—	214	50		
VII (Neubau)	124	41	—	—	124	41		
VIII (Josefstadt)	135	85	—	—	135	85		
IX (Alsergrund)	198	77	—	—	198	77		
X (Favoriten)	2.257	97	—	—	2.156	44		
XI (Simmering)	203	49	—	—	203	49		
XII (Weidling)	1.561	56	—	—	1.550	03		
XIII (Hietzing)	632	06	—	—	641	20		
XIV (Rudolfsheim)	592	02	—	—	580	58		
XV (Fünfhaus)	173	03	—	—	173	03		
XVI (Dttafing)	1.796	08	—	—	1.764	62		
XVII (Hernals)	810	34	—	—	844	66		
XVIII (Währing)	128	22	—	—	135	85		
XIX (Döbling)	305	78	—	—	318	17		
XX (Brigittenau)	1.950	52	—	—	1.959	10		
XXI (Floridsdorf)	888	26	—	—	789	59		
zusammen	18.808	62	—	—	18.608	82		

¹⁾ und ²⁾ Vgl. die gleichen Anmerkungen zur vorigen Tabelle.

5. Anzahl der für die Jahre 1910—1914 in jeden Steuerfah der allgemeinen Erwerb- getrennt in kontingentierte (von den Erwerbsteuer-Kommissionen bemessene) und nicht steuer und nach Veranlagungsbezirken, nach

Jahr, bzw. Bemessungsinstanz, bzw. Veranlagungsbezirk	Gesamtzahl der Steuerpflichtigen (Vorschreibungs- posten)	Steuerfah												
		3	4	5	6	8	10	12	16	20	24	30	36	
Zahl der Steuerpflichtigen (Anzahl)														
1910	123.919	7840	2368	1493	5574	8563	10.380	13.158	12.580	8363	7112	5612	4517	
1911	130.532	8514	2564	1554	5751	9089	11.038	14.411	13.362	8778	7550	5777	4780	
1912	125.727	8393	2416	1464	5362	8575	10.356	13.825	12.795	8563	7250	5683	4791	
1913	132.988	9277	2527	1516	5599	8798	11.275	14.715	13.708	9071	7732	5924	5173	
1914	²⁾ 129.970	9524	2531	1403	5780	8877	10.823	13.665	12.861	8504	7477	5799	5098	
u. zw. 1914:														
kontingentiert ³⁾	121.706	9114	2401	1335	5433	8490	10.158	12.781	11.873	7889	6916	5375	4698	
davon I. u. II. Klasse ⁴⁾	5.810	72	1	—	3	6	5	4	9	18	13	19	20	
nicht kontingent. ³⁾	8.264	410	130	68	347	387	665	884	988	615	561	424	409	
davon I. u. II. Klasse ⁴⁾	191	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
III. und IV. Klasse im Gemeindebezirke:	I	8.236	650	138	103	237	184	268	230	273	290	339	387	364
	II	12.103	1026	124	127	407	462	777	1.342	1.179	893	775	636	568
	III u. XI	10.332	1084	412	155	885	955	814	1.032	863	552	557	368	385
	IV	5.589	410	104	82	193	259	415	515	572	474	421	313	231
	V	6.997	602	167	75	257	616	896	783	815	538	427	306	205
	VI	6.346	600	86	51	170	411	552	650	728	466	390	339	286
	VII	7.480	733	126	78	231	524	619	718	780	547	433	370	321
	VIII u. IX	11.031	795	152	102	414	540	748	1.535	1.209	752	705	488	555
	X	6.677	666	235	96	419	622	711	600	648	436	383	291	218
	XII u. XIII	10.670	540	219	90	460	740	964	1.529	1.394	833	729	547	451
	XIV u. XV	8.337	403	218	69	566	750	852	1.044	938	583	477	412	369
	XVI	9.078	175	95	36	458	924	1.269	1.221	1.222	676	568	416	315
	XVII	5.457	123	101	18	232	644	633	760	696	384	324	234	229
	XVIII u. XIX	7.544	831	137	128	394	662	665	839	697	548	448	305	272
	XX	4.686	436	83	61	191	271	440	648	534	339	279	214	199
	XXI	3.406	378	133	132	263	307	195	215	304	175	209	154	110
	Gesellsch. m. b. H. ¹²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	davon I. u. II. Klasse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Bemessungsinstanz, bzw. Veranlagungsbezirk	Steuerfah															
	600	680	800	920	1040	1160	1320	1480	1640	1800	2000	2200	2400	2600	3000	3400
Zahl der Steuerpflichtigen (Anzahl)																
1910	508	481	452	293	248	202	152	115	125	94	74	61	55	63	86	52
1911	518	487	456	295	252	205	148	121	117	96	76	62	53	58	85	48
1912	458	438	427	266	216	188	142	117	120	92	74	48	51	57	57	40
1913	453	432	426	271	216	188	114	146	129	92	71	49	48	57	62	38
1914	435	446	445	250	222	179	186	127	106	103	94	51	49	57	51	36
u. zw. 1914:																
kontingentiert ³⁾	421	434	430	247	216	174	181	126	105	100	93	51	48	57	51	35
davon I. u. II. Klasse ⁴⁾	404	422	426	246	214	173	180	126	105	100	93	51	48	57	51	35
III. u. IV. Klasse	⁵⁾ 17	⁶⁾ 12	⁷⁾ 4	⁸⁾ 1	⁹⁾ 2	¹⁰⁾ 1	¹¹⁾ 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
nicht kontingent. ³⁾	14	14	15	3	6	5	5	1	1	3	1	—	1	—	—	1
davon I. u. II. Klasse ⁴⁾	14	14	15	3	6	5	5	1	1	3	1	—	1	—	—	1
Gesellsch. m. b. H. ¹²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
davon I. u. II. Klasse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Nach dem von der k. k. Finanz-Vandes-Direktion freundlichst zur Verfügung überlassenen Materiale. Die Nachweisungen, aus denen die Angaben dieser Tabelle entnommen sind, werden alljährlich bis Ende März des Berichtsjahres von den Steuerbehörden I. Instanz an die Finanz-Vandesbehörde eingesendet. Sie enthalten nicht die Zahl der steuerpflichtigen Personen, sondern die Anzahl der Vorschreibungsposten (Steuerfah). Die von den Erwerbsteuer-Kommissionen bemessenen Steuerfah hinsichtlich jener Betriebe und Unternehmungen, für welche die Erwerbsteuer nach dem Stichtage gelöscht wurde, sind hier nicht verzeichnet. — ²⁾ Das Produkt der Steuerfah mit der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen (Vorschreibungsposten) ergibt den Betrag von 10.144.343 K; davon entfallen auf die kontingentierte allgemeine Erwerbsteuer 9.775.238,20 K und auf die nicht kontingentierte 369.104 K. Nach den Steuerklassen, in welche die Steuerpflichtigen vor der Bemessung eingereiht waren, kommen von der kontingentierten Erwerbsteuer, und zwar auf die I. Klasse 2.908.642 K, auf die II. 2.994.787 K, auf die III. 2.269.464 K und auf die IV. 1.602.345 K. Da diese Summen der bemessenen Beträge teils größer, teils kleiner waren, als das aufzubringende Kontingent, wurden nach § 51 des Gesetzes in Abschlag gebracht: In der I. Klasse 5%, in der II.—IV. Klasse je nach

steuer eingereichten Steuerpflichtigen (Vorschreibungsposten), für das Jahr 1914 kontingentierte (von der Steuerbehörde I. Instanz bemessene) allgemeine Erwerb- dem Stande mit Beginn des Jahres.¹⁾

in Kronen

42	48	56	64	72	80	90	100	110	120	140	160	180	200	240	280	320	360	440	520
der Vorschreibungsposten, Steuerfätze)																			
3412	2941	2821	2871	1946	2108	1397	1861	589	1534	2316	1346	1086	1310	1171	923	863	857	953	690
3471	3054	2846	3050	1994	2163	1396	1907	573	1562	2471	1456	1114	1386	1189	958	867	861	959	711
3478	2925	2844	2975	1992	2124	1365	1889	530	1509	2380	1513	1058	1368	1210	950	812	786	841	651
3624	3062	2938	3095	2124	2220	1436	1938	524	1577	2514	1650	1101	1452	1221	983	803	822	864	667
3588	3220	2884	3069	2189	2221	1335	1986	497	1542	2524	1562	1085	1402	1265	978	764	854	916	646
3312	2972	2690	2877	2030	2022	1251	1849	476	1460	2304	1435	1021	1338	1199	926	732	814	882	632
12	20	16	21	15	20	18	33	2	19	61	29	42	50	81	140	263	524	720	562
276	248	194	192	159	199	84	137	21	82	220	127	64	64	66	52	32	40	34	14
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32	40	34	14
308	325	297	325	284	321	205	338	57	272	395	340	230	317	253	212	118	92	48	22
413	384	377	395	243	255	122	238	50	189	178	218	135	163	152	106	80	47	23	15
226	248	214	205	158	167	80	128	30	119	262	87	83	74	86	39	31	14	9	3
195	168	134	112	149	127	84	96	21	75	135	54	59	59	50	39	13	13	11	3
168	140	118	140	83	89	71	101	29	57	90	49	32	43	41	39	9	2	8	—
195	141	117	150	78	82	58	88	19	58	183	79	72	95	75	64	37	15	10	1
235	184	137	182	129	145	83	97	14	93	228	109	66	99	100	65	11	15	6	2
328	408	294	309	174	185	89	194	41	117	304	111	94	151	107	74	37	12	3	3
209	155	123	131	114	95	66	80	23	57	95	40	32	40	37	24	17	5	3	6
287	224	217	267	167	157	89	122	36	102	130	99	57	72	70	31	22	16	7	2
217	195	189	162	124	116	64	100	27	87	83	64	44	54	47	26	31	16	8	2
195	177	177	181	134	131	108	108	63	90	85	65	37	49	39	35	11	15	1	1
117	83	106	139	122	90	44	57	26	46	61	55	25	33	19	20	10	11	8	6
214	173	207	148	91	104	70	82	25	74	137	83	35	58	44	38	18	7	7	1
156	90	95	121	50	65	32	57	9	53	69	47	30	30	42	15	17	6	6	—
113	105	66	81	74	72	52	67	25	34	31	33	12	15	22	11	7	4	4	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

(Fortsetzung.)

in Kronen

3800	4200	4600	5000	5400	5800	6200	6600	7000	7400	7800	8200	8600	8800	9000	9400	9800	10.200 u. mehr
der Vorschreibungsposten, Steuerfätze)																	
37	35	25	23	21	25	18	18	13	9	11	12	2	1	4	2	3	44
37	33	27	21	20	25	19	17	15	8	11	11	2	1	5	1	2	44
40	25	22	13	20	23	21	14	16	5	6	13	2	—	2	—	3	38
41	23	22	18	22	25	19	12	14	5	6	16	2	—	1	1	2	37
31	41	21	20	24	18	17	10	13	6	7	10	3	—	4	3	1	33
31	41	21	20	24	18	17	10	13	6	7	10	3	—	4	3	1	32
31	41	21	20	24	18	17	10	13	6	7	10	3	—	4	3	1	32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

dem Gemeindebezirke, und zwar in der II. Klasse 6—16%, in der III. 5—22% und in der IV. 6—25%. — ³⁾ Über den Begriff der kontingentierten, bzw. nicht kontingentierten allgemeinen Erwerbsteuer siehe Seite 227. — ⁴⁾ Die Veranlagungsbezirke der I. und II. Klasse sind größer als diejenigen der III. und IV. Klasse, daher ist die Verteilung der ersten Klassen nach Gemeindebezirken nicht möglich. Auch enthalten diese Veranlagungsbezirke außer dem Wiener Gemeindegebiete gelegene Steuerbezirke, die sich nicht ausscheiden ließen, daher hier miteingerechnet sind. — ⁵⁾ 4 im I., 5 im II., 4 im III./XI., 1 im V., 1 im VIII./IX., 1 im XVI. und 1 im XVIII./XIX. Bezirke. — ⁶⁾ 6 im I., 1 im II., 2 im III./XI., 1 im IV., 1 im XVII. und 1 im XVIII./XIX. Bezirke. — ⁷⁾ 1 im I., 1 im II., 1 im IV. und 1 im XX. Bezirke. — ⁸⁾ 1 im III./XI. Bezirke. — ⁹⁾ 1 im I. und 1 im IV. Bezirke. — ¹⁰⁾ 1 im I. Bezirke. — ¹¹⁾ 1 im I. Bezirke. — ¹²⁾ Die Steuerdaten über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung können für das Jahr 1914 nicht gegeben werden, da von der k. k. Finanz-Landesdirektion in diesem Jahre nur Nachweisungen über das Ergebnis von ganz Niederösterreich geführt wurden.

2. Erwerbsteuer von den der öffentlichen

1. Die Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Ende Juni

Jahr, bzw. Bezeichnung der Unternehmungen	Bilanzmäßiger		Be- steuerungs- grundlage	Anzahl und Erwerbsteuer- bei einem					
	Reingewinn	Verlust		1 ⁰ / ₀₀		2 ¹ / ₂ ⁰ / ₀		3 ⁰ / ₀	
				Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K
in K									
1911 ²⁾ 3)	218,503.716	1,714.071	270,912.611	244	86.032	—	—	38	9.424
1912 ²⁾ 3)	253,318.395	2,215.614	325,690.842	230	99.285	11	515	40	9.766
1913 ²⁾ 3)	250,811.748	2,096.445	339,269.628	224	109.889	66	2929	66	10.335
1914 ²⁾ 3)	259,392.344	3,070.989	334,559.220	239	92.281	52	2521	70	12.635
und zwar 1914:									
I. Öffentl. Unternehmungen.									
A. des Staates:									
1. Staatseisenbahnen	201,300.595	—	201,572.595	4	272	—	—	—	—
2. Bergwerks-Unternehmungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Andere	263.151	—	9,435.306	1	9.174	—	—	—	—
B. der Länder:									
1. Landeskreditinstitute	483.520	—	1,076.336	—	—	—	—	—	—
2. Versicherungsanstalten	12,554.648	—	12,554.648	6	12.555	—	—	—	—
3. Andere Unternehmungen	146.316	—	165.446	—	—	—	—	—	—
C. der Gemeinden:									
1. Versicherungsanstalten	5,123.002	—	4,931.622	1	4.932	—	—	—	—
2. Andere Unternehmungen	1,374.981	1,222.951	31,811.031	120	9.461	—	—	—	—
II. Aktiengesellschaften und Kommanditges. auf Aktien ²⁾									
III. Gewerkschaften ²⁾									
IV. Erwerb- und Wirtschaftsgenossenschaften.									
A. Zur Beschaffung landwirtschaftl. Produktionsmittel ⁴⁾ :									
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	12.160	—	12.675	2	13	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	—	—	—	—	—	—	—	—	—
B. Rohstoff-, Magazins- u. Absatzvereine:									
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	146.867	—	186.920	—	—	4	224	1	117
2. nicht begünstigt	545.083	15.793	861.393	7	190	—	—	—	—
C. Produktivgenossenschaften:									
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	189.076	25.609	265.782	1	70	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	590.786	464.038	554.482	3	23	—	—	—	—
D. Baugenossenschaften:									
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	16.331	7.517	45.351	1	28	2	99	2	205
2. nicht begünstigt	7.999	8.113	588.580	5	585	—	—	—	—
E. Wohnungsgenossenschaften:									
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	17.552	—	17.099	—	—	—	—	1	110
2. nicht begünstigt	—	678	78.303	1	76	—	—	—	—
F. Konsumvereine:									
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	1,800.502	—	3,612.884	—	—	7	318	8	1 138
2. nicht begünstigt	52.672	—	56.773	—	—	—	—	1	141
G. Vorschuss- und Kreditvereine:									
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	3,431.067	1.521	3,527.229	2	213	33	1624	14	1.581
2. nicht begünstigt	317.829	634.725	1,336.804	12	1.012	1	60	1	85
H. Andere:									
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	62.038	12.978	66.937	1	2	2	93	3	396
2. nicht begünstigt	468.621	28.385	1,018.580	4	314	1	41	—	—
V. Vorschussklassen ⁶⁾									
VI. Sparkassen									
3,373.767	306.474	1,316.523	1	163	—	—	39	8.862	—
VII. Wechselseitige Versicherungs-Gesellschaften									
23,354.994	315	22,951.979	40	22.951	—	—	—	—	—
VIII. Sonstige									
461.946	3.112	528.485	5	47	2	62	—	—	—
IX. Gesellschaften mit beschränkter Haftung									
3,296.841	338.780	35,985.457	22	30.200	—	—	—	—	—

¹⁾ Vgl. den Text zu Beginn der Seite 249. Seit 1907 ohne die Daten der Klasse II (Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien) und der Klasse III (Gewerkschaften); da laut Erlasses des k. k. Finanzministeriums vom 20. Juli 1908, Z. 24.138, die bezüglichen Nachweisungen von den Unternehmungen der II. und III. Klasse nicht mehr in Vorlage zu bringen sind, hat die k. k. Finanz-Landes-Direktion eine Zusammenstellung bezüglich der Klassen II und III seit 1907 nicht mehr vorgenommen. — ²⁾ Ohne die Daten der II. und III. Klasse; vgl.

Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen.

Unternehmungen für die Jahre 1911—1914 nach dem Stande der Bemessung mit 1911—1915.¹⁾

betrag der der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen

Steuerjahre von

3 1/2%		4%		5%		6%		7%		7 1/2%		8%		8 1/2%		9%	
Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K
—	—	12	68.630	47	161.447	2	28.148	—	—	—	—	—	—	112	4.524	—	—
32	12.970	26	68.373	47	171.161	7	29.343	—	—	2	37.121	6	71.640	84	2.959	2	97.204
104	44.246	60	86.460	57	327.193	15	36.107	—	—	—	—	19	54.956	—	—	2	97.204
113	49.310	73	74.277	55	347.773	21	54.434	1	25.991	—	—	18	88.969	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	715	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	8	201	1	190	1	325	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	1.642	1	4	1	4.736	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	3	71	1	177	3	1.301	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	1.219	3	6.282	1	195	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	24	1.165	7	1.359	4	1.779	—	—	—	—	6	6.024	—	—	—	—
1	219	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	2	127	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	471	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	1	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
46	16.136	1	1.962	4	152.527	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	850	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2.223	—	—	—	—
53	25.887	13	31.333	9	80.707	1	309	—	—	—	—	1	42	—	—	—	—
1	221	5	259	2	337	9	3.910	—	—	—	—	5	5.927	—	—	—	—
3	1.511	—	—	1	235	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	3	139	2	400	—	—	—	—	—	—	2	2.035	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	439	—	—	17	42.291	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	9	32.644	9	64.619	3	46.810	1	25.991	—	—	2	72.718	—	—	—	—

die 1. Anmerkung. — ²⁾ über Erwerbsteuer der Gesellschaften mit beschränkter Haftung siehe auch Seite 250 und 251. — ³⁾ Sofern nicht nach § 84, lit. f, befreit. — ⁴⁾ Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die, auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhend, den Geschäftsbetrieb statutenmäßig und tatsächlich auf die eigenen Mitglieder beschränken, sind von der Steuerpflicht befreit, wenn der vorchriftsmäßig ermittelte Reinertrag 600 K nicht übersteigt. — ⁵⁾ Gemeindevorschußkassen und Vorschußkassen aus Kontributions- und Steuergeldfonds.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Bezeichnung der Unternehmungen	Anzahl und Erwerbsteuerbetrag der der öffentlichen Rechnungs- legung unterworfenen Unternehmungen										
	bei einem Steuerfusse von				zusammen		Zusatzsteuer				zusammen Steuer in K
	10 ⁰ / ₀		10 ⁰ / ₀ erhöht		Anzahl	Steuer in K	2 ⁰ / ₀		4 ⁰ / ₀		
	Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K			Anzahl	Steuer in K	Anzahl	Steuer in K	
1911 ²⁾ ³⁾	155	317.748	539	17,591.887	1149	18,267.840	²⁾	²⁾	²⁾	²⁾	²⁾
1912 ²⁾ ³⁾	127	252.154	560	21,504.891	1174	22,357.382	²⁾	²⁾	²⁾	²⁾	²⁾
1913 ²⁾ ³⁾	9	17.709	513	21,640.049	1135	22,427.077	²⁾	²⁾	²⁾	²⁾	²⁾
1914 ²⁾ ³⁾	40	192.471	458	22,721.726	1140	23,662.388	²⁾	²⁾	²⁾	²⁾	²⁾
und zwar 1914:											
I. Öffentl. Unternehmungen.											
A. des Staates:											
1. Staatsbahnen	—	—	12	20,130.059	16	20,130.331	—	—	—	—	—
2. Bergwerks-Unternehmungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Andere	—	—	8	24.068	10	33.957	—	—	—	—	—
B. der Länder:											
1. Landeskreditinstitute	—	—	1	107.634	1	107.634	—	—	—	—	—
2. Versicherungsanstalten	—	—	—	—	6	12.555	—	—	—	—	—
3. Andere Unternehmungen	—	—	3	16.544	3	16.544	—	—	—	—	—
C. der Gemeinden:											
1. Versicherungsanstalten	—	—	—	—	1	4.932	—	—	—	—	—
2. Andere Unternehmungen	16	3.661	421	2,230.007	567	2,243.845	—	—	—	—	—
II. Aktiengesellschaften und Kommanditgef. auf Aktien ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III. Gewerkschaften ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Erwerb- und Wirt- schaftsgenossenschaften.											
A. Zur Beschaffung landwirt- schaftl. Produktionsmittel ⁴⁾ :											
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	—	—	—	—	2	13	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
B. Rohstoff-, Magazins- und Abfabvereine:											
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	1	2.628	—	—	10	9.351	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	2	48.842	1	15.652	17	66.233	—	—	—	—	—
C. Produktivgenossenschaften:											
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	—	—	—	—	8	7.766	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	7	37.062	—	—	51	47.412	—	—	—	—	—
D. Baugenossenschaften:											
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	—	—	—	—	6	551	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	—	—	—	—	7	712	—	—	—	—	—
E. Wohnungsgenossenschaften:											
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	—	—	—	—	2	581	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	—	—	—	—	2	166	—	—	—	—	—
F. Konsumvereine:											
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	—	—	—	—	66	172.081	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	—	—	—	—	4	3.214	—	—	—	—	—
G. Vorschuß- und Kreditvereine:											
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	1	5.492	—	—	127	147.188	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	6	16.183	—	—	42	27.994	—	—	—	—	—
H. Andere:											
1. nach § 85 ⁵⁾ begünstigt	—	—	—	—	10	2.237	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	3	63.784	1	2.779	16	69.492	—	—	—	—	—
V. Vorschußkassen ⁶⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VI. Sparkassen	—	—	—	—	58	51.755	—	—	—	—	—
VII. Wechselseitige Ver- sicherungs-Gesellschaften	1	200	—	—	41	23.151	—	—	—	—	—
VIII. Sonstige	3	14.619	10	33.252	20	47.980	—	—	—	—	—
IX. Gesellschaften mit be- schränkter Haftung	—	—	1	161.731	47	434.713	—	—	—	—	—

Die Anmerkungen siehe auf den beiden vorhergehenden Seiten.

(Text zur Tabelle auf den Seiten 246—247.)

Die in Wien bemessenen Beträge dieser Erwerbsteuer sind bedeutend höher, als die in Wien vorgeschriebenen. Bemessen wird diese Erwerbsteuer nach § 109 des Personalsteuer-Gesetzes von der Steuerbehörde I. Instanz, in deren Sprengel sich der Sitz des Unternehmers, bzw. bei den k. k. Staatsbahnen der Sitz der obersten Geschäftsleitung befindet, wenn nicht das Finanzministerium in dem Falle, daß eine oder mehrere Betriebsstätten der Unternehmungen sich in anderen Veranlagungsbezirken befinden, von der ihm durch das Gesetz eingeräumten Ermächtigung, die Steuerbehörden dieser Bezirke zur Bemessung der Steuer zu delegieren, Gebrauch macht. Hinsichtlich der Vorschreibung gelten die in den §§ 101 bis 108 enthaltenen Grundsätze der örtlichen Aufteilung der Steuer. Die Daten der vorgehenden Tabelle, welche die Art der Unternehmungen, den bilanzmäßigen Reingewinn oder Verlust, die der Besteuerung zugrunde liegenden Beträge und die nach den einzelnen Steuerätzen bemessenen Steuerbeträge angeben, sind aus den von der k. k. Finanz-Landes-Direktion zur Verfügung gestellten Materialien entnommen.

2. Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt.

a) Erwerbsteuer samt Zuschlägen in den Jahren 1910—1914.

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾		
	Steuerbeträge								
	K	h	K	h	K	h	K	h	
a) Landesfürstliche Steuer ohne Zuschläge									
1910	27,337.921	14	2,312.585	23	24,098.922	47	536.155	86	
1911	27,061.187	76	210.226	94	22,459.422	17	849.280	26	
1912	31,506.693	09	208.661	40	29,466.610	56	2,911.132	65	
1913	30,494.484	75	403.796	72	35,384.728	30	835.911	27	
1914	25,833.339	63	350.186	87	35,560.595	77			
b) Landeszuschläge									
1910	8,198.960	89	693.650	72	7,227.288	59	160.485	29	
1911	8,117.998	03	62.430	98	6,738.339	03	254.720	64	
1912	9,451.998	68	62.598	43	8,839.321	59	873.421	49	
1913	9,148.200	19	121.139	02	10,615.475	18	250.710	—	
1914	7,749.501	83	105.056	06	10,668.125	96			
c) Gemeindezuschläge									
1910	7,380.941	51	624.397	97	6,506.409	27	144.764	20	
1911	7,307.496	84	56.737	51	6,064.041	—	229.246	11	
1912	8,506.807	52	56.338	48	7,956.989	85	786.007	05	
1913	8,233.506	57	109.025	31	9,553.882	04	225.691	62	
1914	6,974.897	75	94.550	19	9,601.356	75			
d) Handels- und Gewerbekammerzuschläge									
1910	883.661	38	59.245	16	835.569	64	17.421	57	
1911	942.443	51	6.034	69	785.382	80	29.082	15	
1912	1,093.417	84	6.368	04	1,024.470	07	102.167	52	
1913	1,164.118	38	13.645	73	1,390.799	68	32.592	87	
1914	1,021.664	51	12.425	62	1,419.239	23			
e) Fortbildungsschulzuschläge									
1910	179.945	02	10.973	81	170.553	52	4.155	40	
1911	173.994	20	1.882	16	149.321	58	11.259	73	
1912	266.784	72	2.118	65	281.671	22	32.064	—	
1913	315.319	62	5.296	54	392.067	25	10.742	96	
1914	304.094	32	4.038	54	410.745	25			
f) Besondere Beiträge für genossenschaftliche kaufmännische Fortbildungsschulen ²⁾									
1912	24.492	85	1	12	21.861	76	2.680	05	
1913	41.424	80	—	—	47.443	43	11.331	11	
1914	29.548	03	3	88	45.727	41			
g) Landesfürstliche Steuer samt Zuschlägen									
1910	43,981.429	94	3,700.852	89	38,838.743	49	862.982	32	
1911	43,603.120	34	337.312	28	36,196.506	58	1,373.588	89	
1912	50,850.194	70	336.086	12	47,590.925	05	4,707.472	76	
1913	49,397.054	31	652.903	32	57,384.395	88	1,366.979	83	
1914	im ganzen	41,913.046	07	566.261	16	57,705.790	37		
	davon für frühere Jahre	12,082.622	51	530.930	46	4,198.235	70		

¹⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268 und Anmerkung 1, Seite 232. — ²⁾ Dieser Zuschlag wird seit 1912 eingehoben. Näheres hierüber enthält die 1. Anmerkung zur Tabelle auf Seite 231.

b) Erwerbsteuer samt Zuschlägen im Jahre 1914 nach Gemeindebezirken.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt) ²⁾	41,189.009	64	553.302	46	57,184.658	75		
II (Leopoldstadt)	10.830	10	—	—	13.076	70		
III (Landstraße)	158.197	08	637	31	71.922	59		
IV (Wieden)	15.371	44	—	—	11.201	27		
V (Margareten)	20.058	01	183	86	17.967	34		
VI (Mariahilf)	50.917	16	1.146	99	50.759	39		
VII (Neubau)	27.372	70	160	98	30.184	85		
VIII (Josefstadt)	185.568	68	1.423	90	77.324	66		
IX (Alsergrund)	75.321	50	2.744	15	56.142	80		
X (Favoriten)	476	77	—	—	447	96		
XI (Simmering)	—	—	46	14	46	19		
XII (Meidling)	55.511	26	—	—	54.614	51		
XIII (Hietzing)	3.084	88	827	58	2.759	37		
XIV (Rudolfsheim)	3.738	53	4.555	24	3.249	01		
XV (Fünfhaus)	19.386	42	—	—	19.800	33		
XVI (Donaufeld)	1.499	28	379	58	1.012	—		
XVII (Hernals)	128	57	—	—	128	57		
XVIII (Währing)	25.489	14	—	—	28.304	18		
XIX (Döbling)	610	—	—	—	407	52		
XX (Brigittenau)	58.320	63	—	—	70.300	20		
XXI (Floridsdorf)	12.154	28	852	97	11.574	58		
zusammen	41,913.046	07	566.261	16	57,705.790	37		

¹⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268. — ²⁾ Vom 1. Jänner 1913 erfolgt die Einhebung und Berechnung dieser für den I. Gemeindebezirk vorgeschriebenen Steuer vom Zentral-Steueramte (Neues Rathaus).

3. Erwerbsteuer von Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Nach § 1 des Gesetzes vom 6. März 1906, R.-G.-Bl. Nr. 58, können Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu jedem gesetzlich zulässigen Zwecke errichtet werden (ausgeschlossen sind Versicherungsgeschäfte und politische Tätigkeit). Beträgt das Anlagekapital höchstens 1,000.000 K, so unterliegt die Gesellschaft der allgemeinen Erwerbsteuer im Sinne des I. Hauptstückes des Personalsteuergesetzes mit der Abweichung, daß die diesen Gesellschaften nach § 66, 1. und 2. Absatz, vorgeschriebene Erwerbsteuer in die festgestellten Gesellschaftskontingente nicht eingerechnet wird. Beträgt das Anlagekapital mehr als 1,000.000 K, so finden die für die Besteuerung der Aktiengesellschaften geltenden Bestimmungen des II. Hauptstückes des Personalsteuergesetzes mit einigen Modifikationen Anwendung, wobei vor allem das Ausmaß der Steuer anders (4 bis 10% nach Maßgabe des steuerpflichtigen Reinertrages) bestimmt wird.

a) Erwerbsteuer samt Zuschlägen im Jahre 1914.

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) landesfürstliche Steuer ohne Zuschläge								
1914	858.695	59	48.496	11	755.272	48		
b) Landeszuschläge								
1914	250.9	4 74	13.660	70	221.230	79		
c) Gemeindezuschläge								
1914	225.153	92	12.205	39	198.527	34		
d) Handels- und Gewerbekammerzuschläge								
1914	33.457	—	1.876	72	29.302	60		
e) Fortbildungsschulzuschläge								
1914	58.450	46	3.169	67	47.659	32		
f) Besondere Beiträge für genossenschaftliche kaufmännische Fortbildungsschulen ²⁾								
1914	741	35	26	09	686	39		
g) landesfürstliche Steuer samt Zuschlägen								
1914	1,427.413	06	79.434	68	1,252.678	91		
Davon nach dem I. Hauptstücke:								
im ganzen	973.982	36	52.571	06	764.468	04		
für frühere Jahre	25.906	34	22.004	30	145.359	77		
Nach dem II. Hauptstücke:								
im ganzen	453.430	70	26.863	62	488.210	87		
für frühere Jahre	326.781	27	26.863	62	142.940	43		

¹⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268 und Anmerkung 1, Seite 232. — ²⁾ Siehe die 1. Anmerkung zur Tabelle auf Seite 232.

b) Erwerbsteuer von Gesellschaften mit beschränkter Haftung 1914 nach Gemeindebezirken.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt)								
a) bei der Steueramts-Abteil. ²⁾	345.263	60	15.978	93	262.997	44		
b) bei dem Centr.-Steueramte ³⁾	453.430	70	26.863	62	488.210	87		
II (Leopoldstadt)	72.170	69	1.604	07	60.898	86		
III (Landstraße)	86.401	18	8.471	53	75.897	83		
IV (Wieden)	40.517	19	1.231	23	29.693	93		
V (Margareten)	21.987	51	1.354	79	11.910	90		
VI (Mariahilf)	47.843	01	1.781	23	43.104	32		
VII (Neubau)	61.431	77	3.106	71	40.746	35		
VIII (Josefstadt)	19.676	88	995	02	17.115	35		
IX (Alsergrund)	73.266	61	3.266	45	64.554	77		
X (Favoriten)	65.316	80	2.699	39	55.676	91		
XI (Simmering)	12.010	10	497	20	11.441	87		
XII (Meidling)	5.777	50	747	83	5.451	34		
XIII (Giezing)	14.852	78	485	92	13.558	23		
XIV (Rudolfsheim)	11.962	44	1.715	62	10.153	06		
XV (Günzhaus)	8.330	14	4.054	77	5.210	47		
XVI (Dttakring)	20.150	35	206	96	11.587	50		
XVII (Hernals)	4.784	87	210	—	3.866	03		
XVIII (Währing)	7.077	72	1.118	75	4.062	57		
XIX (Döbling)	18.168	37	917	38	10.512	44		
XX (Brigittenau)	21.237	33	352	34	12.603	85		
XXI (Floridsdorf)	15.755	52	1.774	94	13.424	2		
zusammen	1,427.413	06	79.434	68	1,252.678	91		

¹⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268. — ²⁾ Die Erwerbsteuer von Ges. m. b. H. nach dem I. Hauptstück des Pers.-St.-Ges. — ³⁾ Die Erwerbsteuer von Ges. m. b. H. nach dem II. Hauptstück des Pers.-St.-Ges.

f) Rentensteuer.

1. Die staatliche Rentensteuer für die Jahre 1910—1914 mit Einschluß aller Nachtragbemessungen und der anlässlich von Rekursen eingetretenen Änderungen bis Ende Mai der Jahre 1910—1914.

Die Angaben dieser Tabelle, die den von der k. k. Finanz-Landes-Direktion freundlichst zur Benützung überlassenen Materialien entnommen sind, betreffen bloß die staatliche Rentensteuer, nicht auch die Zuschläge; aber die staatliche Rentensteuer vollständig, nämlich mit Einschluß der von Hof- und Staatskassen bewerkstelligten Abzüge an Rentensteuer,¹⁾ welche in der 2. Tabelle auf den folgenden Seiten (Daten des städtischen Steueramtes) nicht berücksichtigt sind, da die Eingänge aus diesen Abzügen unmittelbar an die k. k. Finanzverwaltung abgeführt werden. Die Tabelle umfaßt unter I. die im Wege des Abzuges durch den Schuldner erhobene und unter II. die auf Grund von Befenntnissen bemessene staatliche Rentensteuer.

Jahr, bzw. Zinsen und Renten, die der Rentensteuer unterliegen	Ausmaß der Rentensteuer	Anzahl der		Der Steuerbemessung zugrunde gelegter Betrag	Rentensteuer ²⁾
		zum Abzuge Verpflichteten	Rentensteuerpflichtigen		
	Prozent			in Kronen	
1910	—	176	21.054	189,603.383	3,296.459
1911	—	1055	31.336	240,548.606	4,139.847
1912	—	1113	32.242	256,264.545	4,432.453
1913	—	1117	33.727	273,269.573	4,746.749
1914	—	1101	35.378	295,322.494	5,173.669
und zwar im Jahre 1914:					
I. Der Rentensteuer im Wege des Abzuges durch den Schuldner unterliegende Zinsen und Renten					
1. Zinsen jener Teile der Staatsschuld, die weder durch Spezialgesetze von der Leistung der Steuer befreit noch mit einem höheren Steuerausmaße belegt sind ³⁾	10	1	—	15.217	1.522
2. Einlöszrenten für verstaatlichte oder dauernd in den Staatsbetrieb übernommene Unternehmungen	2	1	—	55.440	1.109
3. Zinsen der vor dem 1. Jänner 1898 emittierten Obligationen der Landes-, öffentlichen Fonds- und ständischen Anlehen	2	2	—	2,326.314	46.526

¹⁾ bis ³⁾ Vgl. die gleichen Anmerkungen auf der folgenden Seite.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Zinsen und Renten, die der Rentensteuer unterliegen	Ausmaß der Rentensteuer	Anzahl der		Der Steuerbemessung zugrunde gelegter Betrag	Rentensteuer ²⁾
	Prozent	zum Abzuge Verpflichteten	Rentensteuerpflichtigen		
				in Kronen	
4. Zinsen von Spareinlagen ⁴⁾	1 1/2	958	—	76,705.638	1,150.378
5. Zinsen von Pfandbriefen der nicht auf Gewinn berechneten wechselseitigen Hypothekarinstitute	1 1/2	—	—	—	—
6. Zinsen von Pfandbriefen und Obligationen, welche durch Landes-Kreditinstitute emittiert wurden, darunter hauptsächlich die sogenannten Kommunal-Obligationen, ferner von Pfandbriefen und Obligationen der Pfandbriefanstalten der Sparkassen zc. ⁵⁾	1/2	3	—	24,126.617	120.633
7. Zinsen von Salinenscheinen ⁶⁾	2	1	—	3,227.342	64.547
8. Zinsen von Kassenscheinen	2	10	—	4,723.627	94.473
9. Zinsen der nach dem 1. Jänner 1898 emittierten Obligationen der Landes-, öffentlichen Fonds- und ständischen Anlehen	2	2	—	22,233.445	444.669
10. Zinsen von anderen Pfandbriefen und Wertpapieren ⁷⁾	2	11	—	22,007.205	440.144
11. Sonstige dem Abzuge der Rentensteuer unterworfenen Zinsen	2	112	—	21,154.131	423.081
zusammen (I.)	—	1101	—	176,574.976	2,787.082
II. Der Rentensteuer auf Grund von Bekenntnissen unterliegende Bezüge:					
1. Pachtzinsen für verpachtete Gewerbe	3	—	1.389	2,512.778	75.383
2. Sonstige Zinsen und Renten	2	—	33.523	115,335.817	2,306.709
3. Zinsen von ungarischen Wertpapieren	1/2	—	466	898.923	4.495
zusammen (II.)	—	—	35.378	118,747.518	2,386.587

¹⁾ Siehe die Tabellen auf Seite 266. — ²⁾ Die Differenzen zwischen den hier eingefesteten und den durch Berechnung gewonnenen Beträgen rühren teils von Überzahlungen, teils von der Abrundung der einzelnen eingezahlten Steuerbeträge her. — ³⁾ Mit Ausnahme der Salinenscheine, die unter Zahl 7 angeführt sind. — ⁴⁾ Bei Sparkassen, bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, dann von Einlagen in den kumulativen Waisenkassen. — ⁵⁾ Nach dem Gesetze vom 26. Juni 1901, N.-G.-Bl. Nr. 180. — ⁶⁾ Von den auf den Salinen Russee, Gmunden und Hallein einverleibten Hypotheken. — ⁷⁾ Von anderen als den unter 1, 3, 5-9 bezeichneten Pfandbriefen und Wertpapieren.

2. Die Rentensteuer, soweit deren Einhebung durch, bzw. deren Abfuhr an das städtische Steueramt erfolgt.

a) Rentensteuer samt Zuschlägen in den Jahren 1910—1914.¹⁾

Jahr	Vorge schriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte ²⁾		Rückständige ³⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuer ohne Zuschläge								
1910	3,393.505	12	80.103	32	3,311.393	66	286.036	53
1911	3,425.410	71	55.004	41	3,358.869	25	324.132	93
1912	3,689.305	99	80.007	01	3,583.573	51	358.766	95
1913	2,960.501	23	65.261	09	3,714.739	83	202.192	18
1914	4,912.944	78	78.767	43	4,051.703	37	—	—
und zwar 1914:								
im Abzugswege ⁴⁾	2,086.166	03	31.032	—	2,044.396	20	—	—
nach Bekenntnissen	2,826.778	75	47.735	43	2,007.307	17	—	—
b) Landeszuschläge								
1910	452.021	64	7.861	06	443.007	50	79.385	79
1911	431.699	58	13.353	18	413.857	26	90.622	20
1912	463.671	44	21.584	64	443.028	31	91.858	02
1913	232.220	03	13.977	27	435.884	25	56.577	91
1914	791.474	22	13.357	73	561.724	01	—	—

¹⁾ bis ⁴⁾ Die Anmerkungen stehen auf der folgenden Seite.

(Fortsetzung.)

Jahr	Vorge schriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte ²⁾		Rückständige ²⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Gemeindezuschläge								
1910	405.037	12	17.073	66	397.186	85	71.113	44
1911	385.584	15	12.026	55	369.848	57	80.854	11
1912	414.048	92	19.391	79	395.280	25	82.108	44
1913	207.440	81	12.505	82	389.464	34	50.458	89
1914	706.690	99	11.930	66	501.722	71		
d) Landesfürstliche Steuer samt Zuschlägen								
1910	4,250.563	88	95.038	04	4,151.588	01	436.535	76
1911	4,242.694	44	80.384	14	4,142.575	08	495.609	24
1912	4,567.026	35	120.983	44	4,421.882	07	532.733	41
1913	3,400.162	07	91.744	18	4,540.088	42	309.228	98
1914	6,411.109	99	104.055	82	5,115.150	09		
und zwar 1914:								
im Abzugswege ³⁾	2,086.196	03	31.032	—	2,044.396	20		
nach Bekenntnissen, u. zw.:								
a) im ganzen	4,324.493	96	73.023	82	3,070.753	89		
b) davon für frühere Jahre	1,842.818	68	66.592	95	826.048	12		

¹⁾ Die von Hof- und Staatskassen bewerkstelligten Abzüge sind hier nicht enthalten, da deren Abfuhr nicht an das städtische Steueramt erfolgt. Siehe die beiden unteren Tabellen auf Seite 268. — ²⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 269 und Anmerkung 1, Seite 232. — ³⁾ Abzug durch den Schuldner. Zu der im Wege des Abzuges durch den Schuldner eingehobenen Rentensteuer wird weder vom Lande noch von der Gemeinde ein Zuschlag berechnet.

b) Rentensteuer samt Zuschlägen im Jahre 1914 nach Gemeindebezirken.¹⁾

Gemeindebezirk	Vorge schriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte ²⁾		Rückständige ³⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt)	2,980.048	86	43.455	90	2,816.021	74		
II (Leopoldstadt)	199.332	71	6.231	02	149.081	73		
III (Landstraße)	410.442	05	7.463	63	292.542	59		
IV (Wieden)	1,146.927	93	6.872	76	593.768	83		
V (Margareten)	74.554	60	1.441	61	47.732	26		
VI (Mariahilf)	191.912	08	2.962	71	142.209	29		
VII (Neubau)	168.832	76	3.428	53	120.858	01		
VIII (Josefstadt)	171.245	44	5.226	86	119.159	02		
IX (Alsergrund)	258.763	53	8.189	43	202.493	28		
X (Favoriten)	41.745	48	871	46	29.202	11		
XI (Simmering)	14.888	78	189	29	10.638	61		
XII (Meidling)	41.122	39	1.062	96	38.001	31		
XIII (Giesing)	194.480	54	9.037	27	166.327	89		
XIV (Rudolphsheim)	26.391	89	420	03	21.552	96		
XV (Fünfhaus)	28.221	05	153	55	22.932	51		
XVI (Ditafing)	43.184	38	1.067	—	37.449	80		
XVII (Hernals)	31.259	36	294	12	28.453	01		
XVIII (Währing)	142.868	50	3.546	99	109.688	93		
XIX (Döbling)	166.378	97	1.693	19	114.612	29		
XX (Brigittenau)	20.848	15	113	31	15.113	28		
XXI (Floridsdorf)	57.660	54	334	20	37.310	64		
zusammen	6,411.109	99	104.055	82	5,115.150	09		

¹⁾ bis ³⁾ Vgl. die gleichen Anmerkungen zur vorhergehenden Tabelle.

3. Zahl der in jede Steuerstufe eingereichten einkommensteuerpflichtigen Personen für das Jahr 1914 in ganz Wien.

In der folgenden Tabelle sind die Einkommenstufen nach dem „steuerpflichtigen Einkommen“ und nicht auf Grund des „veranlagten Steuerfasses“ ermittelt. Die Daten sind von der k. k. Finanz-Landes-Direktion zur Verfügung gestellt worden. Die Bearbeitung des Materials mußte sich auf die Angaben für ganz Wien nach den einzelnen Einkommensteuerstufen beschränken und von einer weiteren Bearbeitung nach Einkommensteuerstufen in Verbindung mit den einzelnen Bezirken Wiens absehen da nach dem vorhandenen Materiale eine Aufteilung nach Bezirken nicht möglich war; da die Personalsteuern vom 23. Jänner 1914, 3. 13. N.-G.-Bl., weitgehende Änderungen, insbesondere ein neues System der Steuerfasse gegenüber den Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, N.-G.-Bl. 3. 220, eingeführt hat, sind die Voraussetzungen für statistische Vergleiche zu den Ergebnissen der Personaleinkommensteuer in Wien weggefallen, die Beisehung der Daten für die früheren Jahre ist daher unterblieben.

1 Einkommenstufe	2 Einkommen in Kronen		3 Steuer- satz		4 Anzahl der steuer- pflichtigen Personen	5 Summe der Steuerfasse in Kronen		6 Tarifmäßiger Betrag des Aufschlages ¹⁾						7 Anzahl der aufschlag- pflichtig behandelten Zensiten ²⁾						8 Summe der tarifmäßigen Aufschläge ³⁾						9 Von den in den Spalten 11 und 12 ausgewiesenen Zensiten hätten ohne Ermäßigung zu zahlen Anzahl	
	von mehr als	bis ein- schließlich	K	h		K	h	K	h	10%		15%		ermäßigt nach § 172 a, 4. Abf.		K	h	K	h	K	h	K	h	15%	10%		
										10%	5%	10%	5%	10%	5%												
50	50	100	—	30	—	8	—	240	—	04	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
100	100	150	—	60	—	10	6	60	—	09	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
150	150	200	—	90	—	30	27	270	—	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
200	200	250	—	120	—	24	28	280	—	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
250	250	300	1	150	—	22	33	330	—	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
300	300	350	1	180	—	16	28	280	—	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
350	350	400	2	210	—	19	39	390	—	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
400	400	450	2	240	—	22	52	520	—	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
450	450	500	2	270	—	30	81	810	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
500	500	550	3	300	—	17	51	510	—	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
550	550	600	3	330	—	53	174	1740	—	49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
600	600	650	3	360	—	18	64	640	—	54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
650	650	700	3	390	—	25	97	970	—	58	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
700	700	750	4	420	—	19	79	790	—	63	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
750	750	800	4	450	—	46	207	2070	—	67	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
800	800	850	4	480	—	24	115	1150	—	72	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
850	850	900	5	510	—	23	117	1170	—	76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
900	900	950	5	540	—	13	70	700	—	81	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
950	950	1.000	5	570	—	47	267	2670	—	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1.000	1.000	1.050	6	600	—	20	120	1200	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1.050	1.050	1.100	6	630	—	18	113	1130	—	94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

In Fällen des § 155, 216f. 2, n. des § 175 b. Gef.

3. Zahl der in jede Steuerstufe eingerechneten einkommensteuerpflichtigen Personen für das Jahr 1914 in ganz Wien.

1 Einkommenstufe	2 Einkommen in Kronen		3 Steuer- satz		4 Anzahl der steuer- pflichtigen Personen	5 Summe der Steuerfüge		6 Tarifmäßiger Betrag des Aufschlages ¹⁾			9 Anzahl der aufschlag- pflichtig behandelten Zensiten ²⁾			13 Summe der tarifmäßigen Aufschläge ³⁾			17 15% 10% 10%	18 Von den in den Spalten 11 und 12 ausgewiesenen Zensiten hätten ohne Ermäßigung zu zahlen Anzahl 15% 10% 10%									
	von mehr als	bis ein- schließl.	K	h		K	h	15%	10%	5%	15%	10%	5%	15%	10%	5%											
																			K	h	K	h	K	h	K	h	K
224	1.580.000	1.590.000	Übertrag.		340.282	56.612.781	70																				
238	1.720.000	1.730.000	104.490		1	104.490								10.449				162									
240	1.740.000	1.750.000	113.870		1	113.870								11.387													
248	1.820.000	1.830.000	115.210		1	115.210								11.521													
250	1.840.000	1.850.000	120.570		1	120.570								12.057													
262	1.960.000	1.970.000	121.910		1	121.910																					
276	2.100.000	2.110.000	129.950		1	129.950								19.492 50													
302	2.360.000	2.370.000	139.330		1	139.330								20.899 50													
328	2.620.000	2.630.000	156.750		1	156.750																					
341	2.750.000	2.760.000	174.170		1	174.170								26.125 50													
367	3.010.000	3.020.000	182.880		1	182.880								27.432													
401	3.350.000	3.360.000	200.300		1	200.300																					
445	3.790.000	3.800.000	223.080		1	223.080								33.462													
577	5.110.000	5.120.000	252.560		1	252.560																					
618	5.520.000	5.530.000	341.000		1	341.000						1		34.100													
2863	27.970.000	27.980.000	368.470		1	368.470																					
			1.872.620		1	1.872.620						1		280.893													
			Gesamt- Summe			340.298	61.229.941	70						46.681	41.117	131	258	2.056.366	84	1.139.081	16	1.545	81	1.807	05	162	227

1) Der Aufschlag ist eingelezt im prozentuellen AusmaÙe von der Summe der Steuerfüge. — 2) Die Anzahl der tarifmäßigen Aufschläge ist absolut genommen und in Kronen und Hektern zu verftehen.
angegeben. — 3) Die Summe der tarifmäßigen Aufschläge ist absolut genommen und in Kronen und Hektern zu verftehen.

5. Die von der Gemeinde Wien eingehobene Einkommensteuer.

5. Die Einkommensteuer, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt, in den Jahren 1910—1914.¹⁾²⁾

	Gemeindebezirk		Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ³⁾	
	Personal-Einkommensteuer-Beträge		K		h		K		h	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
1910	35,077.040	47	1,433.851	18	32,700.312	77	10,924.872	51		
1911	40,094.327	77	1,932.666	97	35,168.085	98	13,340.812	39		
1912	41,451.736	21	2,254.785	91	38,760.398	89	15,329.185	40		
1913	21,111.743	33	2,366.069	37	40,252.630	68	9,211.805	97		
1914	77,318.345	46	2,965.849	30	56,567.974	91	—	—		
und zwar 1914:										
Selbstzahler:										
für das laufende Jahr	37,826.393	82	133.994	39	27,674.706	17	—	—		
für frühere Jahre	31,266.628	75	2,543.833	49	22,875.423	19	—	—		
Dienstgeber:										
für das laufende Jahr	4,133.151	08	112.823	35	3,755.537	63	—	—		
für frühere Jahre	3,092.171	81	175.198	07	2,262.307	92	—	—		
I (Sinnere Stadt)	18,167.407	47	440.193	66	13,589.155	97	—	—		
II (Leopoldstadt)	5,759.893	07	458.507	72	3,665.063	37	—	—		
III (Landstraße)	6,243.050	87	210.547	94	5,003.193	09	—	—		
IV (Wieden)	14,442.258	90	228.361	16	9,891.663	61	—	—		
V (Margareten)	2,009.732	02	136.757	17	1,251.915	28	—	—		
VI (Mariahilf)	3,419.935	23	122.372	31	2,852.967	42	—	—		
VII (Neubau)	3,256.019	63	132.586	97	2,285.115	45	—	—		
VIII (Josefstadt)	2,562.510	78	87.338	82	2,035.455	39	—	—		
IX (Alsergrund)	4,974.412	80	174.908	42	3,605.262	43	—	—		
X (Favoriten)	1,510.256	03	150.063	30	933.253	58	—	—		
XI (Sinnering)	470.587	54	20.751	54	359.037	87	—	—		
XII (Meidling)	807.168	75	103.421	88	653.876	22	—	—		
XIII (Piesting)	3,122.337	39	164.673	29	2,285.325	13	—	—		
XIV (Rudolfsheim)	776.506	28	57.637	72	586.224	93	—	—		
XV (Dünzhaus)	523.171	34	32.221	40	437.085	10	—	—		
XVI (Donaufing)	1,284.351	15	94.978	43	952.638	82	—	—		
XVII (Hernals)	947.227	26	70.360	23	850.718	71	—	—		
XVIII (Währing)	2,667.168	29	56.873	42	2,120.459	52	—	—		
XIX (Döbling)	2,486.472	53	37.343	27	2,016.155	63	—	—		
XX (Brigittenau)	678.736	03	130.477	42	401.540	63	—	—		
XXI (Floridsdorf)	1,209.142	10	55.473	23	791.866	76	—	—		

u. zw. 1914 im Gemeindebezirk:

¹⁾ Die Einkommensteuer ist in Niederösterreich von allen der Zufälligkeit der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen freigestellen. — ²⁾ Vergleiche die beiden unteren Tabellen auf Seite 267. — ³⁾ Siehe die Anmerkung 4. auf Seite 268.

h) Besoldungssteuer.

1. Anzahl der in die einzelnen Steuerstufen eingereichten besoldungssteuerpflichtigen Personen in den Jahren 1910—1914, im Jahre 1914 nach Gemeindebezirken.¹⁾

Jahr, bzw. Gemeinde- bezirk	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Gesamtzahl der besoldungs- steuerpflichtigen Personen	
	Stufe mit dem Steuerfaze:										
	0.4	0.8	1.2	1.6	2	3	4	5	6		
	Prozent des besoldungssteuerpflichtigen Einkommens von										
	6400 bis ausschließend 8000 K	8000 bis ausschließend 9000 K	9000 bis ausschließend 10.000 K	10.000 bis ausschließend 12.000 K	12.000 bis ausschließend 14.000 K	14.000 bis ausschließend 16.000 K	16.000 bis ausschließend 20.000 K	20.000 bis ausschließend 30.000 K	30.000 K und mehr		
Anzahl der besoldungssteuerpflichtigen Personen											
1910	4149	1410	860	1185	743	391	421	304	256	9.719	
1911	4578	1477	981	1302	808	451	468	325	280	10.670	
1912	5173	1764	1132	1413	930	523	512	396	299	12.142	
1913	6116	2046	1336	1617	1039	575	581	448	364	14.122	
1914	6775	2218	1535	1807	1161	663	645	516	431	15.751	
u. zw. 1914 im Gemeindebezirke:	I	341	124	107	154	141	92	88	93	117	1.257
	II	670	218	112	138	83	44	30	33	23	1.351
	III	869	253	222	254	177	100	102	64	51	2.092
	IV	610	223	149	202	105	89	93	74	67	1.612
	V	264	87	43	46	29	15	9	9	1	503
	VI	298	93	76	88	58	31	32	30	18	724
	VII	409	136	73	105	66	33	39	21	11	893
	VIII	416	163	135	147	98	47	47	26	16	1.095
	IX	672	237	155	170	97	63	74	50	34	1.552
	X	90	17	12	16	3	3	3	6	—	150
	XI	36	7	5	7	3	1	1	1	—	61
	XII	165	42	20	27	13	3	2	2	3	277
	XIII	491	131	117	127	82	37	43	23	26	1.077
	XIV	66	12	4	9	5	—	2	2	—	100
	XV	122	21	22	12	8	3	1	—	—	189
	XVI	88	26	18	13	4	2	1	6	—	158
	XVII	126	46	28	23	16	6	2	4	3	254
	XVIII	635	221	157	157	104	56	29	26	18	1.403
	XIX	254	112	66	84	58	33	41	38	38	724
	XX	81	29	6	10	4	2	2	5	1	140
	XXI	72	20	8	18	7	3	4	3	4	139

¹⁾ Die Angaben dieser und der folgenden Tabelle sind den von der f. l. Finanz-Landes-Direktion freundlichst zur Benützung überlassenen Materialien entnommen.

2. Betrag der Besoldungssteuer in den Jahren 1910—1914 nach dem Stande mit Beendigung des Einschätzungsgeschäftes.

Jahr	Betrag der Besoldungssteuer nach den Prozentsätzen ¹⁾ ohne Rücksicht auf die		Ausfall infolge der Anwendung der		Differenz infolge Teilvorschreibung ⁴⁾		Summe der tatsächlich vorgeschriebenen Besoldungssteuer ³⁾	
	Bestimmung des § 233, Absatz 2 des Gesetzes ²⁾							
	K	h	K	h	K	h	K	h
1910	2,379.279	09	20.820	87	—	—	2,358.458	22
1911	2,615.904	28	20.455	45	—	—	2,595.448	83
1912	2,938.243	58	55.365	59	—	—	2,882.877	99
1913	3,416.817	95	34.681	92	30.174	42	3,351.961	61
1914	4,055.653	19	30.094	60	64.957	60	3,960.600	99

¹⁾ Vgl. die obige 1. Tabelle. — ²⁾ § 233, Abs. 2, bestimmt: Die Besoldungssteuer ist mit der Maßgabe zu bemessen, daß von den Bezügen einer höheren Stufe nach Abzug der Steuer niemals weniger erübrigen darf, als von den höchsten Bezügen der nächst niedrigeren Stufe nach Abzug der auf letztere entfallenden Steuer erübrigt. — ³⁾ In diesem Betrage der vorgeschriebenen staatlichen Besoldungssteuer ist nicht bloß die Steuer enthalten, deren Einhebung der Gemeinde obliegt (siehe die folgende Tabelle), sondern auch die von Hof- und Staatskassen einzuhelbende — ⁴⁾ Finanzministerial-Erlaß vom 21. August 1913, M.-Z. 31.628 ex 1911.

3. Die Besoldungssteuer, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt.¹⁾

a) Die Besoldungssteuer in den Jahren 1910—1914.

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ²⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuern ohne Zuschläge								
1910	1,871.050	04	78.670	44	1,852.335	12	378.419	92
1911	2,158.785	27	120.590	83	1,895.778	21	498.930	06
1912	2,222.298	93	151.650	30	2,150.301	14	527.446	55
1913	1,309.459	94	166.239	29	1,760.418	74	400.291	87
1914	4,046.621	89	181.206	09	2,835.852	34		
und zwar 1914:								
Selbstzahler	502.274	80	37.748	41	340.798	33		
Dienstgeber	3,544.347	09	143.457	68	2,495.054	01		
b) Landeszuschläge								
1910	504.066	12	21.514	84	498.924	82	101.795	66
1911	579.035	46	33.274	09	509.865	90	130.203	72
1912	590.191	52	39.666	10	573.745	73	138.415	55
1913	348.360	92	44.782	84	467.233	10	105.969	72
1914	1,080.399	73	49.163	59	755.487	48		
und zwar 1914:								
Selbstzahler	129.744	36	9.882	96	87.810	63		
Dienstgeber	950.655	37	39.280	63	667.676	85		
c) Gemeindezuschläge								
1910	450.389	93	19.227	63	445.655	46	91.372	18
1911	517.057	29	30.002	98	455.774	55	116.113	56
1912	526.961	54	35.420	46	511.693	41	123.878	60
1913	311.035	22	39.984	82	417.914	72	94.200	90
1914	964.498	31	43.891	18	674.588	61		
und zwar 1914:								
Selbstzahler	115.842	65	8.820	29	78.421	98		
Dienstgeber	848.655	66	35.070	89	596.166	63		
d) Landesfürstliche Steuern samt Zuschlägen								
1910	2,825.506	09	119.412	91	2,796.915	40	571.587	76
1911	3,254.878	02	183.867	90	2,861.418	66	745.247	34
1912	3,339.451	99	226.736	86	3,235.740	28	789.740	70
1913	1,968.856	08	251.006	95	2,645.566	56	600.462	49
1914	6,091.519	93	274.260	86	4,265.928	43		
und zwar 1914:								
Selbstzahler:								
im ganzen	747.861	81	56.451	66	507.030	94		
davon für frühere Jahre	396.104	97	53.534	07	236.235	95		
Dienstgeber:								
im ganzen	5,343.658	12	217.809	20	3,758.897	49		
davon für frühere Jahre	2,448.187	27	176.030	50	1,566.872	12		

¹⁾ Vgl. die beiden unteren Tabellen auf Seite 267. — ²⁾ Vergleiche die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268 und Anmerkung 1, Seite 232.

b) Die Besoldungssteuer im Jahre 1914 nach Gemeindebezirken.

Jahr	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt)	2,241.206	35	93.674	79	1,553.904	93		
II (Leopoldstadt)	475.728	10	17.136	01	303.968	57		
III (Landstraße)	612.253	59	22.111	28	389.084	87		
IV (Wieden)	801.596	36	38.725	46	539.361	72		

¹⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268 und Anmerkung 1, Seite 232.

b) Die Besoldungssteuer im Jahre 1914 nach Gemeindebezirken. (Fortsetzung.)

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
Übertrag I—IV	4,130.784	40	171.647	54	2,786.320	09		
V (Margareten)	101.404	91	1.895	20	61.356	38		
VI (Mariahilf)	276.828	79	15.632	91	206.662	57		
VII (Neubau)	182.291	06	12.558	34	118.644	65		
VIII (Josefstadt)	208.453	28	4.045	16	141.892	28		
IX (Alsergrund)	263.245	13	10.902	90	255.106	02		
X (Favoriten)	54.527	29	1.232	72	35.881	58		
XI (Simmering)	28.571	08	56	71	23.270	59		
XII (Meidling)	35.123	51	3.361	95	35.290	54		
XIII (Giezing)	228.432	17	15.868	60	176.642	81		
XIV (Rudolfsheim)	7.317	19	131	82	5.623	46		
XV (Fünfhaus)	10.950	14	1.611	80	12.008	56		
XVI (Ottakring)	28.114	03	857	29	19.320	82		
XVII (Hernals)	22.761	70	2.239	31	12.296	21		
XVIII (Währing)	198.609	05	9.179	75	135.546	79		
XIX (Döbling)	199.476	23	21.539	46	148.203	74		
XX (Brigittenau)	27.884	45	537	51	18.003	04		
XXI (Floridsdorf)	86.745	52	961	89	73.858	30		
zusammen	6,091.519	93	274.260	86	4,265.928	43		

¹⁾ Vgl. die 4. und 5. Anmerkung auf Seite 268.

i) Bei den der Aufsicht der k. k. Finanz-Landesdirektion unterstehenden Kassen eingehobene, ferner an die k. k. Finanz-Landesdirektion überwiesene direkte Personalsteuern.

1. Die bei den der Aufsicht der k. k. Finanz-Landesdirektion unterstehenden Kassen in Wien in den Jahren 1910—1914 eingehobenen direkten Personalsteuern.

Jahr	Personal-Einkommensteuer, eingezahlt				Besoldungssteuer		Rentensteuer				Zusammen	
	von Steuerpflichtigen selbst		von Hof- u. Staatskassen		von Hof- u. Staatskassen		von Hof- und Staatskassen		von nicht ärar. Zahlstellen			
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
1910	513.954	33	820.415	84	210.498	05	108.142	77	2.104	75	1.655.115	74
1911	263.293	—	999.609	45	243.548	43	106.901	21	211	52	1.613.563	61
1912	490.962	92	954.889	75	259.274	56	109.224	08	.	.	1.814.315	31
1913	835.326	99	999.226	30	264.326	99	121.299	80	2.663	01	2.222.843	09
1914	775.111	87	1,071.412	81	290.586	11	135.139	64	239	93	2,272.490	36

2. Von den Zentralstellen und anderen Behörden an die k. k. Finanz-Landesdirektion überwiesene direkte Personalsteuern in den Jahren 1910—1914.¹⁾

Jahr	Personal-Einkommensteuer		Besoldungssteuer		Rentensteuer		Zusammen von Hof- und Staatskassen überwiesen	
	K	h	K	h	K	h	K	h
1910	2,602.815	46	397.418	54	²⁾ 4.454	81	3,000.234	—
1911	2,791.761	71	443.239	25	8.103	99	3,243.104	95
1912	3,087.420	62	510.625	34	12.617	98	3,610.663	94
1913	3,137.041	46	513.821	54	47.796	89	3,698.659	89
1914	³⁾ 1,441.461	04	³⁾ 132.659	91	42.237	62	1,616.358	57

¹⁾ Die in dieser Tabelle verzeichneten Beträge können nicht zur Gänze als Steuerleistung Wiens betrachtet werden, weil sie auch solche Steuerpflichtige betreffen, die sich außerhalb Wiens befinden; jedoch entfällt der größte Teil auf in Wien befindliche Steuerpflichtige. — ²⁾ In Ausgabe gestellt. — ³⁾ Der Unterschied gegenüber den Vorjahren ist auf eine geänderte Berechnungsmethode und darauf zurückzuführen, daß von einzelnen Verwaltungsorganen die Einkommen- und Besoldungssteuern des Jahres 1914 erst im Jahre 1915 überwiesen werden.

k) Summarien der direkten Steuern samt Zuschlägen, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt,¹⁾ mit Einfluß der Zins- und Schulheller.

1. Summarium für das Jahr 1914 nach Steuergattungen.

Steuergattung	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ⁴⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuern ohne Zuschläge								
Grundsteuer	233.533	82	1.174	07	231.451	60		
Gebäudesteuern	56,129.421	02	2,188.220	14	53,279.776	42		
Allgemeine Erwerbsteuer	10,994.072	89	1,087.824	76	9,114.135	41		
Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben ²⁾	13.152	59	—	—	13.017	75		
Erwerbste. von den der öffentl. Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	25.833.339	63	350.186	87	35,560.595	77		
Erwerbste. von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	858.695	59	48.496	11	755.272	48		
Rentensteuer	4,912.944	78	78.767	43	4,051.703	37		
Personaleinkommensteuer	77,318.345	46	2,965.849	30	56,567.974	91		
Besoldungssteuer	4,046.621	89	181.206	09	2,835.852	34		
Tantiemenabgabe	1,382.378	72	1.500	—	1,362.518	66		
zusammen	181,722.506	39	6,903.224	77	163,772.298	71		
Überdies an früherer Erwerb- und Einkommensteuer	229	97	—	—	894	76		
b) Landeszuschläge								
Grundsteuer	76.908	78	386	79	76.236	53		
Gebäudesteuern	23,559.668	59	1,066.484	14	22,434.300	59		
Allgemeine Erwerbsteuer	2,974.102	30	280.851	02	2,478.610	93		
Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben ²⁾	3.025	32	—	—	2.992	18		
Erwerbste. von den der öffentl. Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	7,749.501	83	105.056	06	10,668.125	96		
Erwerbste. von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	250.914	74	13.660	70	221.230	78		
Rentensteuer	791.474	22	13.357	73	561.724	01		
Besoldungssteuer	1,080.399	73	49.163	59	755.487	48		
zusammen	36,485.995	51	1,528.960	03	37,198.708	46		
Überdies an früherer Erwerb- und Einkommensteuer	34	49	—	—	134	01		
c) Gemeindezuschläge, Zins- und Schulheller								
Grundsteuer	68.676	32	345	26	68.075	64		
Gebäudesteuern ³⁾	53,934.641	48	2,511.679	20	50,889.258	03		
Allgemeine Erwerbsteuer	2,644.491	84	248.440	88	2,204.772	71		
Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben ²⁾	2.630	71	—	—	2.598	89		
Erwerbste. von den der öffentl. Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	6,974.897	75	94.550	19	9,601.356	75		
Erwerbste. von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	225.153	92	12.205	39	198.527	34		
Rentensteuer	706.690	99	11.930	66	501.722	71		
Besoldungssteuer	964.498	31	43.891	18	674.588	61		
zusammen	65,521.681	32	2,923.042	76	64,140.900	68		
Überdies an früherer Erwerb- und Einkommensteuer	48	16	—	—	184	77		

¹⁾ Die nicht vom städt. Steueramte, sondern bei den der Aufsicht der k. k. Finanz-Landesdirektion unterstehenden Staatskassen eingehobenen und von den Zentralstellen und anderen Behörden an die k. k. Finanz-Landesdirektion überwiesenen direkten Personalsteuern sind in diesen Ziffern nicht enthalten. Siehe hierüber auf Seite 267. — ²⁾ Für Hausier- und Wandergewerbe ist die Erwerbsteuer im vollen Jahresbetrage auf einmal im voraus zu zahlen, doch können Abschreibungen und Rückstände vorkommen, indem Vorschreibungen erfolgen, welchen aus persönlichen Gründen die Ausstellung eines Hausierpasses und daher eine Einzahlung der Steuer nicht folgt. — ³⁾ Einschließlich der Zins- und Schulheller; diese werden mit den Gemeindezuschlägen zur Hauszinssteuer vorgeschrieben, eingehoben und verbucht und können genau gar nicht getrennt nachgewiesen werden; auf Seite 240 sind die Zahlen bloß durch Berechnung gewonnen. — ⁴⁾ Die rückständigen Steuerbeträge sind nicht gleich den vorgeschriebenen, weniger den abgeschriebenen und einbezahlten Beträgen. Um den hier ausgewiesenen Rückstand zu berechnen, müßten den vorgeschriebenen Beträgen die mit Schluß des Vorjahres verblichenen Rückstände zugezählt und aus den einbezahlten Beträgen die „Passiven“ (das sind Einzahlungen, denen keine Vorschreibung gegenübersteht) ausgeschieden werden. Solche Einzahlungen kommen vornehmlich bei jenen Steuerträgern vor, deren Steuerzuschreibung mit Schluß des Jahres nicht durchgeführt ist und die auf Grund des Gesetzes vom 5. März 1870, R.-G.-Bl. Nr. 23, nach der Gebühr des Vorjahres einzahlen. — ⁵⁾ Die rückständigen Steuern können diesmal nicht ausgewiesen werden, sondern erst im Jahre 1915, weil für die Steuerjahre 1914 und 1915 eine gemeinsame Rechnungslegung festgesetzt ist.

(Fortsetzung.)

Steuerart	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ⁴⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
d) Handels- und Gewerbekammerzuschläge								
Allgemeine Erwerbsteuer	405.123	07	39.016	22	337.569	96		
Erwerbst. von den der öffentl. Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	1,021.664	51	12.425	62	1,419.239	23		
Erwerbst. von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	33.457	—	1.876	72	29.302	60		
zusammen	1,460.244	58	53.318	56	1,786.111	79		
Überdies an früh. Erwerbst.	2	40	—	—	9	56		
e) Fortbildungsschulzuschläge								
Allgemeine Erwerbsteuer	960.840	14	89.163	08	802.484	12		
Erwerbst. von den der öffentl. Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	304.094	32	4.038	54	410.745	25		
Erwerbst. von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	58.450	46	3.169	67	47.659	32		
zusammen	1,323.384	92	96.371	29	1,260.888	69		
Überdies an früh. Erwerbst.	7	06	—	—	20	08		
f) Besondere Beiträge für genossenschaftliche kaufmännische Fortbildungsschulen ⁵⁾								
Allgemeine Erwerbsteuer	92.053	46	3.792	57	84.219	65		
Erwerbst. von den der öffentl. Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	29.548	03	3	88	45.727	41		
Erwerbst. von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	741	35	26	09	686	39		
zusammen	122.342	84	3.822	54	130.633	45		
g) Landesfürstliche Steuern samt Zuschlägen ³⁾								
Grundsteuer	379.118	92	1.906	12	375.763	77		
Gebäudesteuern ³⁾	133,623.731	09	5,766.383	48	126,603.335	04		
Allgemeine Erwerbsteuer	18,070.683	70	1,749.088	53	15,021.792	78		
Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben ²⁾	18.808	62	—	—	18.608	82		
Erwerbst. von den der öffentl. Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	41,913.046	07	566.261	16	57,705.790	37		
Erwerbst. von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	1,427.413	06	79.434	68	1,252.678	91		
Rentensteuer	6,411.109	99	104.055	82	5,115.150	09		
Personaleinkommensteuer	77,318.345	46	2,965.849	30	56,567.974	91		
Besoldungssteuer	6,091.519	93	274.260	86	4,265.928	43		
Tantiemenabgabe	1,382.378	72	1.500	—	1,362.518	66		
zusammen	286,636.155	56	11,508.739	95	268,289.541	78		
Überdies an früherer Erwerb- und Einkommensteuer	322	08	—	—	1,243	18		

²⁾ ³⁾ ⁴⁾ Vgl. die Anmerkungen auf Seite 268. — ⁵⁾ Siehe die Anmerkung ¹⁾ zur Tabelle auf Seite 232.

2. Summarium¹⁾ für das Jahr 1914 nach Gemeindebezirken.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ²⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
I (Innere Stadt)								
a) b. d. Steueramts-Abt.	50,882.822	55	2,093.638	66	42,810.920	20		
b) b. d. Zentr.-Steueramte	42,779.900	36	572.957	91	59,035.388	26		
II (Leopoldstadt)	19,532.166	37	1,295.019	19	16,403.068	79		
III (Landstraße)	20,311.270	21	1,197.013	46	17,655.147	69		
IV (Wieden)	25,150.874	98	680.200	22	18,865.673	49		
V (Margareten)	8,380.207	96	392.108	54	7,223.805	35		
VI (Mariahilf)	11,452.735	44	474.242	57	10,211.317	59		
VII (Neubau)	13,189.582	89	620.600	41	11,237.562	18		
VIII (Josefstadt)	8,611.131	22	334.345	53	7,529.951	77		
IX (Alsergrund)	15,381.334	64	513.821	60	13,484.329	81		
X (Favoriten)	7,627.412	19	351.428	98	6,722.226	08		
XI (Simmering)	2,130.358	54	86.038	08	1,963.846	47		
XII (Meidling)	5,523.850	96	252.939	68	5,216.408	70		

¹⁾ Vgl. Anmerkung ¹⁾ auf Seite 268. — ²⁾ Vgl. Anmerkung ⁴⁾ und ⁵⁾ auf Seite 268.

(Fortsetzung.)

Gemeindebezirk	Borgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ¹⁾	
	Steuerbeträge							
	K	h	K	h	K	h	K	h
XIII (Sieging)	9,675.672	01	540.635	22	8,468.647	12		
XIV (Rudolfsheim)	4,971.082	39	203.561	78	4,552.621	34		
XV (Fünfhaus)	3,604.581	90	260.140	01	3,174.995	99		
XVI (Ottaring)	8,100.314	47	263.251	10	7,550.371	26		
XVII (Hernalß)	5,453.601	51	195.747	03	5,178.818	73		
XVIII (Währing)	8,821.512	36	395.973	14	7,823.182	41		
XIX (Döbling)	6,136.072	97	329.641	50	5,334.881	—		
XX (Brigittenau)	5,154.224	49	333.537	85	4,585.636	07		
XXI (Floridsdorf)	3,765.445	15	121.897	49	3,260.741	48		
zusammen	286,636.155	56	11,508.739	95	268,289.541	78		

¹⁾ Vergleiche Anmerkung 2 auf Seite 277.**3. Summarien¹⁾ der Steuern und Zuschläge für die Jahre 1910—1914.**

Jahr	Borgeschriebene		Abgeschriebene		Eingezahlte		Rückständige ³⁾	
	Steuerbeträge ⁵⁾							
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Landesfürstliche Steuern ohne Zuschläge								
1910	126,010.461	04	6,463.265	49	117,891.170	53	16,148.591	19
1911	133,216.647	81	4,953.146	35	121,069.012	60	18,879.897	98
1912	141,831.061	41	5,519.309	66	133,341.499	71	23,532.489	34
1913	122,117.436	59	5,798.435	83	144,328.989	90	15,844.818	84
1914	181,722.506	39	6,903.224	77	163,772.298	71		
b) Landeszuschläge								
1910	31,362.287	63	1,607.200	18	29,543.821	08	1,596.614	81
1911	32,190.199	84	978.950	87	29,919.285	76	1,729.720	93
1912	34,776.277	39	1,070.891	70	32,876.253	67	2,595.850	96
1913	35,800.907	13	1,261.510	10	36,551.002	64	2,122.023	78
1914	36,485.995	51	1,528.960	03	37,198.708	46		
c) Gemeindefürstliche, Zins- und Schulheller ²⁾ ⁴⁾								
1910	54,562.684	32	2,250.293	07	52,118.080	64	1,776.689	49
1911	56,310.076	48	1,532.401	68	53,538.155	01	1,991.162	68
1912	59,931.967	97	1,833.290	29	57,208.716	82	2,897.665	28
1913	63,451.157	13	2,151.361	55	62,762.713	22	2,798.592	16
1914	65,521.681	32	2,923.042	76	64,140.900	68		
d) Handels- und Gewerbekammer-Zuschläge								
1910	1,265.915	96	96.519	10	1,181.731	66	107.080	54
1911	1,330.725	10	55.155	11	1,133.173	44	116.338	14
1912	1,495.328	46	46.142	19	1,367.426	43	201.455	31
1913	1,608.492	57	62.587	54	1,781.690	16	139.499	—
1914	1,460.244	58	53.318	56	1,786.111	79		
e) Fortbildungsschul-Zuschläge								
1910	772.217	65	62.680	52	684.834	57	133.682	36
1911	778.023	90	74.373	76	679.779	23	146.778	87
1912	1,091.389	52	75.603	08	981.333	54	222.905	70
1913	1,356.837	78	112.962	44	1,273.698	04	253.809	80
1914	1,323.384	92	96.371	29	1,260.888	69		
f) Besondere Beiträge für genossenschaftliche kaufmännische Fortbildungsschulen ⁶⁾								
1912	124.134	89	5.150	25	107.176	49	15.349	01
1913	200.426	47	9.895	23	188.904	55	29.592	61
1914	122.342	84	3.822	54	130.633	45		
g) Landesfürstliche Steuern samt Zuschlägen								
1910	213,973.566	60	10,479.958	36	201,419.638	48	19,762.658	39
1911	223,825.673	13	7,594.027	77	206,339.406	04	22,863.898	60
1912	239,250.159	64	8,550.387	17	225,882.406	66	29,465.715	60
1913	224,535.257	67	9,396.752	69	246,886.998	51	21,188.336	19
1914	286,636.155	56	11,508.739	95	268,289.541	78		

¹⁾ Siehe die gleiche Anmerkung auf Seite 268. — ²⁾, ³⁾, ⁴⁾ Vgl. die Anmerkungen 3, 4 und 5 auf Seite 268. —⁵⁾ Ohne die Beträge an früherer Erwerb- und Einkommensteuer. — ⁶⁾ Siehe die 1. Anm. zur Tabelle auf Seite 232.

1) Weitere Daten betreffend die Einhebung der direkten Steuern.

1. Einzahlung von Steuern mittels der Postsparkassa-Einzahlungsscheine in den Jahren 1910—1914.

Jahr	Anzahl der Einzahlungen im Postsparkassenverkehr	Eingezahlter Betrag	
		K	h
1910	403.594	95,637.511	91
1911	474.894	117,479.487	25
1912	521.076	128,266.897	05
1913	573.542	153,679.228	33
1914	572.865	174,646.942	42

2. Aus Anlaß der Bemessung und Einhebung der direkten Steuern in den Jahren 1910—1914 beim städtischen Steueramte eingegangene Strafbeträge, Verzugszinsen und Exekutionsgebühren.

Werden die direkten Steuern samt Staatszuschlägen nicht spätestens 14 Tage nach Ablauf der Einzahlungstermine entrichtet, so tritt die Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen für den Staat ein, insoferne die Steuergebühr für das ganze Jahr 100 K übersteigt. An Verzugszinsen ist für je 100 K und für jeden Tag $1\frac{3}{10}$ Heller von dem auf den Einhebungstermin nächstfolgenden Tage an bis zur Abstattung der fälligen Schuldigkeit zu entrichten. (Gesetz vom 23. Jänner 1892, R.-G.-Bl. Nr. 26.) Für rückständige Gemeindezuschläge zu den direkten Staatssteuern und für rückständige Mietzinsheller werden auch Verzugszinsen für die Gemeinde, und zwar seit 1. Jänner 1895 $1\frac{3}{10}$ Heller pro 100 K und Tag berechnet. (Gemeinderatsbeschluss vom 11. Jänner 1895, mit Beziehung auf das Landesgesetz vom 6. Juli 1877, L.-G.-Bl. Nr. 18.)

Die Einhebung der Exekutionsgebühren (10 h, bzw. 20 h täglich) gründet sich auf das kaiserliche Patent vom 20. Jänner 1814 und die Allerhöchste Entschliessung vom 3. November 1858. (Finanz-Ministerial-Erlaß vom 7. November 1858, Z. 5530.)

Jahr, bzw. Steuergattung	Strafbeträge ¹⁾ (für den Staat)		Verzugszinsen ²⁾ für rückständige				Exekutions- gebühren (für die Gemeinde)	
			Staatssteueru		Gemeindezu- schläge und Miet- zinsumlagen			
	K	h	K	h	K	h	K	h
1910	525.061	01	369.629	90	69.068	14	393.464	93
1911	500.292	31	386.767	37	74.317	28	397.499	96
1912	622.670	52	446.792	30	86.094	93	417.058	32
1913	600.040	39	526.560	62	103.818	49	440.091	40
1914	442.430	12	568.785	28	115.901	74	362.536	69
u. zw. im Jahre 1914:								
Grundsteuer	—	—	265	10	71	24	1.370	11
Gebäudesteuer vom Zins- ertrage steuerbarer Gebäude	29.160	95	67.207	11	80.469	14	51.654	26
Gebäudesteuer vom Zins- ertrage steuerfreier Gebäude	5	37	12.582	92	171	31	139	87
Allgemeine Erwerbsteuer .	69.921	38	92.390	46	21.917	70	131.168	71
Erwerbst. v. Unternehmungen, welche d. öffentl. Rechnungslegung unterliegen .	6.100	—	34.023	50	7.658	65	694	01
Erwerbst. von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	—	—	5.906	25	1.386	41	1.520	06
Rentensteuer	1.062	80	—	—	—	—	—	—
Personal- Einkommensteuer	336.179	62	355.662	66	4.227	29	175.989	67
Besoldungssteuer	—	—	—	—	—	—	—	—
Tantiemenabgabe	—	—	747	28	—	—	—	—
Frühere Erwerbsteuer . . .	—	—	—	—	—	—	—	—
Frühere Einkommensteuer .	—	—	—	—	—	—	—	—

1) Wegen unrichtiger Angaben oder gänzlicher Unterlassung des Steuerbekenntnisses. — 2) Nach Analogie der kaiserl. Verordnung vom 16. Juli 1904, R.-G.-Bl. Nr. 79, wurden an Vergütungszinsen von nicht rechtsbeständig vereinnahmten Gemeindeumlagen im Berichtsjahre 7 K 82 h ausbezahlt. Die auf Grund der kaiserl. Verordnung vom 16. Juli 1904, R.-G.-Bl. Nr. 79, zu leistenden Vergütungszinsen für Staatssteuerbeträge werden seit dem Jahre 1908 von der k. k. Finanz-Landesdirektion direkt ausbezahlt. — 3) Die Nebengebühren zu diesen 3 Steuern werden ab 1914 gemeinsam verrechnet.

3. Strafen bei Verheimlichung des Zinsertrages und Ordnungsstrafen nach § 250 des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R.-G.-Bl. Nr. 220, in den Jahren 1910—1914.

Nach § 11 des Gebäudesteuerpatentes (Hofkanzlei-Dekret vom 29. Februar 1820) hat bei Entdeckungen von Verheimlichungen des Zinsertrages der Eigentümer den Zins des ganzen Hauses oder des Teiles desselben ganz oder zum Teile, je nachdem die Verheimlichung auf das ganze Haus, auf einen Teil desselben, auf den ganzen Zins oder einen Teil desselben sich erstreckt, als Strafbetrag zu entrichten; ferner ist der entfallende doppelte Steuerbetrag für die Zeitdauer der Verheimlichung zu entrichten; diese letzteren Beträge sind in der Vertikalspalte „Strafbeträge (für den Staat)“ der vorhergehenden Tabelle enthalten. — Der § 250 des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R.-G.-Bl. Nr. 220, bestimmt, daß Steuerpflichtige, Auskunftspersonen und Sachverständige, sowie die zur Erstattung von Anzeigen verpflichteten Personen, welche ohne genügenden Entschuldigungsgrund den auf Grund dieses Gesetzes von den Steuerbehörden, den Kommissionen oder deren Vorsitzenden an sie gerichteten Aufträgen und Aufforderungen keine Folge leisten, sofern diese Außerachtlassungen nicht eine in den §§ 239 bis 249 bezeichnete strafbare Handlung (Steuerhinterziehung, wissentlich unwahre Angaben der Sachverständigen und Auskunftspersonen, Steuerverheimlichung) bilden, von den genannten Organen mit Ordnungsstrafen bis 200 K bestraft werden können. Der gleichen Strafe unterliegen die in diesem Gesetze speziell mit Ordnungsstrafen bedrohten Unterlassungen.

Jahr	Verheimlichung des Zins- ertrages		Ordnungsstrafen nach § 250 des Gesetzes vom 25. Oktober 1896	
	eingezahlte Strafbeträge			
	K	h	K	h
1910	12.370	94	8.120	40
1911	3.558	47	9.220	17
1912	14.726	53	13.289	99
1913	14.187	54	7.232	84
1914	1) 1.084	19	9.527	10

1) Angeberprämien im Sinne des § 11 des Gebäudesteuerpatentes gelangten im Berichtsjahre nicht zur Auszahlung.

4. Taxen und Gebühren, welche in den Jahren 1910—1914 vom städtischen Steueramte für den Staat zugleich mit den direkten Steuern eingehoben worden sind.

Die Kommissionsgebühren sind von solchen Gebäudesteuerpflichtigen zu entrichten, für welche das Steuerbekenntnis, das sie zu erstatten unterlassen haben, durch kommissionelle Erhebung festgestellt werden muß. — Eingaben, wodurch der selbständige Betrieb eines freien oder handwerksmäßigen Gewerbes bei der Behörde angemeldet oder die zum Gewerbebetriebe erforderliche Konzession der Behörde angefordert wird, ferner um Befugnisse zu Privatagenten sind in Wien mit einer Stempelgebühr von 8 K vom ersten Bogen zu versehen. Für den Fall, als 5% des Jahresbetrages der von dem Gewerbebetriebe entfallenden Erwerbsteuer die für den ersten Bogen der Eingabe zu entrichtende feste Stempelgebühr übersteigen, ist dieser Mehrbetrag zugleich mit der Erwerbsteuer zur unmittelbaren Entrichtung vorzuschreiben und mit der ersten Rate derselben zu erlegen. Dieser Mehrbetrag ist die sogenannte Gewerbe-Verleihungs-Taxe. Anmeldungen bei der Gewerbebehörde, welche nur aus Anlaß von Änderungen in den Personen der Mitglieder oder Vertreter einer handelsgerichtlich protokollierten Firma erfolgen, unterliegen bloß der bestimmten festen Gebühr. (Gesetz vom 24. Februar 1905, R.-G.-Bl. Nr. 32.) — Eingaben um Eintragung in die vom Handelsgerichte zu führenden Handelsregister, u. zw. um Eintragung der Firma oder der Änderung einer bereits eingetragenen Firma oder der Inhaber derselben unterliegen, wenn die Eintragung ausschließlich eine Firma ohne Zweigniederlassung betrifft, vom ersten Bogen einer Stempelgebühr von 15 K; in allen anderen Fällen vom ersten Bogen 20 K. Für den Fall, als 5% der von der eingetragenen Unternehmung für das Eintragungsjahr zu zahlenden Erwerbsteuer obige für den ersten Bogen der Eingabe zu entrichtende feste Stempelgebühr übersteigen, ist dieser Mehrbetrag zur unmittelbaren Entrichtung vorzuschreiben. Dies sind die sogenannten Firma-Protokollierungs-Taxen. — Erfolgt die Eintragung vom Beginne des Gewerbebetriebes der Unternehmung, so ist die ganzjährige Steuer des ersten Betriebsjahres der Bemessung dieser Gebühr zu Grunde zu legen. Änderungen und Zusätze, welche die Übersetzung der Firma in eine andere Sprache, das Nachfolgeverhältnis oder die Beziehung des gegenwärtigen zum früheren Geschäftsinhaber, die Unterscheidung der Firma von gleichnamigen Firmen oder andere bloße Aufklärungen über die im Inhalte gleichbleibende Firma enthalten, sowie Änderungen einer Firma hinsichtlich der Bezeichnung des Gewerbebetriebes, welche nicht eine Erweiterung oder Umänderung des Gewerbebetriebes zum Gegenstande haben, unterliegen nur der Stempelgebühr von 1 K für jeden Bogen. Die Bestimmung des Handelsgesetzes über die Firmen, die Handelsbücher und Procura findet auf alle Kaufleute Anwendung, welche von dem Erwerbe aus ihrem Geschäftsbetriebe an einjähriger staatlicher Erwerbsteuer in Orten mit einer Bevölkerung von mehr als 100.000 Einwohnern wenigstens 120 K entrichten. (Gesetz vom 24. Februar 1905, R.-G.-Bl. Nr. 32, und kaiserliche Verordnung vom 11. Juli 1898, R.-G.-Bl. Nr. 124.)

Tagen und Gebühren, welche in den Jahren 1910—1914 vom städtischen Steueramte für den Staat zugleich mit den direkten Steuern eingehoben worden sind.

Jahr	Kommissions-Gebühren		Gewerbe-Verleihungs-Tagen		Firma-Protokollierungs-Tagen	
	K	h	K	h	K	h
1910	1) 147	—	43.587	06	38.889	60
1911	52	50	31.083	06	58.161	25
1912	10	50	24.511	65	31.088	48
1913	52	50	43.580	47	48.129	21
1914	21	—	20.639	12	41.525	46

1) Eine Minuspост; die Ausgaben überstiegen die Einnahmen.

5. Steuerexecutionen in den Jahren 1910—1914.¹⁾

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Pfändungen							Realsteuerrestanten	Gegebene Sequestrationsaufträge	Vollzogene Mietzins-Sequestrationen
	Zugestellte exekutive Mahnungen ²⁾	Gegebene Pfändungsaufträge	Vollzogene Pfändungen	Wegen Mangels an Deckung unterbliebene Pfändungen	Vollzogene Transferierungen ³⁾	Zahl der Parteien, deren Pfandgegenstände veräußert worden sind	Zahl der Parteien, deren Pfandgegenstände veräußert worden sind			
1910	585.016	428.812	24.679	100.728	174	68	7572	3046	417	
1911	599.320	569.651	22.013	109.579	252	43	8438	3016	392	
1912	663.401	611.537	21.867	109.150	196	43	9902	3351	397	
1913	654.331	674.349	23.289	130.474	122	11	9640	3706	376	
1914	657.225	774.778	17.913	109.310	282	15	9973	3465	452	
und zwar 1914 im Gemeindebezirke:	I (Innere Stadt)	35.074	32.769	765	1.888	2	—	137	33	2
	II (Leopoldstadt)	61.137	97.570	5.213	16.988	204	7	636	209	23
	III (Landstraße)	49.242	57.325	574	6.899	—	—	525	207	12
	IV (Wieden)	26.409	24.548	636	1.625	8	—	192	97	2
	V (Margareten)	36.614	49.403	894	7.051	—	2	421	109	30
	VI (Mariahilf)	29.582	30.678	565	3.681	4	1	270	68	1
	VII (Neubau)	31.722	33.854	648	2.700	—	—	318	98	3
	VIII (Josefstadt)	16.943	19.527	819	2.076	—	1	184	63	9
	IX (Alsergrund)	32.854	43.196	1.430	3.025	10	2	474	137	17
	X (Favoriten)	41.000	50.806	407	9.070	1	—	709	240	30
	XI (Simmering)	15.410	13.093	9	2.682	—	—	336	148	57
	XII (Meidling)	31.225	39.377	374	8.485	—	—	625	308	25
	XIII (Hietzing)	36.226	39.647	618	4.696	—	—	1345	272	45
	XIV (Rudolfsheim)	29.341	26.889	440	5.953	2	—	374	151	28
	XV (Fünfhaus)	16.076	20.973	616	3.036	—	1	212	56	1
	XVI (Donaufeld)	49.915	70.803	1.065	8.015	32	—	186	294	48
	XVII (Hernals)	27.834	34.835	1.028	6.595	4	—	593	172	22
	XVIII (Döbling)	23.728	20.247	541	3.108	—	—	551	248	5
	XIX (Döbling)	13.594	10.186	296	1.021	14	1	563	124	20
	XX (Brigittenau)	26.160	35.435	636	6.591	1	—	550	209	24
	XXI (Floridsdorf)	27.139	23.617	339	4.125	—	—	772	222	48

1) Mahnungen werden zugestellt, Pfändungsaufträge gegeben und Pfändungen vollzogen nach Ablauf jeder Einzahlungsfrist, also jährlich 2mal, bei einigen Steuergattungen 4mal. Hier ist die Summe der zu allen Zahlungsfristen des bezeichneten Jahres vorgenommenen Exekutionsschritte eingesetzt. Dasselbe ist der Fall bezüglich der Realsteuerrestanten, welche die Summe der in jedem der vier Quartale im Rückstand befindlichen Hauseigentümer bildet; ebenso sind die Sequestrationsaufträge aller vier Quartale hier zusammen gerechnet. — 2) Hier ist jede derartige Amtshandlung des Exekutionsamtes gezählt, wobei ein Fall auch mehrmals vorkommen kann (z. B. bei Überföhlungen). — 3) Darunter sind auch solche Transferierungen enthalten, welche nicht wegen Zahlungsunfähigkeit der Parteien, sondern zur Sicherstellung solcher Steuerbeträge vorgenommen werden, gegen deren Vorschreibung Rekurse im Zuge sind. — 4) Darunter 101.370 aus dem Jahre 1909. — 5) Darunter 115.284 aus dem Jahre 1910. — 6) Darunter 113.264 aus dem Jahre 1911. — 7) Darunter 136.086 aus dem Jahre 1912. — 8) Darunter 147.325 aus dem Jahre 1913.

6. **Erfutiv eingehobene Steuerbeträge in den Jahren 1910—1914.**

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Abfuhr durch die Erfutiv-Beamten an das städt. Steueramt			Gingang durch Veräußerung von Pfand- gegenständen		Gingang durch Mietzins- Sequestrationen		
	Zahl der Posten	Betrag		K	h	K	h	
		K	h					
1910	130.437	6,664.406	64	58.973	92	149.454	03	
1911	137.353	7,292.182	38	66.970	62	143.741	36	
1912	134.441	7,738.330	22	74.270	85	176.674	—	
1913	148.183	8,709.881	24	2.857	21	170.570	50	
1914	122.043	7,504.622	11	2.536	57	191.553	62	
und zwar 1914 im Gemeindebezirke:	I (Innere Stadt)	15.708	2,152.671	80	190	18	17.915	69
	II (Leopoldstadt)	12.837	573.914	52	922	28	21.969	55
	III (Landstraße)	7.718	519.627	97	—	—	5.615	78
	IV (Wieden)	4.243	311.810	04	—	—	2.591	04
	V (Margareten)	4.936	216.793	47	923	74	14.368	28
	VI (Mariahilf)	6.873	593.771	30	152	62	728	57
	VII (Neubau)	5.818	470.769	42	—	—	5.055	76
	VIII (Josefstadt)	4.806	225.394	63	61	61	2.599	53
	IX (Alsergrund)	5.394	324.921	73	163	42	15.988	87
	X (Favoriten)	6.569	344.339	98	—	—	12.748	91
	XI (Simmering)	2.172	46.389	31	—	—	7.737	74
	XII (Meidling)	3.617	147.595	70	—	—	8.724	68
	XIII (Giezing)	3.617	171.895	89	—	—	17.183	15
	XIV (Rudolfsheim)	5.604	175.787	63	—	—	13.869	79
	XV (Fünfhaus)	3.399	92.306	22	—	—	285	—
	XVI (Ottakring)	7.132	167.499	07	—	—	12.305	—
	XVII (Hernals)	5.923	228.885	06	—	—	6.846	60
	XVIII (Währing)	2.997	96.151	34	—	—	523	81
	XIX (Döbling)	2.920	196.695	69	122	72	7.076	33
	XX (Brigittenau)	5.342	264.574	35	—	—	10.330	89
	XXI (Floridsdorf)	4.418	182.826	99	—	—	7.088	65

2. **Verbrauchssteuern.**

A. Staatssteuern. — Der l. f. Verzehrungssteuer sind in Österreich unterworfen: Wein, Weinmost und Obstmost, Bier, Branntwein, Fleisch von Schlacht- und Stechvieh, Zucker, Mineralöl und Spiritus-Preßhese. In 9 für die Verzehrungssteuer-Entrichtung als geschlossen erklärten Städten Österreichs, darunter in Wien¹⁾, unterliegen der l. f. Verzehrungssteuer noch einige andere Gegenstände; in Wien Geflügel, Wildbret und Federwild, Fische und Schattiere. Das Ausmaß der l. f. Verzehrungssteuer ist in Wien bei Wein, Most, Obstmost, Bier und Fleisch höher als auf dem „flachen Lande“, wogegen für Branntwein, Zucker, Mineralöl und Spiritus-Preßhese überall dasselbe Ausmaß gilt.

Branntwein, welcher innerhalb der Zoll-Linie erzeugt wird, unterliegt einer Abgabe, die nach Verschiedenheit der Brennereien als Produktionsabgabe bei der Erzeugung oder als Konsumabgabe bei dem Übergange des Branntweines aus der amtlichen Kontrolle in den freien Verkehr zu entrichten ist; die Produktionsabgabe beträgt 90 Heller für jeden Hektoliter und jeden Alkoholgrad nach dem vorgeschriebenen hundertteiligen Alkoholometer (Hektolitergrad Alkohol gleich 1 Liter Alkohol); die Konsumabgabe hat zweierlei Sätze, nämlich 90 h und 1 K 10 h für jeden Hektolitergrad (Liter) Alkohol. Welche Alkoholmenge von sämtlichen unter die Konsumabgabe fallenden Brennereien Österreichs in einem Betriebsjahre zum niedrigeren Satze erzeugt werden darf, ist durch ein besonderes Gesetz bestimmt, ebenso der auf die einzelnen Brennereien dieser Art entfallende Anteil. Frei von der Konsumabgabe ist derjenige Branntwein, welcher über die Zoll-Linie ausgeführt oder welcher zu gewerblichen Zwecken (Eisigbereitung nur für den niedrigeren Satz), zum Kochen, Heizen, Buzen, zur Beleuchtung und zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet wird. Für den abgabefrei angewiesenen Alkohol ist jedoch eine Kontrollgebühr von 3 h per Liter Alkohol zu entrichten — Kontrollgebühr für die Denaturierung von Branntwein. In der Regel ist zur Zahlung der Produktionsabgabe der Brennerei-Unternehmer, zur Zahlung der Konsumabgabe derjenige verpflichtet, welcher den Branntwein zur freien Verfügung erhält.²⁾

Den Landesfonds der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder wird, insoweit sie keine Landesauslagen auf gebrannte geistige Flüssigkeiten einheben, aus dem Bruttoertrage der Branntweinabgabe (abzüglich der Gefällsrückgaben und Restitutionen) jene Summe überwiesen, welche auf den Teilbetrag von 20 h der Abgabesätze von 90 h und 1 K 10 h entfällt. Die Überweisungsbeträge

¹⁾ Außerdem in Linz, Graz, Laibach, Triest, Prag, Brünn, Lemberg und Krakau. — ²⁾ Die Gesetze vom 20. Juni 1888, R.-G.-Bl. Nr. 95, und vom 8. Juli 1901, R.-G.-Bl. Nr. 86, dann die kaiserlichen Verordnungen vom 17. Juli 1899, R.-G.-Bl. Nr. 120, und vom 19. Juli 1900, R.-G.-Bl. Nr. 127, und die zu jenen Gesetzen erlassenen Verordnungen.

werden an die einzelnen Landesfonds nach einem Prozentualschlüssel verteilt. Danach beträgt der Anteil Niederösterreichs 10,7662 %.

Die Gemeinde Wien erhält auf Grund des Gesetzes vom 7. November 1901, L.-G.-Bl. Nr. 76, bzw. auf Grund des Landesauschussesbeschlusses vom 13. Oktober 1909 die Hälfte des seitens des Staates an das Land Niederösterreich überwiesenen Betrages zur freien Verfügung.

Zucker jeder Art, aus Rohstoffen oder aus Rückständen einer früheren Zuckererzeugung erzeugt, unterliegt einer Verbrauchsabgabe, und zwar: Rübenzucker und Zucker von gleicher Art (Rohrzucker) in jedem Zustande der Reinheit mit Ausnahme von zum menschlichen Genuß nicht geeignetem Sirup für 100 kg netto 38 K, Zucker anderer Art für 100 kg netto 6 K. Zur Zahlung der Abgabe ist in der Regel der Unternehmer der Zuckererzeugung, bzw. derjenige verpflichtet, für den die Auslagerung unbesteuerter Zuckererzeugnisse aus einem Freilager erfolgt. (Gesetz vom 20. Juni 1888, R.-G.-Bl. Nr. 97, kaiserl. Verordnung vom 17. Juli 1899, R.-G.-Bl. Nr. 120, Gesetz vom 31. Jänner 1903, R.-G.-Bl. Nr. 26.) Da in Wien eine Zucker-Erzeugungsstätte nicht besteht, so hat sich der im folgenden ausgewiesene Ertrag anlässlich der Auslagerung aus einem Freilager ergeben.

Mineralöl, welches mittels Raffinierung (Reinigung) dargestellt wird und dessen Dichte bei der Temperatur von 12 Grad Reaumur 870, aber nicht 880 Grade (Tausendstel der Dichte des reinen Wassers) überschreitet, unterliegt einer Verbrauchssteuer von 13 K für je 100 kg Nettogewicht, welche von dem Unternehmer der Mineralöl-Raffinierung zu entrichten ist. (Gesetz vom 26. Mai 1882, R.-G.-Bl. Nr. 55, und vom 21. Mai 1887, R.-G.-Bl. Nr. 52.)

Preßhefe. — Wird mit der Branntwein-Erzeugung zugleich die Erzeugung einer zum Absatze bestimmten Hefe verbunden, so ist von dem Brennerei-Unternehmer von jedem erzeugten, bzw. bei der Erzeugung der Produktionsabgabe unterliegenden Liter Alkohol eine Abgabe im Betrage von 5 h zu entrichten. (Gesetz vom 20. Juni 1888, R.-G.-Bl. Nr. 95.)

Von Bier ist sowohl in den „geschlossenen Städten“ als auch auf dem „offenen Lande“ bei der Erzeugung eine allgemeine Verzehrungssteuer zu entrichten, welche von jedem Hektoliter und Saccharometergrade Bierwürze mit 34 h bemessen ist. Für die „geschlossenen Städte“ kommt noch bei der Einfuhr die Linien-Verzehrungssteuer, bei der Erzeugung innerhalb der Linien der Biersteuerzuschlag hinzu. Da es sich hier um eine Besteuerung des örtlichen Verbrauches handelt, so finden bei der Ausfuhr aus den „geschlossenen Städten“ Rückvergütungen statt. In Wien beträgt die staatliche Linien-Verzehrungssteuer von Bier 2 K per hl Bier, der staatliche Biersteuerzuschlag 1 K 90 h per hl Bierwürze; bei der Ausfuhr des im Linien-Verzehrungssteuergebiete erzeugten Bieres wird, wenn die Sendung mindestens $\frac{1}{2}$ hl umfaßt, die Rückvergütung dieses Zuschlagsbetrages mit 2 K per hl Bier geleistet; bei der Ausfuhr von Bier in Flaschen wird ohne Rücksicht auf die Herkunft die Rückvergütung bei Sendungen von $\frac{1}{2}$ hl aufwärts gewährt, auch wenn die Sendung aus mehreren von demselben Aufgeber herrührenden Frachtpücken besteht.

Durch das niederösterreichische Landesgesetz vom 25. November 1904, L.-G.-Bl. Nr. 89, wurde eine Landesauflage auf den Verbrauch von Bier, wirksam seit 1. Jänner 1905, in der Höhe von 1 K 70 h per Hektoliter eingeführt, zu deren Entrichtung die Unternehmer von Bierbrauereien und selbständigen Bierniederlagen, sonstige Bierausfischer und -verschleißer für noch nicht veraufлагtes Bier, endlich Private verpflichtet sind, die letzteren für außerhalb des Landes bezogenes Bier. Im Wiener Gemeindegebiete wurden im Jahre 1909: 2,552,033 hl, im Jahre 1910: 2,680,563 hl, im Jahre 1911: 2,959,282 hl, im Jahre 1912: 2,916,283 hl und im Jahre 1913: 2,959,045 hl Bier der Auflage unterzogen. Der Anteil der Gemeinde Wien an der Landesauflage auf den Verbrauch von Bier belief sich 1910 auf 4,026,639 K 35 h, 1911 auf 4,831,090 K 20 h, 1912 auf 4,869,154 K 34 h, 1913 auf 3,046,814 K und 1914/15 auf 2,727,313 K.

B. Gemeinde-Steuern und Zuschläge. — Zuschläge zur staatlichen Verzehrungssteuer für Gemeindezwecke dürfen bloß den Verbrauch im Gemeindegebiete, nicht die Produktion und den Handelsverkehr treffen. (Gesetz vom 5. März 1862, R.-G.-Bl. Nr. 18.) In Wien wird zu der staatlichen Linien-Verzehrungssteuer von Bier bei dessen Einfuhr, dann zum ärarischen Biersteuerzuschlage bei der Biererzeugung im Linien-Verzehrungssteuergebiete ein 100prozentiger Gemeindezuschlag eingehoben bzw. bei der Ausfuhr rückvergütet (Ges. v. 19. Dezember 1891, L.-G.-Bl. Nr. 58); zu der staatlichen Linien-Verzehrungssteuer von den übrigen im Tarife angeführten Gegenständen läßt die Gemeinde einen 30prozentigen Zuschlag einheben.

Die Gemeinden können aber auch auf Grund eines Landesgesetzes Verzehrungssteuern einführen.

So besteht in Wien eine kommunale Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, die sogenannte Spiritsteuer (zuletzt geregelt mit Ges. v. 27. Juni 1910, L.-G.-Bl. Nr. 144). Von derartigen Flüssigkeiten, deren Alkoholgehalt mit dem vorgeschriebenen Alkoholometer erhoben werden kann, beträgt das Ausmaß der Gemeindeabgabe bei der Einfuhr über die Verzehrungssteuerlinie 36 h per Hektolitergrad (gleich einem Liter Alkohol); von gebrannten geistigen Flüssigkeiten hingegen, deren Alkoholgehalt mit dem vorgeschriebenen Alkoholometer nicht erhoben werden kann, bei der Einfuhr über die Verzehrungssteuerlinie per Hektoliter 19 K 80 h; das Ausmaß der Abgabe von alkoholischen Essenzen beträgt 25 K 20 h per Hektoliter. Von der Gemeindeabgabe sind jene gebrannten geistigen Flüssigkeiten befreit, welche die Befreiung von der staatlichen Branntwein-Konsumabgabe genießen.

Nach dem Gesetze vom 27. Dezember 1909, L.-G.-Bl. Nr. 1 ex 1910 ist die Gemeinde Wien berechtigt, in dem außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegenen Gemeindegebiets-teile eine Gemeinde-Bieraufgabe von 2 K per Hektoliter vom 1. Jänner 1910 bis 31. Dezember 1919 einzuhoben.

Das Wiener Linien-Verzehrungssteuergelände fällt seit 21. Dezember 1891 fast ganz mit dem bis Ende 1904 bestandenen Gemeindegebiete zusammen; bloß der auf dem linken Ufer der regulierten Donau befindliche Teil des Gemeindegebietes (Kaisermühlen) im II. Gemeindebezirke mit ungefähr 6636 Personen sowie das ganze 1905 und 1910 einbezogene Gebiet des XXI. Gemeindebezirkes mit 82.571 Einwohnern Ende 1911 liegt außerhalb der Verzehrungssteuerlinie und wird nach den für das „offene Land“ geltenden Verzehrungssteuer-Vorschriften behandelt.

Die Einhebung der Gemeindezuschläge zu den ärarischen Verbrauchssteuern, dann der kommunalen Spritsteuer wird durch staatliche Organe besorgt; ein Entgelt ist von der Gemeinde für die Einhebung der Spritsteuer nur insoweit zu leisten, als Auslagen erwachsen, welche in dem Kostenaufwande, den die staatliche Linien-Verzehrungssteuer in Wien samt ihren Gemeindezuschlägen, bzw. die staatliche Branntweinbesteuerung in Wien fordert, die Deckung nicht finden.

Zur Erläuterung der folgenden Tabellen ist noch beizufügen: Der innerhalb der Verzehrungssteuerlinie erzeugte Kunst- und Halbwein unterliegt der Verzehrungssteuer nach den für die Weineinfuhr aufgestellten Sätzen (Gesetz vom 30. März 1882, R.-G.-Bl. Nr. 45). Auch Wein und Weinmost, innerhalb der Verzehrungssteuerlinie, erzeugt aus Trauben der innerhalb der Linie gelegenen Weingärten, ist, wofern diese Getränke nicht über die Linie ausgeführt werden, wie bei der Einfuhr zu besteuern; jedoch können mit Personen, welche als Eigentümer oder Pächter einen solchen Weingarten bewirtschaften, um aus dessen Trauben Weinmaische, bzw. Weinmost innerhalb der Linie zu bereiten, Abfindungen für die Zeit von einer Weinernte bis zur nächstfolgenden abgeschlossen werden (Gesetz vom 10. Mai 1890, R.-G.-Bl. Nr. 78, dann Verordnung der k. k. Finanz-Landesdirektion in Wien vom 12. Juli 1891, L.-G.-Bl. Nr. 41).

Über den Anteil der Gemeinde an dem Ertrage der staatlichen Liniensteuer und an der Landes-Bieraufgabe vgl. auch Seite 147.

1. Ertrag sämtlicher Verbrauchssteuern in den Jahren 1910—1914/1915. 1)

a) Im allgemeinen.

Jahr	Linien-Verzehrungssteuer						zusammen
	Wein, Wein- und Obstmost, Weintrauben ²⁾	Bier		Gebraute geistige Flüssigkeiten ³⁾	Schlacht- und Stechvieh, Fleischwaren	Geflügel, Wildbret, Federwild, Fische zc.	
		bei der Einfuhr in das Verzehrungssteuergelände	innerhalb der Verzehrungssteuerlinie erzeugt und verbraucht				
Ertrag in Kronen							
Ertrag für den Staat							
1910	6,179.334	5,452.771	—	8,080.189	1,464.637	21,176.931	
1911	5,985.940	5,887.308	—	8,368.166	1,496.387	21,737.801	
1912	5,850.968	5,904.799	—	8,829.630	1,466.787	22,052.184	
1913	4,797.288	5,986.996	—	8,772.097	1,488.075	21,044.456	
1914 ⁶⁾	2,130.836	2,949.411	—	4,546.804	500.247	10,127.298	
1914/15	3,967.240	4,772.070	—	7,482.095	967.477	17,188.882	
Ertrag für die Gemeinde ⁴⁾							
1910	1,853.800	⁵⁾ 5,446.729	1,788.607	2,424.057	439.391	11,952.584	
1911	1,795.782	⁵⁾ 5,880.803	1,822.322	2,510.450	448.916	12,458.273	
1912	1,755.290	⁵⁾ 5,901.565	1,881.260	2,648.889	440.036	12,627.040	
1913	1,435.682	⁵⁾ 5,405.757	2,278.931	2,619.931	446.118	12,186.419	
1914 ⁶⁾	633.011	⁵⁾ 1,639.475	1,042.710	1,364.051	150.063	4,829.310	
1914/15	1,190.172	⁵⁾ 2,483.876	2,087.977	2,224.629	290.243	8,276.897	
Gesamtertrag							
1910	8,033.134	10,899.500	1,788.607	10,504.246	1,904.028	33,129.515	
1911	7,781.722	11,768.111	1,822.322	10,878.616	1,945.303	34,196.074	
1912	7,606.258	11,806.364	1,881.260	11,478.519	1,906.823	34,679.224	
1913	6,232.970	11,392.753	2,278.931	11,392.028	1,934.193	33,230.875	
1914 ⁶⁾	2,763.847	4,588.886	1,042.710	5,910.855	650.310	14,956.608	
1914/15	5,157.412	7,255.946	2,087.977	9,726.724	1,257.720	25,485.779	

¹⁾ Die Angaben dieser Tabelle sind den vom k. k. Finanzministerium veröffentlichten Ausweisen über die Ergebnisse der Verzehrungssteuer entnommen; Ausnahmen sind in der 3., 4. und 5. Anmerkung hier und der 1. Anmerkung auf der folgenden Seite angeführt. — ²⁾ Mit Einschluß des Ertrages der im Wege der Abfindung eingehobenen Verzehrungssteuer für Wein und Most, welcher aus Trauben der innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegenen Weingärten erzeugt wurde (der Ertrag für den Staat war 1910: 14.955 K, 1911: 8642 K, 1912: 9161 K, 1913: 9597 K, 1914: 4.394.80 K, 1914/15: 10.282 K). — ³⁾ Nach den Haupt-Rechnungsabschlüssen der Gemeinde, Spalte: Abstattung. Die Rückvergütungen sind in Abrechnung gebracht. — ⁴⁾ Bis auf die Beträge in der 5. Spalte sind alle anderen aus dem Ertrage für den Staat berechnet. Außerdem erhält die Gemeinde Anteile von dem Ertrage der staatlichen Linienverzehrungssteuer und Branntweinabgabe, dann an der Landes-Bieraufgabe. Siehe diese auf Seite 147. — ⁵⁾ Nach dem Haupt-Rechnungsabschlüsse, 1. Teil, mit Einschluß des Bierdiskontorückerganges und des Abfindungsbetrages sowie nach Abzug des Bierdiskontos und der Rückvergütungen für die über die Verzehrungssteuerlinie ausgeführten Mengen des in Wien erzeugten Bieres. — ⁶⁾ I. Halbjahr 1914.

(Fortsetzung.)

Jahr	Allgemeine Verzehrungssteuer der außerhalb der Steuerlinie liegenden Gebietsteile der Gemeinde ¹⁾			Gemeinde-Bieraufgabe ²⁾	Sonstige Verbrauchssteuern ³⁾	Hauptsumme ⁴⁾
	Wein u. Most	Fleisch	zusammen			
Ertrag für den Staat in Kronen						
1910	57.200	90.380	147.580	—	15.902.413	37.374.504
1911	57.200	90.980	148.180	—	17.932.884	39.967.045
1912	57.200	90.980	148.180	—	20.879.673	43.228.217
1913	63.200	97.600	160.800	—	21.707.595	42.912.851
1914	59.000	95.000	154.000	—	27.498.818	37.934.116
Ertrag für die Gemeinde ⁵⁾						
1911	17.160	28.508	45.668	302.817	—	12.852.426
1912	17.160	28.508	45.668	304.004	—	13.022.380
1913	18.960	29.280	48.240	271.718	—	12.506.377
1914	9.330	14.379	23.709	129.920	—	5.006.648
1./I. - 30./VI. 1914/15	18.360	29.358	47.718	259.800	—	8.632.133
Gesamtertrag						
1910	74.360	117.494	191.854	251.343	15.902.413	49.666.979
1911	74.160	119.488	193.848	302.817	17.932.884	52.819.271
1912	74.360	119.488	193.848	304.004	20.879.673	56.250.597
1913	82.160	126.880	209.040	271.718	21.707.595	55.419.228
1914	6) —	—	—	—	—	—

1) Der Ertrag für den Staat ist von den k. k. Finanz-Bezirks-Direktionen Wien und Korneuburg unmittelbar mitgeteilt und bezieht sich auf den II. Gemeindebezirk (Kaisermühlen) und seit 1906 auch auf den XXI. Gemeindebezirk. — 2) Siehe den Text auf Seite 275 unter B. Die Rückvergütungen sind in Abrechnung gebracht. — 3) Siehe die folgende Tabelle. — 4) Ohne die Verwaltungseinnahmen, über welche die Mitteilungen des k. k. Finanz-Ministeriums seit 1905 keine Angaben enthalten. — 5) Ohne die Anteile der Gemeinde am Ertrage der staatlichen Linienverzehrungssteuer und Branntweinabgabe und an der Landes-Bieraufgabe; siehe Seite 147. — 6) Die Zusammenfassung der Hauptsumme und des Gesamtertrages der Verbrauchssteuer ist nicht möglich, da letztere für den Staat nach Kalenderjahren, für die Gemeinde Wien nach Verwaltungsjahren berechnet wurden.

b) Insbesondere die von Gemeindezuschlägen freien Verbrauchssteuern.¹⁾

Jahr	Sonstige Verbrauchssteuern						zusammen
	Branntwein-Abgabe	Abgabe von der Preßhese- Erzeugung	Kontroll- gebühr für die Denaturierung von Branntwein	Biersteuer von der Bier- Erzeugung	Ver- brauchs- abgabe von Zucker	Ver- brauchs- steuer von Mineralöl	
Ertrag für den Staat in Kronen							
1910	5.370.608	332.945	175.504	5.307.474	2.966.554	1.749.328	15.902.413
1911	7.681.689	290.258	154.868	5.573.827	4.215.964	2) 16.278	17.932.884
1912	11.297.630	296.977	104.832	5.577.089	3.587.631	2) 15.514	20.879.673
1913	13.855.571	309.966	88.967	5.453.422	1.991.861	2) 7.808	21.707.595
1914	19.134.279	205.561	89.816	4.875.072	2.367.924	2) 449.058	27.498.818

1) Die hier eingetragten Beträge, welche vom k. k. Finanzministerium bekanntgegeben wurden, entsprechen nicht dem Konsum der betreffenden Steuergegenstände, sondern stellen die in Wien eingehobenen Steuersummen dar. — 2) Nach den Mitteilungen des Fach-Rechnungs-Departements VI des k. k. Finanzministeriums kommen Bollkettierungen für Mineralölsteuern bei den Wiener Linienämtern, wie sie in früheren Jahren für eine Wiener und für die Floridsdorfer Raffinerie stattfanden, nicht mehr vor, da diese Unternehmungen versteueretes Mineralöl aus Galizien und Schlessen beziehen. Die eingeklossenen geringfügigen Beträge betreffen Nachtragssteuern aus Abrechnungen für Benzinbezug.

2. Vinien-Verzehrungrsteuertarif und Ertrag der Vinien-

Tarifpost des staatlichen Tarifes	Gegenstand der Besteuerung	Maßstab der Belegung	Tariffaß					
			staatlicher		kommunaler		zusammen	
			K	h	K	h	K	h
1 a	Wein ²⁾ in Gebinden	1 hl	8	—	2	40	10	40
b	Flaschen	"	16	—	4	80	20	80
c	Weinmost und Weinmaische ³⁾	"	6	—	1	80	7	80
2	Weintrauben	100 kg	3	—	—	90	3	90
3	Obstmost	1 hl	2	—	—	60	2	60
—	Bier bei der Einfuhr ³⁾	"	2	—	2	—	4	—
—	Gebrannte geistige Flüssigkeiten, deren Alkoholgehalt mit dem Alkoholometer erhoben werden kann ⁴⁾	1 hl-Grad	—	—	—	36	—	36
—	Sonstige gebrannte geistige Flüssigkeiten ⁴⁾	1 hl	—	—	19	80	19	80
—	Alkoholische Essenzen	"	—	—	25	20	25	20
4 a	Rindvieh über 400 kg Lebendgewicht	1 Stück	14	—	4	20	18	20
b	Rindvieh bis 400 kg Lebendgewicht	"	7	—	2	10	9	10
c	Rindvieh bis 120 kg Lebendgewicht oder 100 kg geschlachtet (d. i. Kälber, einschließl. der Haut)	"	2	60	—	78	3	38
5 a	Schafe, Widder, Hammel (Schöpfe), Lämmer, Ziegen, Böcke, dann Stige über 10 kg lebend oder 8 kg geschlachtet	"	1	—	—	30	1	30
b	Stige bis 10 kg lebend oder 8 kg geschlachtet	"	—	60	—	18	—	78
6 a	Spanferkel bis 10 kg lebend oder 8 kg geschlachtet	"	1	—	—	30	1	30
b	Frischlinge, d. h. Schweine über 10—35 kg lebend oder über 8—25 kg geschlachtet	"	2	—	—	60	2	60
c	Schweine über 35 kg lebend od. 25 kg geschlachtet	"	4	—	1	20	5	20
7 a	Frisches Fleisch und andere zum menschlichen Genuße geeignete frische Teile von Rindern der L.-P. 4 a und b, dann von Tieren der L.-P. 5 a und b, Würste und Konservenfleisch	100 kg	5	—	1	50	6	50
b	Frisches Fleisch und andere zum menschlichen Genuße geeignete frische Teile von Kälbern (L.-P. 4c), dann v. Schweinen, mit Ausnahme von Speck und Fett, losgetrennt vom Fleische	100 kg	8	—	2	40	10	40
c	Fleisch, eingesalzen od. gepökelt, dann Rauchfleisch	"	10	—	3	—	13	—
d	Salami, gepökelte oder gesalzte Zungen	"	12	—	3	60	15	60
8 a	Truthühner, Kapane, dann Gänse in den Monaten März bis einschließl. Juni	1 Stück	—	50	—	15	—	65
b	Gänse von Anfang Juli bis Ende Februar u. Enten	"	—	30	—	90	1	20
c	Hühner und Tauben	"	—	8	—	2.4	—	10.4
9 a	Hirsche	"	7	—	2	10	9	10
b	Wildschweine über 17 kg und Damhirsche	"	6	—	1	80	7	80
c	Wildschweine (Frischlinge) bis 17 kg, Rehe, Gemsen	"	3	—	—	90	3	90
d	Hafen	"	—	30	—	9	—	39
10 a	Hirschfleisch, ausgehakt	100 kg	8	—	2	40	10	40
b	Alles andere ausgehakte Wildbret	"	12	—	3	60	15	60
11 a	Fasanen, Auerhühner, Birkhühner	1 Stück	—	80	—	24	1	04
b	Hafelhühner, Wildgänse, Trappen, Waldschnepfen, Wildenten mit Ausnahme der Duckenten	"	—	40	—	12	—	52
c	Rebhühner, Schnee- und Steinhühner, Moos-, auch Heide- und Wiesenschnepfen	"	—	20	—	6	—	26
d	Rohrhühner, Duckenten, Wildtauben	"	—	10	—	3	—	13
e	Krametsvögel, Wachteln und andere genießbare kleine Vögel	"	—	4	—	1.2	—	5.2
12 a	Fische und Schalthiere, genießbare, nicht besonders benannte ⁵⁾	"	—	4	—	1.2	—	5.2
b	Weißfische, Stockfische, Schellfische	100 kg	12	—	3	60	15	60
		"	2	—	—	60	2	60
	zusammen ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Die Ziffern des Ertrages sind nach den von der k. k. Finanz-Landes-Direktion an den Magistrat gesendeten Ausweisen zusammengestellt. Die versteuerten Mengen siehe im Abschnitte XVI. unter „Lebensmittel-Verbrauch“. — ²⁾ Über den hier nicht mitgerechneten Ertrag an Verzehrungssteuer für jenen Wein und Weinmost, welcher aus Trauben der innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegenen Weingärten erzeugt und im Wege der Abfindung besteuert wird, siehe die 2. Anmerkung auf Seite 276. — ³⁾ Nach dem Hauptrechnungsabschlusse,

Verzehrungssteuer in den Jahren 1913—1914/15.¹⁾

Ertrag								
1913			1914 (1. I.—30. VI.)			1914/15 (1. VII.—30. VI.)		
für den Staat	für die Gemeinde	zusammen	für den Staat	für die Gemeinde	zusammen	für den Staat	für die Gemeinde	zusammen
Kronen								
4,249.192	1,274.757	5,523.949	2,070.902	620.487	2,691.389	3,666.740	1,100.022	4,766.762
99.024	29.708	128.732	41.192	12.358	53.550	54.877	16.463	71.340
285.650	88.695	374.345	203	61	264	176.834	53.050	229.884
103.991	31.197	135.188	352	106	458	47.651	14.295	61.946
27.752	11.325	39.077	18.187	5.456	23.643	21.138	6.341	27.479
3,046.814	3,046.814	6,093.628	1,524.424	1,524.424	3,048.848	2,727.313	2,727.313	5,454.626
—	2,278.931	2,278.931	—	1,042.710	1,042.710	—	2,087.977	2,087.977
2,282.700	684.814	2,967.514	1,216.292	364.888	1,581.180	1,883.434	565.030	2,448.464
331.576	99.472	431.048	120.225	36.067	156.292	382.907	114.872	497.779
956.209	286.862	1,243.071	559.237	167.771	727.008	721.050	216.315	937.365
78.055	23.416	101.471	54.822	16.447	71.269	74.697	22.409	97.106
4.528	1.358	5.886	6.321	1.896	8.217	7.659	2.298	9.957
11.750	3.525	15.275	5.688	1.706	7.394	11.663	3.499	15.162
29.436	8.830	38.266	14.708	4.412	19.120	55.206	16.562	71.768
3,362.864	1,009.084	4,371.948	1,661.597	498.479	2,160.076	2,782.211	834.663	3,616.874
344.052	105.616	449.668	182.555	54.766	237.321	649.229	194.769	843.998
655.054	205.541	860.595	370.609	111.183	481.792	337.736	101.321	439.057
540.668	162.200	702.868	300.271	90.081	390.352	457.800	137.340	595.140
97.378	29.213	126.591	54.479	16.344	70.823	118.503	35.551	154.054
93.999	28.199	122.198	73.470	22.041	95.511	27.205	8.162	35.367
489.050	146.714	635.764	66.884	20.065	86.949	298.918	89.675	388.593
330.168	99.050	429.218	139.278	41.783	181.061	242.189	72.657	314.846
22.463	6.738	29.201	9.128	2.738	11.866	15.617	4.685	20.302
3.798	1.139	4.937	1.152	345	1.497	4.197	1.259	5.456
30.117	9.035	39.152	10.026	3.008	13.034	28.701	8.610	37.311
145.339	43.601	188.940	45.260	13.578	58.838	69.169	20.751	89.920
3.653	1.156	4.809	1.789	537	2.326	3.066	920	3.986
6.723	2.016	8.739	3.493	1.048	4.541	9.895	2.969	12.864
38.839	11.681	50.520	8.757	2.627	11.384	41.298	12.389	53.687
4.522	1.356	5.878	3.056	917	3.973	2.555	766	3.321
21.193	6.358	27.551	2.344	703	3.047	19.260	5.778	25.038
142	42	184	32	10	42	712	213	925
527	158	685	38	11	49	158	47	205
277.193	83.157	360.350	126.023	37.796	163.819	201.243	60.373	261.616
19.061	5.718	24.779	9.517	2.855	12.372	3.294	988	4.282
17,993.480	9,827.476	27,820.956	8,702.311	4,719.704	13,422.015	15,144.125	8,540.332	23,684.457

1. Teil, jedoch ohne Berücksichtigung des Abfindungsbetrages zc. (vergl. die 5. Anmerkung auf Seite 276). —
 *) Ohne Unterschied, ob diese Flüssigkeiten über die Linie eingeführt oder hier erzeugt oder verbraucht sind. —
 *) Aus dem Meere, aus Flüssen, Seen und Teichen, frisch, eingesalzen (eingesalzene Seringe sind jedoch frei von der Sinkingsteuer), mariniert oder in Öl eingelegt, Fischrogen, Krebse, Schnecken, Auster, Meerespinnen und Meerkrebse.

3. Sonstige Steuern und Gebühren.¹⁾

1. Die Gemeindeaufgabe auf den Besitz von Hund und die Gemeinde-Zuschläge zu den Gebühren anlässlich der Veränderung des Besitzes von unbeweglichen Sachen in den Jahren 1911—1914/15.²⁾

Steuern	1911		1912		1913		1914 (I. I.—30. VI.)		1914/15	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
Hundsteuer ³⁾	460.932	93	449.868	51	451.630	24	424.569	30	409.459	51
Zuschlag zu den Gebühren bei wirklichen Besitzveränderungen ^{4) 5)}	1,714.994	11	1,905.594	05	1,427.446	56	779.837	98	812.292	77
Zuschlag zu den Äquivalentgebühren vom Realbesitze juristischer Personen ⁵⁾	90.718	07	114.075	16	106.991	37	95.379	38	114.213	44

¹⁾ Es sind hier nicht alle Steuern und Gebühren behandelt. Die hier nicht behandelten Gemeindesteuern siehe auf Seite 156. Die Militärtare siehe im XI. Abschnitte. — ²⁾ Die Daten sind dem Hauptrechnungsabschlusse der Gemeinde (Rubrik „Abstattung“) entnommen; die rückvergüteten Beträge erscheinen von den eingegangenen abgerechnet. Das früher hier ausgewiesene, ursprünglich vom Staate eingehobene und im Jahre 1749 der Gemeinde Wien übertragene Musikimpost wird zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 23. September 1902 vom 1. Jänner 1903 bis auf Widerruf nicht eingehoben. — ³⁾ Die Hundsteuer beträgt in der Regel 8 K für je einen Hund. Sie beruht auf dem Gesetze vom 31. Dezember 1868, L.-G.-Bl. Nr. 1 ex 1869, und dem Gemeinderatsbeschlusse vom 22. Jänner 1869. — ⁴⁾ Mit dem Gesetze vom 18. Juni 1901, R.-G.-Bl. Nr. 74, wurden die Gebühren bei wirklichen Besitzveränderungen (Immobiliar-Gebühren) geändert, beziehungsweise erhöht. — ⁵⁾ Bewilligt durch Landesgesetz vom 15. März 1866, L.-G.-Bl. Nr. 5. — ⁶⁾ Rückstand 40.652 K. — ⁷⁾ Rückstand 82.750 K 49 h. — ⁸⁾ Rückstand 473.883 K 13 h. — ⁹⁾ Rückstand 442.865 K 44 h. — ¹⁰⁾ Rückstand 11.664 K 47 h. — ¹¹⁾ Rückstand 15.405 K 49 h.

2. Das Erträgnis der staatlichen Effekten-Umsatzsteuer in den Jahren 1910—1914.¹⁾

Jahr, bzw. Monat	Unmittelbar entrichtete Steuer				Mittelbar entrichtete Steuer (durch aufgeklebte Marken)		Zusammen entrichtete Steuer	
	im Arrangement		sonstig		K	h	K	h
	K	h	K	h				
1910	644.210	20	471.495	10	513.675	67	1,629.380	97
1911	686.267	12	474.302	—	515.967	71	1,676.536	83
1912	794.542	82	503.706	99	629.287	10	1,927.536	91
1913	672.048	20	403.071	80	475.448	74	1,550.568	74
1914	306.033	30	236.617	80	239.695	07	782.346	17
u. zw. 1914 im Monate:								
Jänner	41.725	40	34.162	20	34.487	14	110.374	74
Februar	58.697	90	42.824	30	43.147	01	114.669	21
März	35.543	50	29.245	30	26.464	07	91.252	87
April	37.859	40	33.018	90	28.336	30	99.214	60
Mai	33.569	30	29.621	40	25.993	93	89.184	63
Juni	33.284	20	19.881	70	26.366	75	79.532	05
Juli	58.200	30	33.213	10	35.868	21	127.281	61
August	6.326	10	2.201	50	6.909	52	15.467	12
September	800	20	4.637	90	5.185	27	10.623	37
Oktober	25	—	1.715	80	3.107	42	4.848	22
November	2	—	2.340	60	1.906	78	4.249	38
Dezember	—	—	3.725	10	1.922	67	5.647	77

¹⁾ Nach dem Gesetze vom 9. März 1897, R.-G.-Bl. Nr. 195. Vgl. auch die 4. Tabelle auf der folgenden Seite.

3. Der staatliche Spielkartenstempel nach dem Gesetze vom 15. April 1881, R.-G.-Bl. Nr. 43, in den Jahren 1910—1914.

Die im Geltungsgebiete des Gesetzes erzeugten, sowie die in dasselbe eingebrachten Spielkarten — mit Ausnahme derjenigen, welche unter amtlicher Kontrolle in das Ausland ausgeführt werden — unterliegen der Stempelgebühr. Sie beträgt 30 h für jedes Spiel von 36 oder weniger Blättern, 60 h für jedes Spiel von mehr als 36 Blättern, das Doppelte dieser Gebühren, wenn die Karten lackiert oder waschbar sind. Bei Überführung von Spielkarten aus Ungarn greift eine weitere Besteuerung in Oesterreich nicht Platz.

3. Der staatliche Spielfartenstempel nach dem Gesetze vom 15. Mai 1881, N.-G.-Bl. Nr. 43, in den Jahren 1910—1914.¹⁾

Jahr	Zahl der Spielkarten-erzeuger	Zahl der abgestempelten Kartenspiele					
		im ganzen	nach der Gattung der Spiele				
			Deutsche	Tarock	Whist	Pfaff	verschiedene sonstige
1910	2) 2	1,409.954	667.115	151.542	130.473	420.903	39.921
1911	2) 2	1,375.365	653.794	154.305	129.340	402.362	35.564
1912	2) 2	1,427.343	680.425	157.381	135.528	416.454	37.555
1913	2) 2	1,401.367	677.818	150.891	142.843	390.611	39.204
1914	2) 2	1,121.293	524.410	126.001	122.605	315.257	33.020

(Fortsetzung.)

Jahr	Zahl der abgestempelten Kartenspiele				Hierfür entrichtete Stempelgebühren in Kronen	Zus Ausland ausgeführte, nicht abgestempelte Spiele
	nach der Ausstattung der Spiele		nach der Herkunft der Spiele			
	lackierte oder waschbare	nicht waschbare	im Inlande erzeugte	a. d. Auslande eingeführte		
1910	234.962	1,174.992	1,405.493	4.461	607.542.0	186.675
1911	233.122	1,142.243	1,367.931	7.434	597.060.6	177.744
1912	235.044	1,192.299	1,422.117	5.226	616.750.5	267.461
1913	224.800	1,176.567	1,394.604	6.763	606.034.5	296.128
1914	184.499	936.794	1,117.466	3.827	491.260.2	152.158

¹⁾ Die Angaben dieser und der folgenden Tabelle, ausgenommen den Postwertzeichenaufdruck, sind vom Rechnungsdepartement 6 des k. k. Finanzministeriums mitgeteilt worden. — ²⁾ Zwi V. und XIII. Gemeindebezirke.

4. Der unmittelbare Stempelzeichen- und Postwertzeichen-Aufdruck und sein Ertrag in den Jahren 1910—1914.¹⁾

Jahr	Art der mit Stempelzeichen versehenen Papiere	Anzahl der Parteien	Anzahl der Abdrücke	Gesamtwert der Abdrücke	
				K	h
1910	Blankette	22.369	14,393.109	1,995.493	02
	Wertpapiere	346	73.820	504.155	98
	zusammen	22.715	14,466.929	2,499.649	—
	Postwertzeichen	8.700	30,478.434	1,290.243	60
1911	Blankette	17.047	14,212.043	1,474.171	36
	Wertpapiere	264	42.316	340.997	66
	zusammen	17.311	14,254.359	1,815.169	02
	Postwertzeichen	8.470	34,530.618	1,410.128	23
1912	Blankette	16.573	14,775.995	1,436.719	16
	Wertpapiere	140	19.724	108.655	20
	zusammen	16.713	14,795.719	1,545.374	36
	Postwertzeichen	11.493	35,062.184	1,511.562	44
1913	Blankette	15.947	14,308.005	1,402.065	16
	Wertpapiere	140	5.973	14.630	80
	zusammen	16.087	14,313.978	1,416.695	96
	Postwertzeichen	11.682	36,542.787	1,638.592	98
1914	Blankette	12.442	11,441.583	1,360.855	50
	Wertpapiere	68	6.944	17.939	46
	zusammen	12.510	11,448.527	1,378.794	96
	Postwertzeichen	9.499	30,338.021	1,364.967	27

¹⁾ Vgl. die Tabelle über Postwertzeichenverkauf im XIX. Abschnitte „Öffentlicher Verkehr“. Die den Postwertzeichenaufdruck betreffenden Angaben sind vom Postfachrechnungsdepartement I des k. k. Handelsministeriums mitgeteilt worden.

5. Der Verschleiß an Stempelwertzeichen in den Jahren 1910—1914.

Gemeindebezirk, bzw. Gattung der Stempelwertzeichen	1910	1911	1912	1913	1914	
	Gebühr in Kronen					
Bezirke I—XX	Stempelmarken	7,690.736	8,252.199	8,796.590	8,969.054	8,935.331
	Wechselblankette ¹⁾	771.476	868.763	957.217	927.432	868.831
	Eisenbahnfrachtbriefe	201.023	243.083	248.827	248.471	216.965
	Effektenumsatzsteuer- Marken ²⁾	525.103	529.000	625.189	487.221	239.695
	Promessen	56.824	47.329	10.763	10.153	8.475
zusammen	9,245.162	9,940.374	10,638.586	10,642.331	10,269.297	
XXI. Bez.	Stempelmarken	104.956	119.689	130.607	132.064	102.315
	Wechselblankette ¹⁾	5.116	5.712	7.520	7.693	4.668
	Eisenbahnfrachtbriefe	4.912	5.672	5.970	6.050	3.882
	zusammen	114.984	131.073	144.097	145.807	110.865
Hauptsumme ³⁾	9,360.146	10,071.447	10,782.683	10,788.138	10,380.162	

¹⁾ Mit Einschluß der kaufmännischen Anweisungen. — ²⁾ Die Gebühr ist hier ohne Abzug der Verschleißprovision (1½%) an die Verschleißer angegeben, während in der 2. Tabelle auf Seite 288 der Netto-Ertrag eingesetzt erscheint. — ³⁾ Außerdem im Jahre 1914 an statistischen Gebühren 79.212 K und für Blankette 338 K.

6. Das Erträgnis der staatlichen Schanksteuer in den Jahren 1910—1914. 1)

a) Schank- und Verschleißstätten.

Jahr, bzw. Gemeinde- bezirk	Zahl der								
	Auschankstätten			Kleinverschleißstätten	Handelsstätten			Auschank, Kleinverschleiß- und Handelsstätten zusammen	
	belegt mit dem vollen Ausmaße der besonderen Abgabe	als nur nebenbei betrieben mit einem geringeren Ausmaße belegt	zusammen		belegt mit dem vollen Ausmaße der besonderen Abgabe	als nur nebenbei betrieben mit einem geringeren Ausmaße belegt	zusammen		
1910	949	2665	3614	107	154	5985	6139	9.860	
1911	1020	2709	3729	89	194	6247	6441	10.259	
1912	1024	2846	3870	100	157	6432	6589	10.559	
1913	972	2574	3546	88	156	5952	6108	9.742	
1914	1.058	2989	4047	104	112	6436	6548	10.699	
und zwar 1914 im Gemeindebezirke:	I	51	553	604	12	6	517	523	1.139
	II	83	324	407	6	5	511	516	929
	III	41	155	196	5	7	289	296	497
	IV	20	125	145	3	3	186	189	337
	V	21	51	72	4	8	229	237	313
	VI	26	99	125	1	2	166	168	294
	VII	30	120	150	2	1	216	217	369
	VIII	18	71	89	1	3	149	152	242
	IX	41	156	197	—	3	255	258	455
	X	62	152	214	2	25	404	429	645
	XI	22	73	95	10	1	136	137	242
	XII	111	135	246	6	13	491	504	756
	XIII	45	175	220	9	2	393	395	624
	XIV	128	153	281	8	4	404	408	697
	XV	39	56	95	1	1	134	135	231
	XVI	83	63	146	10	6	502	508	664
	XVII	85	88	173	2	2	293	295	470
	XVIII	29	82	111	1	4	269	273	385
	XIX	25	103	128	1	—	185	185	314
XX	60	96	156	4	16	434	450	610	
XXI	38	159	197	16	—	273	273	486	

¹⁾ Siehe den Text zu Beginn der nächsten Seite.

Der Ausschank und der Kleinverschleiß¹⁾ von gebrannten geistigen Flüssigkeiten sowie der Handel mit solchen, falls letzterer in verschlossenen Gefäßen von nur einem Liter und darunter betrieben wird, sind nach dem Gesetze vom 23. Juni 1881, R.-G.-Bl. Nr. 62, einer besonderen Abgabe²⁾ unterworfen. Als Maßstab für deren Bemessung dienen die Größe der Bevölkerung der Ortschaft, in welcher das Geschäft betrieben wird, und die Art des Geschäftes. Nach der Größe der Ortschaft ist die besondere Abgabe in sechs Abstufungen von 10 K (für Ortschaften bis mit 500 Einwohnern) bis 100 K (für Ortschaften mit mehr als 100.000 Einwohnern) halbjährig festgesetzt.³⁾ Nach der Art des Geschäftes ist unterschieden, ob der Ausschank, der Kleinverschleiß oder der Handel betrieben wird. Für jede Ausschank-Stätte ist der ganze Satz, für jede Kleinverschleiß-Stätte sind $\frac{2}{5}$, für jede Stätte, wo der Handel das ausschließliche oder das Hauptgeschäft bildet, $\frac{1}{4}$, für Handelsgewerbe aber, welche den Handel mit gebrannten geistigen Getränken im obigen Sinne nur nebenbei betreiben, dann aber auch für Gastgewerbe zur Verberberung von Fremden, zur Verabreichung von Speisen und von Kaffee, endlich für Zuckerbäcker- und Mandolettibäckergewerbe $\frac{1}{5}$ des Satzes zu entrichten, wobei noch hinsichtlich der mit $\frac{1}{5}$ des Satzes zu besteuernenden Gewerbe die Beschränkung besteht, daß das Höchstmaß für die Abgabe $\frac{1}{5}$ der auf das Gewerbe entfallenden Erwerbsteuer nicht übersteigen darf.

b) Eingegangener Betrag an Schanksteuer.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Ausschankstätten			Kleinverschleißstätten	Handelsstätten			Ausschank, Kleinverschleiß- und Handelsstätten zusammen	
	belegt mit dem vollen Ausmaße der besondern Abgabe	als nur nebenbei betrieben mit einem geringeren Ausmaße belegt	zusammen		belegt mit dem vollen Ausmaße der besondern Abgabe	als nur nebenbei betrieben mit einem geringeren Ausmaße belegt	zusammen		
Eingegangener Betrag an Schanksteuer in Kronen									
1910	176.900	30.025	206.925	7.120	7.200	39.302	46.502	260.547	
1911	167.600	30.520	198.120	5.600	6.450	39.009	45.459	249.179	
1912	175.900	32.298	208.198	6.888	6.055	42.459	48.514	263.600	
1913	161.700	31.744	193.444	6.640	5.675	39.676	45.351	245.435	
1914	146.640	30.804	177.544	6.040	4.575	37.661	42.236	225.820	
und zwar 1914 im Gemeindebezirke:	I	5.020	7.372	12.392	480	150	3.931	4.081	16.953
	II	12.120	4.471	16.591	440	150	3.131	3.281	20.312
	III	8.100	2.245	10.345	400	350	2.739	3.089	13.834
	IV	4.000	1.571	5.571	240	150	1.563	1.713	7.524
	V	4.100	988	5.088	280	400	2.247	2.647	8.015
	VI	3.800	1.006	4.806	80	100	1.106	1.206	6.092
	VII	4.500	1.107	5.607	160	50	1.567	1.617	7.384
	VIII	2.400	896	3.296	40	75	1.156	1.231	4.567
	IX	7.800	2.136	9.936	—	150	2.258	2.408	12.344
	X	11.300	1.572	12.872	160	1.425	2.894	4.319	17.351
	XI	4.400	567	4.967	800	50	757	807	6.574
	XII	11.000	564	11.664	240	325	1.117	1.442	13.346
	XIII	4.500	792	5.292	360	50	1.151	1.201	6.853
	XIV	12.800	413	13.213	320	100	1.075	1.175	14.708
	XV	7.500	606	8.106	80	50	1.272	1.322	9.508
	XVI	10.500	511	11.011	160	225	2.247	2.472	13.643
	XVII	10.500	820	11.320	200	175	1.816	1.991	13.511
	XVIII	4.700	706	5.406	80	200	1.594	1.794	7.280
	XIX	5.000	1.009	6.009	80	—	1.036	1.036	7.125
	XX	6.000	497	6.497	160	400	1.647	2.047	8.704
	XXI	6.600	955	7.555	1.280	—	1.357	1.357	10.192

1) Die Konzession zum Ausschank berechtigt zur Verabfolgung gebrannter geistiger Flüssigkeiten an Sitz- und Stehgäste oder über die Gasse in unverschlossenen Gefäßen, und zwar in beliebigen, auch den geringsten Mengen. Die Konzession zum Kleinverschleiß berechtigt zum Verkaufe dieser Flüssigkeiten in unverschlossenen Gefäßen, jedoch nur in Mengen von mindestens $\frac{1}{8}$ l, mit der Beschränkung, daß dem Kleinverschleißer nicht gestattet ist, die verarbeiteten Getränke in Räumlichkeiten, über welche ihm das Verfügungsrecht zusteht, genießen zu lassen. Schankberechtigte und Kleinverschleißer sind auch zum gewöhnlichen Handel mit den bezeichneten Flüssigkeiten befugt. — 2) Neben der allg. Erwerbsteuer. — 3) Nach § 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1891, R.-G.-Bl. Nr. 97, blieben diese Steuerfüße in den zu Wien einbezogenen Ortschaften in dem Ausmaße der Volkszählung von Ende 1890 bis Ende 1893 in Geltung. Vom 1. Jänner 1894 ab, ferner nach Ablauf von je weiteren drei Jahren hatte sodann immer der nächst höhere Satz zur Vorschreibung zu gelangen, so daß vom 1. Jänner 1906 in allen einberleibten Ortschaften der höchste Satz von 100 K zu entrichten ist.

7. Das Erträgnis der staatlichen Totalisatorabgabe in den Jahren 1910—1914.¹⁾

Nach § 7 des Gesetzes vom 31. März 1890, R.-G.-Bl. Nr. 53, ist von den besonderen Unternehmungen (Totalisatoren), welche die Vermittlung von Wetten aus Anlaß sportlicher Veranstaltungen betreiben, eine fünfprozentige Totalisatorabgabe vom Gesamtbetrag der Wetteinfänge zu entrichten. Neben der staatlichen Abgabe wird in Wien auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1898, R.-G.-Bl. Nr. 16, ein vierzigprozentiger Zuschlag zu Gunsten des Wiener allgemeinen Verpflegungsfonds eingehoben. Die Abgabenbelastung, von welcher die Totalisatorwetten in Wien betroffen sind, beträgt somit im Gesamteffekt 7 Prozent. Wetten aus Anlaß sportlicher Veranstaltungen, die von „Buchmachern“ gewerbsmäßig abgeschlossen werden, sind dormalen einer Abgabe nicht unterworfen.

Wiener Remplaz		1910	1911	1912	1913	1914
Trabrennverein		616.948	644.832	776.926	776.926	557.214
Sockeyklub		733.582	822.600	892.756	892.756	540.856
	Zusammen Kronen	1,350.530	1,467.432	1,669.682	1,669.682	1,098.070

¹⁾ Nach Mitteilungen des k. k. Zentralrates, Abt. VI.

B. Regalien.

Das Lottogefälle.

Spielsammlungen, Ziehungen, Spieleinlagen, Spielgewinne während der Jahre 1911—1914 in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern im allgemeinen und in Niederösterreich im besonderen.¹⁾

Jahr	Gebiet	Zahl der Spielsammlungen	Zahl der abgehaltenen Ziehungen	Spieleinlagen		Zahl	in Kronen	Spielgewinne	auf 100 Kronen Einlagen		Überschuß der Spieleinlagen über die Spielgewinne Kronen
				Zahl	in Kronen				K	h	
1911	Österreich	3060	208	101,227,000	40,006,565	1,515,787	23,401,938	58	50	16,604,627	
		796	²⁾ 26	42,049,050	17,603,851	621,560	10,743,194	61	03	6,860,657	
1912	Österreich	3080	210	102,588,950	41,898,574	1,416,295	22,791,055	54	40	19,107,519	
		792	²⁾ 26	42,836,800	18,644,009	569,742	9,989,014	53	58	8,654,995	
1913	Österreich	3005	208	98,258,800	39,191,097	1,369,612	22,068,867	56	31	17,122,230	
		790	²⁾ 26	43,435,400	18,015,303	599,311	10,791,138	59	90	7,224,165	
1914 (I. I.—30. VI.)	Österreich	2995	191	49,636,500	19,560,615	708,639	11,525,217	58	22	8,035,398	
		788	²⁾ 13	21,836,000	8,902,862	316,252	5,467,147	61	41	3,435,715	
1914/15 (I. VII.—30. VI.)	Österreich	2976	211	62,191,600	24,666,992	875,027	14,251,561	57	78	10,415,431	
		788	²⁾ 26	35,290,350	14,195,785	491,242	8,466,584	59	64	5,729,201	

¹⁾ Von der k. k. General-Direktion der Staatslotterien. Die bei Niederösterreich ausgewiesenen Lottospieleergebnisse wurden zwar in diesem Kronlande, nicht aber nur bei den in Niederösterreich (Wien) abgehaltenen Lottospielungen erzielt, indem die in Niederösterreich aufgestellten Kollektoren auch für die in den anderen Kronländern stattfindenden Lottospielungen Spiele sammeln. Für Wien allein waren die entsprechenden Daten nicht zu erlangen; da aber der Vergleich der für Niederösterreich gegebenen Ziffern mit jenen für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder zeigt, daß das erwähnte Kronland an dem Erträgnisse des Lottogefälles einen unverhältnismäßig hohen Anteil hat, welcher offenbar zumeist durch Wien bewirkt wird, so bilden auch diese Ziffern einen interessanten Beitrag zur Statistik der Stadt Wien. — ²⁾ Diese Ziffer gibt die Zahl der in Wien abgehaltenen Ziehungen an; im übrigen Niederösterreich finden Ziehungen nicht statt.